

In diesem Heft

Editorial

Essay

FRANK HAMMER
Über den Rückbau von Gewalt 5

Standorte

ADOLF DRESEN
Über Kitsch und Kunscht.
Neues aus der Theaterwelt 14

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

MICHAEL CHRAPA
Alltagsbewußtsein und politische Aktivität.
Empirische Befunde zur ostdeutschen Realität
und theoretische Überlegungen 33

ARBEITSPAPIER ZUR TAGUNG
»ÖKOLOGISCHER UMBAU DER GESELLSCHAFT«
der PDS Brandenburg am 14. Juni 1997 39

GABRIELE ZIMMER
Es geht um mehr als einen Regierungswechsel 52

Die Linke im 20. Jahrhundert

GERT SCHÄFER
Die Oktoberrevolution im Urteil
westlicher kommunistischer Dissidenten 56

STEFAN AMZOLL
Kampf um den ungespielten Oktober.
Porträt des sowjetischen Dokumentarfilmers Dsiga Wertow 66

Konferenzen & Veranstaltungen

WOLFRAM ADOLPHI

Eigentlich beginnt das Fragen erst.

Zur Konferenz »Die russischen Revolutionen von 1917«
vom 7. bis 9. März in Elgersburg

74

Festplatte

WOLFGANG SABATH

Die Wochen im Rückstau

86

Bücher & Zeitschriften

Karl Korsch: Krise des Marxismus. Schriften 1928-1935,
hrsg. und eingel. von Michael Buckmiller,
Stichting beheer ISSG Amsterdam 1996
(HERMANN KLENNER)

88

Ulla Plener (Hg.):

Leben mit Hoffnung in Pein. Frauenschicksale unter Stalin,
Frankfurter Oder Editionen,
Frankfurt (Oder) 1997

Ulla Plener:

Helmut Schinkel: Zwischen Vogelers Barkenhoff
und Stalins Lager. Biographie eines Reformpädagogen,
Trafo-Verlag Weist Berlin 1996

Kurt Schumacher in der »Schwäbischen Tagwacht«
über Demokratie und Kommunisten.

Aufsätze und Redeberichte (1926-1933).

Ausgewählt und kommentiert von Ulla Plener,
Trafo-Verlag Weist Berlin 1995

(KLAUS KINNER)

89

Lutz Priß/Václav Kural/Manfred Wilke:

Die SED und der »Prager Frühling« 1968.

Politik gegen einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«
(Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der
Freien Universität Berlin – hrsg. von Klaus Schroeder und
Manfred Wilke),

Akademie Verlag Berlin 1996

(STEFAN BOLLINGER)

91

Heiner Ganßmann:

Geld und Arbeit: Wirtschaftssoziologische Grundlagen
einer Theorie der modernen Gesellschaft,
Campus-Verlag Frankfurt/New York 1996

(ULRICH BUSCH)

93

Impressum

Hinweise an unsere Autorinnen und Autoren

96

Editorial

Wie wir spätestens seit dem Sieg der »neoliberalen Konterrevolution« in der vorherrschenden Wirtschaftstheorie am Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre wissen, ist es vor allem die Natur der Natur und des Menschen die einer verwertungsoptimalen Zurichtung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses entgegensteht.

Der »moderne« Mensch, der seine Arbeits- und Geisteskraft in erster Linie marktwirtschaftlich verausgibt, tut dies offenbar nur mit völlig unzureichender Hingabe und mit dem aus der Sicht des Kapitals reichlich absurden Antrieb, seine Lebensverhältnisse durch die fortwährende Reduzierung seiner Lebensarbeitszeit bei – im Verhältnis zur gearbeiteten Zeit – wachsendem Einkommen zu verbessern. Dabei kommt es doch im Kapitalismus gar nicht auf die bloße Einsparung von Arbeitszeit an. Es geht – nicht nur nach Karl Marx, sondern auch in Wirklichkeit – um die Einsparung von notwendiger Arbeitszeit zum Zwecke ihrer Verwandlung in Mehrarbeitszeit.

Die für die Verwertung des Kapitals desaströsen Folgen können bei einer derartigen Verfestigung »fehlentwickelter« naturgemäßer Neigungen natürlich nicht ausbleiben – zu viele Rentner und zu wenige Kinder; die, die sich Kinder leisten, sind zu unflexibel und viele sind zu oft und zu lange krank; andere ziehen Arbeitslosen- oder Sozialhilfe vor, weil der Abstand zum niedrigsten Arbeitseinkommen, das freilich wahrscheinlich selbst zu hoch liegt, zu gering ist; außerdem ist der Urlaub zu lang, sind die Lohnnebenkosten zu hoch und das Gesundheitssystem, wie das Sozialsystem überhaupt, zu teuer; und und und...

Der Verwertungsstandort droht aufgrund seines übergroßen Sozialballasts unterzugehen – meinen jedenfalls Unternehmertum, konservative Politik und neoliberale Gelehrsamkeit unisono. Und was machen in dieser kritischen Situation die von allen guten Geistern verlassenen Gewerkschaften? Sie fordern die 32-Stunden-Woche bei angemessener Angleichung der Einkommen! Die Gewerkschaften denken offensichtlich mal wieder nur an die Vergrößerung der Zahl zu besetzender Arbeitsplätze und an die Steigerung des Wohlstands für den lohnabhängigen »Normal«-Arbeiter. An das Wohlergehen der kapitalverwertenden Vermögensbesitzer denken sie offenbar viel zuwenig – welch ein Glück, daß sich die Regierungskoalition ihrer mit besonderem Eifer annimmt. So bleibt es denn beim Patt, und wirklich sozial orien-

tierte Reformansätze bleiben auf der Strecke, das Arbeitslosenheer und der soziale Notstand wachsen weiter, und das Gejammer über die immer noch zu niedrigen Renditen nimmt kein Ende.

Neuerdings ist nun auch noch die völlig unzureichend flexible Natur vor allem in Gestalt der viel zu unnachgiebigen und viel zu dicht stehenden Brandenburgischen Alleebäume in die Kritik der automobilen Dynamiker geraten. Der für eine anständige Kapitalverwertung im Osten erforderlichen rasenden Mobilität setzen diese widerspenstigen Naturgeschöpfe ihre hartnäckige Verwurzelung am jeweiligen Standort entgegen. Zusammen mit der antiquierten Straßenführung und dem altertümlichen Neigungswinkeln der Fahrbahnen, auf denen allerhöchstens noch Vollplastmobile voll ausgefahren werden konnten, stellen sie inzwischen ein exorbitantes Investitionshindernis dar. Wie immer in der kapitalistischen Marktwirtschaft geht es auch hier keineswegs darum, die Produktionsweise den eigentümlichen Bedürfnissen von Naturwesen anzupassen. Vielmehr kommt es darauf an, Mensch wie Natur gleichermaßen verwertungsgerecht zuzurichten. Statt wirklich moderne Autos zu bauen, die – wenn sie nun schon mal erfunden wurden und unverzichtbar gemacht worden sind – mit den gegebenen Naturbedingungen zurecht kommen, belehrte uns kürzlich ein ADAC-Verkehrs-»Experte«, daß die Brandenburgische Straßenführung »noch nicht der modernen Autotechnik angepaßt« sei. Und damit diese hypermodernen Flitzer von ihren Lenkern infolge rasender Eile nicht permanent mit dem völlig altmodischen – da schon Jahrzehnte alten – Baumbestand kollidieren, werden einstweilen Zusatzschilder angebracht; zunächst versuchsshalber auf der B 2 zwischen Eberswalde und Biesenthal.

Möglicherweise macht die Idee auch in der Arbeitswelt Karriere. Denkbar wären hier Zusatzschilder an den Werktoeren, die darauf hinweisen, daß im betreffenden Unternehmen nicht mehr nach Tarif entlohnt wird und die Belegschaften trotzdem noch arbeiten und überleben.

Vielleicht ist alles aber auch tatsächlich nur ein Anpassungsproblem. So ließ uns kürzlich ein Berliner Verkehrsrichter über das »Neue Deutschland« wissen: »Das Auto gibt es erst hundert Jahre, wir brauchen noch Zeit, uns daran zu gewöhnen.« Und die kapitalistische Marktwirtschaft hat in den rund zweihundert Jahren ihrer »modernen« Existenz in puncto Anpassung schließlich auch schon einiges bewirkt und zunächst die »Liebe zur Arbeit« bei den werktätigen Massen hervorgebracht, die der kreolische Arzt Paul Lafargue bereits vor einiger Zeit als »seltsame Verrücktheit« diagnostiziert hat.

ARNDT HOPFMANN

FRANK HAMMER

Über den Rückbau von Gewalt

Vorwort

Zum einen:

Dieser Text erhebt nicht den Anspruch, eine theoretische Arbeit zu sein. In der Literatur gibt es den Begriff des Essays – das erlaubt sowohl literarische als auch philosophisch/theoretische Betrachtung. Kurz, die Grenzen zwischen Theorie und Praxis werden fließender, die Betrachtung wird universeller.

Zum anderen:

In einer öffentlichen Debatte über Jugendgewalt schilderte ein Bürger etwas melodramatisch seine Ohnmacht, angesichts einer Gruppe marodierender Jugendlicher in einem Zug. Ich hatte zuvor einen meiner zahlreichen Selbstversuche im Umgang mit ebensolchen Gruppen geschildert. In der öffentlichen Bewertung schnitt o. g. Person besser ab.

Deshalb: Diese Arbeit beschreibt und analysiert ausschließlich im Selbstversuch erworbene Erfahrungen und bewegt sich jenseits tradierter Bescheidenheits-Klischees.

Zum letzten:

In Zeiten großer gesellschaftlicher Verschiebungen (in revolutionären Zeiten?) schälen sich unter einer Vielzahl von Themen auch immer solche heraus, die für Selbstbefreiung und Individualitätentwicklung von komplexer Bedeutung sind.

Während infolge der gesellschaftlichen Verwerfungen nach 1968 das Thema Sexualität eine besondere Bedeutung erlangte, so scheint das Thema Gewalt nach 1989 in das Zentrum der öffentlichen Betrachtung gerückt zu sein.

Zur Dimension des Begriffes

Im Jahre 1990, es war Pfingsten, fuhr ich mit Menschen meiner Couleur nach Berlin, um an einer großen Demonstration im Lustgarten teilzunehmen.

Der Platz war überdimensional gefüllt, die Stimmung war kämpferisch, ich war von Menschen umgeben, die ähnlichen Visionen anhängen wie ich, kurz – es ging mir außerordentlich gut.

Mit diesem Grundgefühl und einer gewissen provinziellen Arglosigkeit ausgestattet, begab ich mich zur U-Bahn – in der Absicht, in den Prenzlauer Berg zu fahren. Ich wollte die Feiertage bei Freunden in Berlin verbringen.

Als ich die U-Bahn am Bahnhof Dimitroffstraße verließ, staunte ich erst einmal über die große Anzahl von Polizisten auf dem Bahn-

Frank Hammer – Jg. 1955, Lehre als Schiffbauer, anschließend Klubleiterstudium, 1981-82 Kulturhausleiter in Frankfurt/Oder, 1982-85 Literaturinstitut Leipzig, von 1985-89 berufliche Odyssee u.a. als Plakatemaler, danach bis 1990 arbeitslos. Seit 1990 erst hauptamtlich, dann ehrenamtlich PDS-Kreisvorsitzender von Frankfurt/O. Seit 1992 Jugendsozialarbeiter. Jetzt Pressesprecher der PDS-Fraktion und stellvertretender Kreisvorsitzender.

steig, aber stärker noch über das martialische Zeug, das diese Polizisten so am Mann hatten:

Helme, Knüppel, Schilder ...

Nun hatte ich mir bei der Betrachtung der Dinge viel Zeit gelassen, und ich wollte irgendwie nicht bemerken, daß es die übrigen Fahrgäste meiner U-Bahn für diesen Sonnabend-Nachmittag doch sehr eilig hatten – ungewöhnlich eilig!

Auf der Treppe in Richtung Kastanienallee war ich dann schon allein...

Ich wartete artig bei Rot an der Ampel – sah nach links, sah nach rechts – die Schönhauser Allee war menschenleer.

Es fehlte jedenfalls an Zivilisten.

Denn auch hier standen viele Polizisten, vergitterte Mannschaftswagen, verschiedenes Gerät.

Als ich bei Grün über die Ampel ging, traf ich auf einen bezopferten Menschen mit Fotoapparaten um den Hals und einer großen Fototasche über der Schulter.

»Ey, Alter, was ist hier eigentlich los?«, wollte ich wissen.

»Na, weißt Du denn nicht – heute ist FDGB-Pokalspiel.«

»Na und?«

»Die Rechten wollen die autonomen Häuser in der Gegend überfallen!«

Kaum hatte er das ausgesprochen, dräuten Tausende aus dem Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark zum hinteren U-Bahnaufgang.

Die Straße hatte sich schlagartig mit ihrem Lärm gefüllt.

Ehe wir uns versahen, brachen etwa 150 Jugendliche aus dem großen Pulk aus und rasten im Schweinsgalopp in unsere Richtung.

»Ich glaube, die meinen uns«, sagte ich zum Fotografen.

»Ich glaube auch«, sagte der.

»Ich glaube, wir müssen hier weg«, bemerkte ich schon etwas unruhig.

»Ich glaube auch«, rief mein Fotograf schon im Rennen.

Wir bogen in wilder Jagd um die Ecke in Richtung Kastanienallee – zufällig klingelte dort eine Straßenbahn zur Abfahrt. Wir sprangen hinein – die Tür klappte zu: Von draußen schlugen sie schon mit Eisenstangen und Baseballschlägern gegen die Tür. Ich mußte mich sofort setzen, so puddingweich waren meine Knie. Aber im gleichen Augenblick schoß mir ein Satz durch den Kopf: »Es gibt ein labiles gesellschaftliches Gleichgewicht, das auf Entwicklung basiert, ist die Entwicklung gestört, treten Kräfte von links und von rechts in Erscheinung, um sie wieder herzustellen.« (Plechanow!?)

Das war der Moment höchster Schizophrenie in meinem Leben.

Und: Ich war auf dem Boden der Realität angekommen!

Übrigens: Mein Fotograf stieg nach zwei Stationen wieder aus. Er lieferte als Einziger authentische Fotos der kommenden Ereignisse. Ich fand sie später in der »Jungen Welt« und in der TAZ.

Zwischen Ohnmacht und Analyse

Ich hatte, wie jeder Mensch, ein empirisches Wissen über Konflikte – über Konflikte von Menschen in meiner Umgebung und natürlich über eigene Konflikte. Und ich war in verschiedenen

Lebenssituationen mehr als andere gefordert gewesen, Konflikte konstruktiv aufzulösen.

Beispielsweise in meiner Zeit als Schiffsbauer: Als doch sehr mundgewandter Preuße (bei uns ist Reden Stoffwechsel – was raus muß, muß raus...), hatte ich es auf meiner Werft mit Menschen zu tun, die auf Grund ihrer territorialen Herkunft im Denken und Reden etwas langsamer waren als ich.

Schon war ich in der Position des *Schlichters*. Wenn also die Kampfhähne meiner Brigade nach unseren Feiern (sie hatten dann reichlich klaren Schnaps im Blut) Amok liefen – Ick schlag Di dot! lautete der entsprechende Kampfruf – dann stand ich mit ausgebreiteten Armen dazwischen und redete, was das Zeug hielt.

Später übernahm ich Verantwortung in einem Frankfurter Kulturhaus. Es hatte einen denkbar schlechten Ruf – jeden Freitag war Disco, nach jeder Disco gab es eine Schlägerei. Einmal rief ein Mitarbeiter die Polizei: Die griff so daneben, daß ich mir vornahm, die Dinge fortan allein zu regeln.

Ich erwarb mir in dieser Zeit erste Routine im Umgang mit gewaltbereiten Menschen. Routine kann heißen: Ich greife zurück auf rhetorische Standards!

Beispiel: Einer hielt mir die Faust unter die Nase, verbunden mit der Frage: »Willst du eins auf die Fresse...?«

Er bekam von mir die Antwort: »Das paßt zu dir: Hier 5000 Volt! Und hier: Kein Licht!« Dabei tippte ich mit dem Zeigefinger erst auf meine Oberarmmuskeln und dann an den Kopf.

Ich hatte gelernt: Öffentlichkeit spielt bei Konflikten eine außerordentlich große Rolle. Sie ist die Hefe im Teig!

Rückbau als Methode

Es gibt in unserer Sprache eine geflügelte Wendung: »Ein Wort gab das andere...«

Diese Wendung paßt auf jeden Konflikt. Objektiv betrachtet heißt das: Jeder Streit erfolgt nach dem Baustein-Prinzip: Die Konflikt*Partner* (!) bauen den Konflikt hoch, bis – ganz logisch – der Baustein *Eskalation* folgen muß.

Wäre also zu fragen: Kann man Konflikte, die sich in dieser Weise (fast mechanisch) hochbauen lassen, nicht genauso gut zurückbauen? Man kann!

Handlungsort Prenzlauer Berg. U-Bahnhof Senefelder Platz. Wir schreiben das Jahr 1987.

An einem Sonntagmorgen will ich von hier zum Alex fahren. Außer mir sind drei Menschen auf dem Bahnsteig. Ich befinde mich als einziger in Bewegung, indem ich den Bahnsteig auf und ab laufe. Plötzlich – auf der Treppe – laute Tritte. Eine Gruppe von DDR-Skins kommt, schön gestaffelt, so wie Kraniche fliegen, die Stufen hinab in den halligen Raum.

Die anderen bleiben erstarrt stehen. Ich setze meine Bewegung fort. Die anderen werden von der Gruppe – die sich nun über den ganzen Bahnsteig ausgebreitet hat – jeweils zweimal angerempelt.

Ich laufe mit gesenktem Kopf auf die vordere, im Zentrum laufende Person zu. Einen Schritt vor dem jungen Mann hebe ich

den Blick und schaue ihm ruhig und fest in die Augen – oder besser: In eines der Augen!

Mein Gegenüber macht intuitiv einen Ausfallschritt – ich komme ohne Rempfer und ohne Ansehensverlust durch die Gruppe. Vor weiteren Auseinandersetzungen bewahrte mich die ankommende U-Bahn.

Drei Dinge habe ich an diesem Tag erfahren:

Gewalt hat fast immer eine Struktur.

Und: Wenn ich einem Menschen in die Augen schaue, dann gehe ich mit ihm eine Beziehung ein (im Guten, wie im Bösen).

Und: Anonymität ist eine weitere wichtige Zutat im Hefe-Teig der Gewalt!

Vom Opfer zum Täter

Es kann das Jahr 1990 gewesen sein, da erzählte mir eine gute Bekannte die folgende Begebenheit:

Ihr Sohn, den sie mir als dauerhaft ungeschickt schilderte, sei mit den Händen in den Taschen über eine Straße gelaufen, gestolpert und so ungeschickt gefallen, daß er mit dem Oberkiefer auf die Bordsteinkante schlug. Der Aufprall wiederum sei so intensiv gewesen, daß die oberen vier Schneidezähne komplett im Kiefer verschwunden seien.

Positives Ende: Ihr Junge sei geistesgegenwärtig zum Zahnarzt gelaufen und hatte sich das Gebiß richten lassen, so daß kaum sichtbare Schäden zurückblieben.

Doch der »Unfall« hatte seltsame Folgen. Nach meiner Beobachtung verhärtete der Junge zusehens – er entzog sich so sehr der Zuwendung durch seine Eltern, daß ich wiederholt um Rat gebeten wurde.

Während dieser Zeit begann ich meine Streetworker-Tätigkeit und hatte nun dauerhaft Kontakt zu sogenannten rechtsradikalen Jugendlichen. Eines Tages, ich hatte schon von verschiedenen *Techniken des Quälens* erfahren, prahlte ein Jugendlicher in meiner Gegenwart von einer besonders perfiden Art, Menschen zum Opfer zu machen – er nannte das Verfahren *Steinbeißer*:

Man nimmt das Opfer, legt es mit dem Oberkiefer auf eine Bordsteinkante und springt ihm mehrfach auf den Kopf...

Mit einem furchtbaren Verdacht ausgestattet, ging ich zu meiner Bekannten, der Mutter des Jungen, um sie zu fragen, ob sie nicht einer angstvollen Legende ihres Sohnes aufgesessen sein könnte und ob sich der Vertrauensverlust nicht auf diese Weise erklären ließe.

Es war genau so. Der Junge wurde, er war da etwa 12 Jahre alt, zum Opfer einer Tortur, wie ich sie mir brutaler kaum vorstellen kann!

Irgendwann, zwei Jahre später, traf ich eine Frau, sie war eine ehemalige Kollegin, die mir erzählte, daß ihr Sohn vor seiner Schule zusammengeschlagen wurde. Der Täter sei ein bekannter Rechtsradikaler und der Anlaß eine kleine Friedenstaube am Rucksack ihres Sohnes gewesen.

Ich kannte sowohl die Schule als auch Jugendliche von dieser Schule, und noch ehe jene Frau den Namen des Täters nennen

konnte, hatte ich ihn schon erraten: Es war der Sohn der eingangs erwähnten Bekannten.

Irgendwann hatte ich es geschafft, mit jenem Jungen ein Abendbrot zu vereinbaren. Wir saßen irgendwo bei Bier und Abendessen. Ich schilderte ausführlich, welche Beziehung ich zu seiner Mutter hatte und betonte, daß sie von Respekt und von Achtung geprägt sei. Ich schilderte ihm genauso ausführlich, welche Beziehung ich zur Mutter des anderen Jungen hatte und betonte, daß sie genauso von Respekt und Achtung getragen sei.

Ich stellte ihm irgendwann die Frage: »Kannst Du dir vorstellen, daß es mir weh tut, wenn sich die Söhne solcher Frauen gegenseitig Schmerzen zufügen?«

»Ja, das kann ich mir vorstellen!«

»Kannst Du dir vorstellen, warum ich heute so intensiv mit dir rede!«

»Ich soll mich entschuldigen...«

Es fällt mir schwer, an dieser Stelle einen Lehrsatz zu formulieren. Aber: Es betätigt sich die These, daß Täter in ihrem Leben auch immer Opfer von Gewalt gewesen sind.

Wir kennen alle diesen Satz: Was mich nicht umbringt, macht mich hart. Also: Wer Amok läuft, signalisiert, daß er ein Problem hat. Allerdings: Wer Amok läuft, der ist auch so selbstgerecht, daß er von allem ausgeht, nur nicht – daß er ein Problem hat.

Das fordert zu *kritischer* Solidarität heraus.

Kritisch heißt: ohne Konfrontation keine Veränderung.

Ich baue den Konflikt nach der Logik meines Klienten hoch, setze den Baustein *Eskalation* nicht und baue ihn nach meiner Logik zurück!

Zur »Struktur« von Gewalt

Bevor ich nun also zu einer weiteren (die letzte These bestätigen-de) Situation komme, hier noch ein Diskussionsangebot für eine Gruppenstruktur, wie ich sie bei gewaltbereiten Jugendgruppen oft bemerken konnte.

Ich glaube, daß das Modell nach dem Grundsatz funktioniert: Je härter, desto klarer. Darüber hinaus denke ich, daß wir (aus welchen Gründen auch immer) die Krise dieser Struktur menschlicher Zuordnungen erleben.

Zu bemerken wäre noch: Wer als Sozialarbeiter/in glaubt, es wäre ausreichend, den Zugang zur Gruppe ausschließlich über die »Führer«-Figur herzustellen, der/die arbeitet nach dem Zauberberlehungs-Prinzip. Das heißt: Der Druck, den die als »ambitionierte Führer« gekennzeichneten Personen erzeugen, ist gnadenlos, und erst, wenn die sich meiner Strategie fügen, tritt mein wichtigster Widerpart in Erscheinung: der »Ideologe«. Ich habe es also mit mindestens fünf ambitionierten Personen zu tun.

Der Schrei nach Aufmerksamkeit

Doch nun zur bereits avisierten Situation: An einem Winterabend des Jahres 1990 lief ich durch das Zentrum von Frankfurt (Oder), und es näherten sich mir lautstark drei junge Männer.

Lautstark heißt: Sie erklärten brüllend, wen sie alles »plattmachen« wollten: Polen, Juden, linke Schweine...

In Höhe Fußgängerbrücke stellte ich mich ihnen entgegen, d. h. ich konzentrierte mich wieder auf den Menschen in der Mitte, sah ihm ins Auge und sagte:

»Da kannst du bei mir gleich anfangen – ich bin ein ganz linkes Schwein.«

Der junge Mann war vor Verblüffung sprachlos.

Sein Nachbar erklärte: »Wir haben jetzt doch Demokratie – wir können jetzt alles sagen.«

Ich erwiderte: »Ich sage euch das, weil wir Demokratie haben!«

Die Situation schien bereinigt, die drei zogen ab. Plötzlich kam ein vierter von hinten, auch ein Mädchen war dabei: »Laßt euch doch von dem Arsch nichts gefallen.«

Plötzlich stand es vier gegen einen, und ich flog rückwärts in die Blumenrabatten. Mein blonder Ansprechpartner kniete auf mir, hob die Faust zum Schlag... Ich schaute ihm vom unten fest in die Augen und sagte: »Du kannst mich totschiessen. Du wirst nicht viel Freude daran haben.«

Immerhin fragte er: »Warum nicht?«

»Ich wehre mich nicht«, sagte ich.

»Was bist denn du für einer, bist du vom Neuen Forum?«

»Das ist Gesinnungsschnüffelei, darauf antworte ich nicht.«

»Laßt doch den Idioten«, sagten die anderen: »Der ist doch bescheuert...«

Später traf ich meinen »Freund« an einem stadtbekanntem Treffpunkt der sogenannten Rechten.

»Was machst du denn hier«, fragte er mich entgeistert?

»Ich bin jetzt dein Sozialarbeiter...«, sagte ich.

Wiederum einige Zeit später kam er zu mir mit einer Bitte: »Wir wollen mit unseren Baseballschlägern etwas Vernünftiges machen...«

Er gründete mit Freunden einen Sportverein. Der hat den beziehungsreichen Namen Frankfurt-Bandits. Sie spielen jetzt erfolgreich in der Berlin/Brandenburgischen Liga Baseball.

Ist Gewalt »maskulin«?

Auf dem Höhepunkt der Eskalation von Jugendgewalt in Frankfurt (Oder) gab es folgende Grundkonstellation:

Wir hatten ein besetztes Haus in der Görlitzer Straße (Göre), und es gab einen Treff im Südring für Rechtsradikale, eine ehemalige SERO-Annahmestelle vom Charme eines Rinderoffenstalls. Das waren (im Bilde beschrieben) zwei Festungen – klar abgegrenzt, hermetisch abgeschlossen – die Zugbrücken waren oben. Es hätte keine Kommunikation geben dürfen... Und doch:

Wurde im Südring eine Nachricht »gemacht«, war sie eine Viertelstunde später in der »Göre« und umgekehrt. Wer besorgte diesen »Transport«? Es waren fast immer die Mädchen – sie, so scheinbar unauffällig, huschten durch die Frontlinien und hatten immer etwas zu berichten. Das gab ihnen eine seltsame Macht.

Der spezifische Anteil von Frauen an Gewalt wäre das Thema einer anderen Arbeit – möglicherweise von einer kritischen

Sozialarbeiterin. Allgemein nur soviel: Wir sind Menschen, wir sind Individuen – jede/jeder sollte den eigenen Beitrag am Zustandekommen von Konflikten untersuchen.

Ich halte viel von der (bitteren) Goetheschen Erkenntnis: Nichts Menschliches ist mir fremd.

Speziell zum Thema Rückbau: Neben Öffentlichkeit und Anonymität gehört auch Hysterie in den Kuchenteig der Gewalt.

Ein anderes Medium, ohne daß es hier besondere Berücksichtigung erfährt, ist die Angst.

Nur soviel: Verdrängte Angst bricht sich immer eine Bahn. Das gilt sowohl für Sozialarbeiter als auch für gewaltbereite Jugendliche. Wer das weiß und damit umzugehen lernt, der hat auf längere Sicht die besseren Karten.

Prävention = Kreativität im Konflikt

Als ein Mensch, der sich selbst als feige empfindet, wenn er einem Konflikt aus dem Wege geht und gleichzeitig als einer, der selbst nie Gewalttäter sein wollte, wenn er in einen Lebens-Konflikt gestellt war, habe ich in den letzten Jahren eine große Zahl an komplizierten Situationen erlebt.

Alles zu schildern, ginge über den Rahmen dieses Themas hinaus. Zu verallgemeinern wäre:

Tage, an denen man die sprichwörtlichen »Bäume ausreißen« könnte, sind für aktive Lösungsstrategien geeignete Tage. An Tagen, an denen man sich unausgeglichen und schlecht fühlt, sollte man Konfliktlösungen (sofern man es mit der eigenen Moral vereinbaren kann) getrost anderen überlassen.

Zum Schluß will ich – aus einem breiten Spektrum von Beispielen – noch einmal die eine Situation beschreiben, die wesentlich das berücksichtigt, was diese Arbeit an Erkenntnissen formuliert:

Versetzen wir uns gedanklich in jene Zeit, da wir noch, mehr oder weniger gut sortiert, in zwei deutschen Staaten lebten. – Wie gesagt: Meine Erfahrungen mit Prävention begannen nicht erst mit dem Zusammenbruch der DDR.

Wir schreiben das Jahr 1988. An einem Freitagnachmittag wollte ich vom Bahnhof Erkner in Richtung Frankfurt (Oder) fahren. Der Zug war selbst für einen DDR-Feierabend-Wochenend-Ausflugsverkehr zu voll. Daß ich den Bahnsteig hinter bis zum letzten Wagen lief, nutzte mir gar nichts – selbst dort hatten Fahrgäste von innen die Türen verstellt, um niemanden mehr in den Zug zu lassen.

Entsprechend aufgeregt liefen die Zuspätgekommenen auf dem Bahnsteig hin und her. In dem Wissen, daß ich mir den Unmut vieler Menschen zuziehen würde, riß ich mit aller Kraft eine Tür auf. Ich versuchte mein Glück mit freundlicher Entschlossenheit: »Wenn wir alle noch ein paar Zentimeterchen rücken, dann wird sich auch noch ein Platz für mich finden lassen.«

Das Volksgemurmel legte sich langsam, als sich die Tür hinter mir geschlossen hatte. Der Raum vor dem Raucherabteil (wir »Ossis« erinnern uns: man konnte Kinderwagen dort abstellen) –

der Raum war rammvoll. Die Schiebetür zum Nachbarwaggon war offen – hier bot sich noch einmal seitenverkehrt die gleiche räumliche Situation. Überall standen Menschen wie Sardinen. Es war also ein großer öffentlicher Ort.

Wie gesagt: Das Volksgemurmel hatte sich gelegt, und die meisten Fahrgäste hätten schon bald das Interesse an mir verloren, wäre da nicht eine Gruppe von fünf jungen Männern gewesen, die mich aus dieser Situation nicht entlassen wollten. Sie hielten darüber hinaus lautstark Kontakt zu einer weiteren Gruppe im anderen Waggon, die ich nicht sehen, aber hören konnte.

Das Klima spitzte sich schnell zu: »Seht euch den Arsch an... wie er schon dasteht... Der denkt, der ist der Größte...«

Ich analysierte meine Situation und dachte, daß ich am schnellsten aus dem Radius der Gruppe kommen würde, wenn ich mich im Gang vom Raucherabteil plazierte.

Gedacht, getan. Ich bahnte mir den Weg mitten durch die Gruppe und sagte: »Ich gehe jetzt dort in das Raucherabteil. Nicht, daß es dort bequemer wäre – mir geht euer Geschwätz einfach auf die Nerven.«

Ich hatte die Tür noch nicht zugeschoben, da brannte draußen schon die Luft. Mit wüsten Beschimpfungen auf den Lippen wollte er, der »Führer«, die Tür wieder öffnen, da trafen sich unsere Blicke.

Ich taxierte ihn lange und ruhig. Als er weg sah, hatte er die Röte aller möglichen Komplexe im Gesicht – er war offensichtlich so verunsichert, daß er sich nicht zu seinen Gefährten umdrehen konnte. Die Stimmung ebte ab.

Aber nicht lange. Bald hatte sich die Gruppe ein weiteres mal aktiviert. Ich hatte mir in der Zwischenzeit die Gesichter der Fahrgäste angesehen.

Die meisten blickten angestrengt aus dem Fenster. Manchem stand die »geile« Genugtuung ins Gesicht geschrieben. Andere sahen mich mitleidig an. Klar war: Ein Irrtum meinerseits – und ich wäre aus dem fahrenden Zug geflogen.

So lagen die Karten! Bald kam es zum zweiten »Angriff«, diesmal hatte ein Vertrauter des »Führers« (ein ambitionierter Führer!?) den aktiven Part übernommen.

Und das gleiche Spiel begann von vorn. Wieder trafen sich unsere Blicke, wieder hielt mein Widerpart den konzentrierten Blick nicht aus. Nun war es an mir, die Tür zu öffnen.

»Ich wußte nicht, daß man sich bei einem so platten Thema so lange aufhalten kann...«

»Willst du ein's in die Fresse...«, reagierte mein Konfliktpartner prompt.

Ich nahm seinen Kopf fest zwischen meine Hände, küßte ihn auf die Stirn und sagte, als meinte ich genau das Gegenteil: »Ich liebe dich!« Dann schloß ich die Tür ein weiteres mal.

»Die schwule Sau. Die Schwuchtel.«

Draußen suchte man neues rhetorisches Futter.

Ich ließ sie noch einige Augenblicke gewähren, dann ging ich wieder raus und zog endgültig die Tür hinter mir zu.

Nachdem ich jeden einzelnen deutlich taxierte hatte, sagte ich:

»Jeden für sich genommen, seht ihr ja richtig sympathisch aus, aber zusammen seid ihr unerträglich!«

In Fürstenwalde stieg der größte Teil der Fahrgäste aus. Die Gruppe konnte sich mit der anderen Hälfte aus dem vorletzten Waggon vereinen. Doch das hatte für den gerade geschaffenen Status quo keine Bedeutung mehr. Ich hatte bis zum Zielbahnhof Frankfurt (Oder) meine Ruhe! Die übrigen Fahrgäste auch.

Sei so mutig, wie du kannst!

Man kann nicht immer und zu jeder Zeit in offensiver Weise in Konflikte gehen. Man kann aber immer bemüht sein, auf Konflikte nicht hysterisch zu reagieren. Man kann immer versuchen, die eigene Angst zu überwinden. Man sollte immer versuchen, einem Menschen, der die jeweilige Situation aktiver angeht, deutlich Unterstützung signalisieren.

Das reicht mitunter schon, um zu beweisen, daß den Amokläufern die öffentliche Meinung nicht gehört.

Und damit ist ihnen schon ein für sie existentieller Mythos genommen!

ADOLF DRESEN

Über Kitsch und Kunscht. Neues aus der Theaterwelt

Adolf Dresen – Jg. 1935, Regisseur. Studium der Germanistik, Philosophie und Physik in Leipzig; Leiter der Studentenbühne der Leipziger Universität; Praktikum am Berliner Ensemble; 1958/59 Dramaturg und Inspizient in Crimmitschau; 1959 Regiedebüt mit Baiers »Die Feststellung«; 1959-62 Regisseur in Magdeburg, 1962-64 Greifswald, dort nach seiner »Hamlet«-Inszenierung enlassen; Hilfsarbeiter in Mecklenburg; noch 1964 holte ihn Wolfgang Heinz an das Deutsche Theater Berlin; wichtige Regiearbeiten: 1968 mit Wolfgang Heinz Inszenierung von Goethes »Faust I« als Komödie; 1970 Erstaufführung von Issak Babels »Maria«; 1970 Goethes »Clavigo« – die Inszenierung wurde verboten. 1975 Kleists »Prinz von Homburg« und »Der zerbrochene Krug«, 1977 »Michael Kohlhaas«; 1977 mit Billigung des Kulturministeriums der DDR zunächst begrenztes Visum, um in der BRD und im westlichen Ausland zu arbeiten, Adolf Dresen blieb DDR-Bürger. Inszenierungen in Basel, Wien, Bochum, Hamburg. 1981-85 Intendant des Schauspiels in Frankfurt/Main, seit 1885 freier Opernregisseur vorrangig an der Wiener Staatsoper, aber auch in Paris und London.

Erstens:

Die Kultureinrichtungen sind in Deutschland traditionell hoch subventioniert. Die Gattungen werden verschieden begünstigt, am meisten profitieren die Theater; die Theaterleute anderer Völker beneiden uns schon lange um so viel staatliche Fürsorge. Jetzt sieht es so aus, als ob die Tradition zu Ende ginge. Der Berliner Kultursenator, Herr Radunski, sagte: »Wenn der Staat nicht mehr kann, der Bürger die Kultureinrichtungen aber haben will, muß er sich privat engagieren«.¹ Das heißt wohl nichts anders als: die Kultur auf den Markt. In dem großen Berliner Theater, das sich nach Schiller nennt, werden inzwischen Musicals gespielt. Es wirkt wie die Illustration der letztjährigen Botschaft zum Welttheatertag, verfaßt vom syrischen Dramatiker Saadalla Wannous: »Das Theater ist auf dem Rückzug, und wohin man auch schaut, verlieren Städte mehr und mehr die Geduld mit ihren Theatern und drängen sie an immer unerheblichere Orte, denn ihr Platz wird nun gebraucht für noch mehr glitzernde Lichter, Farbbildschirme und Fließbandtrivialitäten«.² Der Frankfurter Opernintendant, Cambreling, und der Intendant des Berliner Ensemble, Wuttke, traten aus Geldgründen zurück. Der Rostocker Theaterchef Straube wurde samt Verwaltungsdirektor fristlos entlassen – Geldgründe. Der letzte Rücktritt erst vor kurzem war der des Intendanten hier in Potsdam – Gründe ähnlich. Der Leipziger Kapellmeister Masur gab sein Amt auf mit der Begründung, er wolle nicht zusehen, wie die Stadt das Gewandhaus durch Reduktionen zerstöre – die Stadt läßt ihn jetzt für 20.000 Mark in Öl malen und ernennt ihn zum Ehrenmitglied. Streit gibt es meist um Prioritäten: wo könnte man gerechter oder sinnvoller sparen. In den Theatern selbst kriegt man sich in die Wolle, welche Sparte gekürzt oder gestrichen werden könnte. Meist müssen dann die Tänzer dran glauben.

Auch viele Theaterleute meinen, daß sehr wohl gespart werden könnte – man könnte etwa die vielen Parasiten einsparen, die sich offenbar überall da einnisten, wo Subventionen gezahlt werden, und ohne die es auch um die Kunst gewiß besser stünde. Statt dessen führen jetzt oft die Parasiten die Sparmaßnahmen durch. Für die Stadtverwaltungen ist es bequemer, einen willfähigen Mann zu engagieren, der keine Probleme macht, seine Leute kürzt und selber hoch bezahlt wird. Oft führen die Sparmaßnahmen auch zur Verteuerung – etwa wenn Abfindungen gezahlt werden müssen, die die Einsparungen übertreffen. In Rostock etwa wurde vor ca.

drei Jahren schon einmal ein Intendant gekündigt, der vor Gericht Recht und eine Abfindungssumme von etwa 350.000 DM bekam; jetzt droht etwas Ähnliches wieder, mit höheren Abfindungssummen. Mit diesen werden dann die Theater belastet, die sich daran doch unschuldig fühlen. Sie sind sicher noch ein Klacks gegen das, was man dem Intendanten des Schillertheaters zusprach oder dem ehemaligen Leiter der Alten Oper Frankfurt – ebenfalls mehrfach. Die Abfindungssummen, oft in halber Millionenhöhe, wurden von den Betroffenen in jedem Fall eingesteckt – offenbar ihr Recht; ob ihr Verhalten auch moralisch ist, steht auf einem anderen Blatt. Sie verhielten sich jedenfalls, wie man das jetzt nennt, »clever«. Die Leute, die dergleichen in den Kommunen entschieden haben, waren offenbar nicht hinreichend kompetent, doch kenne ich keinen Fall, daß sie für ihre Fehlentscheidungen belangt worden wären. Die Inkompetenz der Kulturbeauftragten wundert einen nicht, wenn man erfährt, wie sie meist zu ihren Posten kommen. Es wirkt sich da negativ aus, daß die Bundesrepublik, im Gegensatz zu den meisten anderen westlichen Staaten, kein Kulturministerium hat – Kultur ist hier Ländersache, ja letztlich die *einzig* wirkliche Ländersache. Nation, das hieß bei uns seit den Zeiten der Klassik unangefochten immer nur *Nationalkultur*, nicht aber *Nationalstaat*. Für Adenauer aber mag die Nicht-Auseinandersetzung mit deutscher Kultur nach 1945 bequem gewesen sein. Welche Vorzüge eine nationale Kulturpolitik hat, zeigen uns heute die Franzosen. Sie belegen etwa den amerikanischen Film mit Einfuhrzöllen, die dann der nationalen Filmindustrie zugute kommen. In Deutschland gilt dergleichen als staatliche Einmischung. »Sowenig Staat wie möglich«, ist einer der Sätze der Liberalen. Wir haben in Deutschland die paradoxe Situation, daß der Staat immer mehr auf den Selbstlauf der Dinge setzt, daß sein Apparat aber zugleich umfangreicher und teurer wird.

Die Theater finden sich immer mehr in finanzieller Bedrängnis; das Bedrückende daran ist, daß sich im Gegensatz zur Situation noch vor etwa zehn Jahren kaum noch etwas in der Öffentlichkeit regt, wenn ein Theater geschlossen wird. Das war die überraschende Erfahrung bei der Schließung des Schillertheaters – es hatte sich in der Öffentlichkeit vorher schon selbst erledigt, unter anderem auch durch einen keiner Öffentlichkeit mehr vermittelbaren Mangel an Moral. Oft verdient der Theaterleiter in einer großen Kommune mehr als der Oberbürgermeister, der seinen Vertrag unterschreibt. Ob er etwas Vergleichbares leistet, bleibt die Frage. Postenrängeleien, exorbitante Gegenforderungen bei Ausbleiben entsprechender Leistungen bewirkten, daß die Theater ihre wichtigste Lobby verloren haben – die Zuschauer. Sie versuchen sie dann durch »Zugeständnisse« zurückzugewinnen. Opernhäuser versuchen es wieder mit den alten Operetten, in Schauspielhäusern setzt man verstärkt auf Klassiker. Das alles muß keineswegs funktionieren. Welches Haus hat überhaupt noch die Konditionen, eine Operette zu spielen? Was herauskommt, nötigt Tante Frieda dann zu dem Vergleich, das hätte das alte Theater besser gekonnt. In Leipzig gab man eine Aufführung von Lessings »Minna von Barnhelm«. Die Oberschüler, die da drinsäßen, sind jetzt vermutlich der

»Ich habe bemerkt«, sagte Herr K., »daß wir viele abschrecken von unserer Lehre dadurch, daß wir auf alles eine Antwort wissen. Könnten wir nicht im Interesse der Propaganda eine Liste der Fragen aufstellen, die uns ganz ungelöst erscheinen?«
Bertolt Brecht: Geschichten vom Herrn Keuner.

Herrn K. wurde vorgehalten, bei ihm sei allzu häufig der Wunsch der Vater des Gedankens. Herr K. antwortete: »Es gab niemals einen Gedanken, dessen Vater kein Wunsch war. Nur darüber kann man sich streiten: Welcher Wunsch? Man muß nicht argwöhnen, daß ein Kind gar keinen Vater haben könnte, um zu argwöhnen: die Feststellung der Vaterschaft sei schwer.«
Bertolt Brecht: Geschichten vom Herrn Keuner.

Meinung, sie hätten sein Stück gesehen – aus der Schule kennen sie es ja ohnehin nicht mehr. Viele Besucher gingen in der Pause, ich auch. Der Regisseur der Aufführung wird solche Leute vermutlich als Konservative oder Reaktionäre bezeichnen. Hans Mayer hat hier erzählt, wie er sich in einer ähnlichen (übrigens, muß man sagen, noch ziemlich harmlosen Vorstellung) wehrte, indem er »Buh« rief.

Daß die meisten Theater sich angesichts des Besucherschwunds wieder in »Unterhaltung« versuchen, empfinden sie selbst als einigermaßen unseriös. Daß Theater nichts anderes soll als unterhalten, daß es Vergnügen machen, Lust bereiten soll, war noch die Meinung Lessings, Schillers oder Brechts – natürlich war da eine bestimmte Form von Lust gemeint, nicht die, die vielleicht auch ein Lustmörder hat. Es öffnet sich da eine Schere: einerseits findet wieder platte Unterhaltung statt, andererseits setzt sich eine Sorte Kunst dagegen ab, »Kunscht«, wie laut Klaus Küchenmeister Brecht zu sagen pflegte, die angeblich das Höhere repräsentiert. Ich werde versuchen zu zeigen, daß es falsche Alternativen sind, zwischen denen das wirkliche Theater immer mehr verschwindet.

Was sich in den Theatern selbst ausbreitet, ist eine ungeheure Ratlosigkeit: was sollen wir denn tun? Es gibt anscheinend nichts mehr, was man noch nicht gemacht hätte. Auf dem S-Bahnhof Zoo las ich kürzlich eine Reklame des Berliner Ensemble: »Das Ungewöhnliche ist das Gewöhnliche geworden. Deshalb gibt es nichts Ungewöhnliches mehr.« Natürlich, die Tabubrüche, die inszenierten Skandale und Publikumsschocker verbrauchen sich, und der größte Tabubruch wäre wohl mittlerweile, *kein* Tabu mehr zu brechen. Das *wirklich* Ungewöhnliche wird keineswegs zum Gewöhnlichen, auch nicht in Jahrhunderten, wie die Stücke des Sophokles oder des Shakespeare zeigen können. Das Ungewöhnliche allein um des Ungewöhnlichen willen aber wird schon zum Gewöhnlichen, sobald es nur existiert. Unsere Theater haben uns überschwemmt mit »Genies«, die es leider immer nur bis heut nachmittag sind. Sie tun irgendetwas Niedagewesenes, das dann allein dadurch, daß es ist, schon überholt ist, und in den schreienden Niedagewesenheiten verschwindet schließlich, was nicht die Sprache der Reklame spricht. So geschah es etwa Christoph Hein mit seinem Stück »Randow«. Es schrie nicht mit in dem allgemeinen Geschrei. Die Kritiker vermißten folglich die »Innovation«. Ich sprach mit einem Kritiker darüber – er gab mir stöhnend recht, was die Sache kaum hoffnungsvoller macht. Die Theater mißachten nicht nur ihre Schauspieler, sondern auch ihre Schriftsteller, und wundern sich dann, wenn, anders als in England, Stücke nicht mehr geschrieben werden. Die Regisseure, die nicht mehr wissen, wohin sie mit ihrer Originalitätssucht noch sollen, gerieren sich als Herren des Theaters, nicht als Bildner von Ensembles, sondern Machthaber von Hierarchien. Nach wie vor machen bei uns Regisseure Theater für Kritiker, nicht Schauspieler für Zuschauer.

Zur Rettung der Theater halten jetzt die Manager auch dort ihren Einzug; sie kämpfen um Rationalität und Effektivität – das sind die Kriterien von Produktionsbetrieben, und in gewissen Grenzen sind sie für Theater anwendbar. Zweifellos aber ist letztlich *die* Kunst

die rationellste und effektivste, die *nicht* stattfindet. Kunst läßt sich nicht nach Zweck-Mittel-Relationen organisieren. Rationalisierbar ist nur der Betrieb. Als ich 1977 an den Münchner Kammer spielen inszenierte, zeigte mir Therese Giehse den großen Verwaltungstrakt, den es neuerdings gab, mit der Bemerkung, das sei sonderbarerweise früher nicht nötig gewesen. Als ich 1964 ans Deutsche Theater Berlin kam, wurde die Verwaltung im Wesentlichen in den wenigen Räumen abgewickelt, die es schon zur Reinhardt-Zeit gab. Als ich zehn Jahre später wegging, hatte man für unbedingt notwendige Verwaltungsaufgaben ein ehemaliges Wohnhaus okkupiert. Darin wird nun bis heute verwaltet. Abbauen läßt sich dergleichen offenbar nie mehr. Das Theater ist mit all diesen ungeheuer notwendigen Einrichtungen schwerfälliger und teurer geworden, besser nicht. Das Verhältnis des effektiven Spielensembles zur Gesamtbelegschaft eines Hauses beträgt heute ca. 1:10, d. h. auf einen Schauspieler kommen etwa neun andere. Harry Bockwitz, einer meiner Vorgänger im Frankfurter Intendantenamt, antwortete auf meine Frage, warum es so schwierig geworden sei, ein Theater zu leiten: die Abteilungen seien zu groß und einander zu entfremdet, sie arbeiteten gar nicht mehr in dem Bewußtsein, letztlich *für* die Bühne zu arbeiten, empfänden diese vielmehr als ein chaotisches Element bzw. als Störung; das werde immer mehr zu einem System organisierter Verantwortungslosigkeit; ein Intendant sei gar nicht mehr in der Lage, den auseinanderdriftenden Betrieb zu integrieren. Es gibt heute an den Theatern sieben verschiedene Tarifverträge – alle einmal soziale Errungenschaften, inzwischen teure Hindernisse, die anscheinend niemand die Kraft hat zu beseitigen. In der jetzigen Tarifsituation kann ein Operndirigent sich in der Premiere einem Orchester von lauter Substituten gegenübersehen, die nie mit ihm probiert haben und in dem er selbst den Konzertmeister nicht kennt. Das begünstigt Schmarotzertum und schadet der Musik. Es gibt, besonders im Musikbetrieb, inzwischen Gagen, die jeder Beschreibung spotten, Dirigenten- und Intendantengagen von einer Million Mark pro Jahr bei beschränkter Anwesenheitspflicht, die Dirigate extra bezahlt, ganz abgesehen von den Gagen, die noch andernorts, etwa bei der Plattenindustrie, anfallen. Die Kommunen versuchen, »große Namen« zu verpflichten, und ermöglichen es deren Trägern, sich in wechselweiser Konkurrenz in den Verhandlungen hochzupokern. Wo sind die Zeiten hin, da, wie einst in Frankfurt am Main, einem Mitbestimmungs-Theater, die Gagen am Schwarzen Brett hingen, und wo die Gegendifferenz 3.000 Mark nicht überstieg. Heute kann man die kargen Gehälter von Kostümschneidern oder Bühnentechnikern nicht mehr neben die der jeweiligen Großmogule zu stellen wagen. Gespart aber wird, wie ja auch andernorts, vor allem an den Niedriggehältern – d.h. die Schere der Gehälter geht weiter auseinander. Auf die Dauer läßt sich ein solcher Betrieb kollegial oder durch Ensemblearbeit natürlich nicht mehr zusammenhalten, sondern nur noch durch Angst – wie ebenfalls andernorts. Inzwischen ist das Theater auf der Suche nach seinem verlorenen Sinn. Das ist nahezu eine Blasphemie. Es ist keineswegs schwer zu sehen, wo der Ausweg läge. Ich möch-

Ziffel:

Die Deutschen haben eine schwache Begabung für den Materialismus. Wo sie ihn haben, machen sie sofort eine Idee daraus, ein Materialist ist dann einer, der glaubt, daß die Ideen von den materiellen Zuständen kommen und nicht umgekehrt, und weiter kommt die Materie nicht mehr vor. Man könnt glauben, es sind nur zwei Sorten von Leuten in Deutschland, Pfaffen und Pfaffengegner.
Bertolt Brecht: Flüchtlingsgespräche.

Kalle:

Über, was herrschen ist, besteht eine verkehrte Meinung bei einigen. Die meisten Leut wissen zeit ihres Lebens nicht, daß sie beherrscht werden, das ist eine Tatsache. Sie meinen, sie tun, was sie auch täten, wenn's überhaupt keine Obrigkeit oder sonstwas, was herrscht, gäb. Wenn sie was merken, werden sie manchmal ganz wild. Bertolt Brecht: Flüchtlingsgespräche.

te dazu Brecht zitieren, dessen 100. Geburtstag wir in Kürze begehen – was zweifellos dazu führen wird, ihn wiederum nach nagelneuen »Ästhetiken« abzusuchen. Er stellte in der schweren Krise des deutschen Theaters nach 1945 zuerst einmal richtig, daß das Theater nicht mit dem Untergang des Dritten Reichs untergegangen sei, sondern mit dessen Aufstieg. Der Niedergang des Theaters, so meinte er damals, werde leider nicht mehr gesehen, »weil mit ihm zusammen ein ebenso ungeheuerlicher Niedergang der Beurteilung« gegangen sei.« »Nicht durch besonders leichte Aufgaben«, so beschrieb er dann seinen eigenen Neuanfang, »konnte das verkommene Theater wieder gekräftigt werden, sondern nur durch die allerschwersten. Kaum mehr imstande, seichteste Unterhaltung herzustellen, hatte es noch eine letzte Aussicht, wenn es sich Aufgaben zuwandte, die ihm nie gestellt worden waren; unzulänglich in sich selbst, als Theater, mußte es sich anstrengen, auch noch seine Umwelt zu verändern. Es konnte hinfert seine Abbildungen der Welt nur noch zu gestalten hoffen, wenn es mithalf, die Welt selbst zu gestalten.«³ Unser Theater betrachtet vor allem noch seinen eigenen Nabel und bejammert seine eigenen Schwierigkeiten, darüber hat es nicht Zeit, auch noch die Probleme zu sehen, die sich ringsherum türmen. Es ist eine Welt, die sich vor allem noch auf sich selbst bezieht, und die den eigenen Realitätsverlust längst nicht mehr bemerkt. Sie ist hermetisch – die Leute brauchen nicht einmal mehr die Augen schließen oder sich abwenden, um nichts mehr zu sehen. »Von was für einer Krise reden Sie?« wurde ich noch vor fünf Jahren gefragt; »Hören Sie doch auf mit Krise, das ist doch ein alter Hut« heißt es dafür jetzt. Es gibt zu viele Nutznießer am Untergang.

Gegenüber Kitsch und Kunscht, unverbindlichem Trallalla oder den Rätseln der nagelneuesten »Ästhetik« gibt es m. E. einen einzigen gangbaren Weg – den der Repolitisierung, wenn man es richtig versteht. Politisches Theater muß weder oppositionell noch agitatorisch sein. Der Aufschwung des DDR-Theaters hing unmittelbar mit seiner Politisierung zusammen, vor allem durch die Arbeit Brechts. Der Aufschwung des westdeutschen Theaters folgte fünfundzwanzig Jahre später auf ganz ähnliche Weise. Gewiß war der »Marxismus« der westlichen Theater oft rührend naiv und komisch. Auf die Frage, was nötiger sei, die Revolution oder das Theater, wurde da natürlich geantwortet: die Revolution. So etwas hält natürlich nicht vor. Auf einer Probe der Berliner Schaubühne, damals ein linker Leuchtturm, wurden einmal »Bücher« verlangt; der Requisiteur kam mit seiner Karre: dreißigmal Band 1 Karl Marx »Das Kapital«, angeschafft einst für »Zirkelarbeit«, auf den ersten Seiten jede Zeile unterstrichen, dann gelandet im Fundus. Mit dem Untergang des Ostblocks ist auch die westdeutsche Linke sang- und klanglos verschwunden. Man sollte nicht sagen: sie war danach. Der Name Marx wird nicht mehr genannt, doch die Leerstelle, an die nicht mehr gerührt wird, markiert eine Verletzung – sie erscheint als Lähmung, Resignation, Abdankung einer Zukunftshoffnung. Nichts scheint so widerlegt wie der Marxismus, selbst in seinem eigenen Verständnis, nach dem das Kriterium aller Theorie die Praxis ist. Sonderbarerweise,

und als wollte die Geschichte sich über uns lustig machen, werden nach diesem welthistorischen Untergang Fragen relevant, die längst erledigt schienen. »Börsenkurse und Konzerngewinne steigen mit zweistelligen Raten«, heißt es in einer Untersuchung von Martin und Schumann über die Globalisierung⁴, »während Löhne und Gehälter sinken. Gleichzeitig wächst die Arbeitslosigkeit parallel mit den Defiziten der öffentlichen Haushalte. Niemand benötigt besondere ökonomische Kenntnisse, um zu verstehen, was geschieht: 113 Jahre nach dem Tod von Karl Marx steuert der Kapitalismus wieder in jene Richtung, die der revolutionäre Ökonom für seine Zeit so trefflich beschrieb: ›Die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion ist, den durchschnittlichen Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken oder den Wert der Arbeit bis zu seiner Minimalgrenze zu drücken.« Martin und Schumanns Analyse trägt den Untertitel »Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand«, versucht also auch die Gründe zu analysieren, die zu Sozial- und Kulturabbau führen.

Ich war vor einigen Jahren Intendant in Frankfurt am Main. Damals war die Stadt die reichste in Deutschland und baute sich zum Ruhme gerade das stolze Museumsufer. Jetzt hatte ich dort einige Opernproben zu leiten – die Hälfte wurde aus Geldmangel gestrichen. Wo ist das Geld geblieben? Die Stadt hat 440 Banken, die Gewinne um 20 Prozent ausweisen, die aber, bei ständig steigender Belastung der Kommune durch Arbeitslose, weniger Steuern zahlen als vor zehn Jahren. Ein Banker, den ich fragte, antwortete etwas unwillig, das sei der »Preis der Modernisierung«, Deutschland müsse aus dem Dornröschenschlaf langsam erwachen. Der Kanzler nannte die Globalisierung in seiner Neujahrsansprache als wichtigsten Grund für die momentanen Probleme. Ein »Umbau« sei erforderlich – oder meint er den Abbau des Sozialstaats? Gefordert werden mit Berufung auf Ludwig Erhard mehr Freiräume für die Wirtschaft⁵; mit einer Radikalkur müsse man den »Sozialstaat wieder auf den Boden der Finanzierbarkeit stellen«. Standortvorteile für die Wirtschaft aber bringen Standortnachteile für die Bevölkerung; der Reichtum scheint zu wachsen, sich zugleich aber immer ungleicher zu verteilen. Die »Erfurter Erklärung« vom 9. Januar, die von einigen Kirchenleuten initiiert wurde, versucht auf die neue Situation zu reagieren; die wichtigste ihrer Forderungen ist, »aus der Zuschauerdemokratie herauszutreten«. Das Bewußtsein, wir selbst seien in einer Demokratie die Subjekte der Politik, scheint verlorenzugehen. Brecht hielt gegen Ende seines Lebens, episches Theater hin oder her, nur ein solches Theater für legitim, das die Welt als eine *veränderbare*, d.h. *von uns* veränderbare darstellt, d.h. das *uns selbst* als Subjekte der Geschichte beschreibt. Statt dessen verbreiten unsere Aufführungen oft genug den Dunst einer schicksalhaft und undurchdringlich gegebenen Welt, und wir nehmen den Leuten, was ihnen die Kunst gerade zu geben hätte und was Kant »Urteilkraft« nannte. Wir verbreiten das schlechte Gewissen, das, was einem gefällt oder was man versteht, sei sowieso keine Kunst – und den Umkehrschluß: also ist das gut, was ich *nicht* verstehe. Derselbe falsche Umkehrschluß gilt vom Publikum: was es verlangt, sei immer

Ziffel:

Der Homo sapiens tut nach Marx nur was, wenn er dem absoluten Ruin in die Pupille starrt. Die höheren Züge läßt er sich nur erpressen. Das Richtige macht er nur im Notfall, so ist er für Menschlichkeit nur, wenns gar nicht mehr anders geht. So kommt der Prolet zu seiner Mission, die Menschheit auf eine höhere Stufe zu heben.

Kalle:

Gegen diese Mission bin ich immer gewesen, sozusagen instinktiv. Es klingt schmeichelhaft, aber den Schmeichlern mißtrau ich immer, Sie nicht?
Bertolt Brecht: Flüchtlingsgespräche.

Ziffel:

In einem Land leben, wo es keinen Humor gibt, ist unerträglich, aber noch unerträglicher ist es in einem Land, wo man Humor braucht.
Bertolt Brecht: Flüchtlingsgespräche.

schlecht; also sei gut, was das Publikum *nicht* will, was es also brüskiert und verärgert. Das alles sind falsche Alternativen, eine dumme Scheinlogik, über die ein Logiker nur lachen kann, weil sie die materialen oder gar historischen Verhältnisse wie formale behandelt. Nichts ist einfacher, als das Gegenteil eines Falschen zu tun, d.h. das jeweils andere Extrem – daran ist nichts Schöpferisches. Schon Lichtenberg wußte: »Gerade das Gegenteil tun ist auch eine Nachahmung, und die Definition der Nachahmung müßte von Rechts wegen beides unter sich begreifen. Dieses sollten unsere großen nachahmenden Originalköpfe in Deutschland beherzigen.« Kunst ist nie das Gegenteil von etwas. Mit »politischem Theater« meine ich hier vor allem das Theater, von dem das unsere abstammt, das attische: es war eines der *Polis*. Es war Schule und Organ der Demokratie selbst, es erzog die Bürger ganz unmittelbar zu Urteilskraft und politischer Mündigkeit, d.h. es erzog sie zu verantwortlichen und aktiven Individuen – wobei das »erzog« hier nichts Pädagogisches enthält: es war vor allem ein *lustvolles* Theater.

Zweitens:

Der Markt war einmal die Wiege unserer Kultur. Die griechischen Städte, in denen er entstand, waren umbaute Märkte. Der Wind des Mittelmeers brachte mit den fremden Waren Kontakt und Reibung mit fremden Kulturen. Auch Shakespeares Bühne, beispiellos neben der attischen, prosperierte an einem Hafensplatz, dessen Lärm bis in die Vorstellungen drang. Shakespeare allerdings ahnte schon neue Probleme – Timon von Athens Tiraden gegen das Geld konnte Marx in seinem »Kapital« zitieren, und Hamlets Klagen über die »groundlings«, über die Inkompetenz des neuen Publikums, waren wohl schon die Klagen Shakespeares. Die Kultur blühte einst in der Nähe des Warenverkehrs. Sie begann jedoch zu welken, als *sie selbst* zur Ware wurde. Jetzt sieht es so aus, als ob der Markt die Kultur zerstört, die er einst erzeugte.

Ich möchte kurz zeigen, warum Kultur und Kunst auf dem Markt nicht gehandelt werden können, ohne ihre Substanz zu verlieren. Auf dem Markt zirkulieren Waren. Eine Ware vermittelt zwischen Produzent und Konsument. Ein Produzent erzeugt Mehl, ein Konsument kauft es. Das Mehl ist dann eine Ware. Es besitzt aber eine Eigenschaft, die der Kunst fehlt. Wenn das Mehl vom Produzenten zum Konsumenten geht, setzt das deren Trennung voraus. Ein Austausch findet nur statt zwischen Konsumenten und Produzenten, nicht zwischen Produzenten und Produzenten – obwohl der Austausch allerdings fordert, daß jeder Konsument auch ein Produzent sei, allerdings Produzent einer *anderen* Ware. Ausgetauscht werden die *verschiedenen* Waren. Im Fall der Kunst aber ist der Produzent in gewisser Weise immer zugleich auch selber Konsument – jedoch der *gleichen*, der *eigenen* Ware. Ein Künstler produziert nicht nur, um auszutauschen und dann, vermittelt über den Austausch, auch zu konsumieren, die Produktion macht ihm vielmehr ganz unmittelbar Spaß. Er arbeitet gern, er kann gar nicht anders als arbeiten, die Arbeit ist ein ganz unentfremdeter Teil seines Lebens. Umgekehrt kann auch das Publikum Kunst nicht

passiv konsumieren, es kann sich nicht wie im Restaurant oder beim Friseur zurücklehnen und den anderen machen lassen. Sie erfordert einen Teil eigener Aktivität, Beteiligtsein, vielleicht sogar Mühe. Sie macht Spaß, Lust, Freude – aber nicht dem, der nicht *mitmacht*. Die Kunst verweigert sich daher bereits der Grundvoraussetzung der Ware, auf der ihre Zirkulation beruht, nämlich daß der Produzent *nicht* zugleich der Konsument der Dinge ist, die er erzeugt. Wenn die Kunst *Waren*charakter annimmt, in der *Spaltung* Produktion/Konsumtion, weicht die Kunst als *Beziehung*, als etwas *zwischen* Menschen, dem verdinglichten Kunstwerk, das nicht Vermittlung ist, sondern nun selbst der Vermittlung bedarf. In der Warenvermittlung sind Produzent und Konsument in spezifischer Weise getrennt und gegenüber, und die Kunst wird darin zum *Ding*. Auch andere Dinge erfüllen die Voraussetzung der Trennung von Produktion und Konsumtion nicht und können daher auf dem Markt nicht problemlos gehandelt werden – Recht, Erziehung, Gesundheit, vor allem auch die natürlichen Ressourcen.

Ehe die Kunst auf den Markt kam, wurde sie in allen möglichen Abhängigkeitsverhältnissen hergestellt. Man weiß, wie Michelangelo für den Papst schuftete, und man kennt Mozarts Verhältnis zum Salzburger Bischof. Die Lösung aus diesen Abhängigkeitsverhältnissen erschien den Künstlern als eine Befreiung – so wie auch Marx den Einbruch des Marktes in die Feudalwelt als eine Befreiung feierte; ich zitiere aus dem Kommunistischen Manifest: »Die Borgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose ›bare Zahlung‹. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohl erworbenen Freiheiten die *eine* gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt... Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt. Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt. Die Bourgeoisie hat enthüllt, wie die brutale Kraftäußerung, die die Reaktion so sehr am Mittelalter bewundert, in der trügsten Bärenhäuterei ihre passende Ergänzung fand. Erst sie hat bewiesen, was die Tätigkeit der Menschen zustande bringen kann.«

Ehe der Markt kam, arbeitete der Künstler *für jemand* – mochte der ausbeuterisch, arrogant oder inkompetent sein. Auch wer für den Markt produziert, produziert zwar, wie er hofft, für jemand – doch es ist eben Charakteristikum des Marktes, daß dies Verhältnis kein bestimmtes mehr, daß es anonym geworden ist, und es bleibt

»Heute«, beklagt sich Herr K., »gibt es Unzählige, die sich öffentlich rühmen, ganz allein große Bücher verfassen zu können, und dies wird allgemein gebilligt. Der chinesische Philosoph Dschuang Dsi verfaßte noch im Mannesalter ein Buch von hunderttausend Wörtern, das zu neun Zehnteln aus Zitaten bestand. Solche Bücher können bei uns nicht mehr geschrieben werden, da der Geist fehlt.«
Bertolt Brecht: Geschichten vom Herrn Keuner.

Herr Keuner begegnete
Herrn Wirr, dem Kämpfer
gegen die Zeitungen.
»Ich bin ein großer Gegner
der Zeitungen«, sagte Herr
Wirr, »ich will keine Zeitun-
gen.« Herr Keuner sagte:
»Ich bin ein größerer
Gegner der Zeitungen: ich
will andere Zeitungen.«
Bertolt Brecht: Geschichten
vom Herrn Keuner.

schließlich sogar fraglich, ob die Ware ihr Ziel, den Konsumenten, überhaupt erreicht – wenn Angebot und Nachfrage nicht in Deckung sind, kann die Ware unrealisierbar werden und ins Leere gehen. Eben das war die Erfahrung der ersten Künstler, die so frei waren, für den Markt zu produzieren, etwa Mozarts oder Schuberts. Schubert blieb, trotz seiner immensen Produktion, zeitlebens ein armer Mann, der kaum eine eigene Wohnung hatte, und die meisten seiner Werke wurden erst nach seinem Tod bekannt – welcher Kontrast, wenn jetzt die Plattenindustrie seinen zweihundertsten Geburtstag mit einem ungeheuren Reibach feiert. Wenn die Vermittlung durch den Markt zur letzten Vermittlung wird, dann führt der Weg für den, der nicht gefragt ist oder sich ihm verweigert, in die Einsamkeit. Es wurde das Grundgefühl des Künstlers der Moderne, ins Leere zu sprechen. Er trägt schwer an seiner wachsenden Entfremdung vom Publikum. Hans Mayer sprach im Leipziger Hörsaal 40 einst von dem verschwindenden »Adressaten« der Kunst, und es ist dieses Gefühl, das die Künstler seit der Romantik immer stärker prägt. Eduard Mörike dichtete noch über eine Lampe:

»Ein Kunstgebild der echten Art. Wer achtet sein
Was aber schön ist, selig scheint es in ihm selbst.«

Daß die Kunst Kunst sei auch ohne Publikum, war eine Selbsttröstung; Hegel befand es anders: »Das bunte, farbenreiche Gefieder der Vögel glänzt auch ungesehen, ihr Gesang verklingt ungehört; die Fackeldistel, die nur eine Nacht blüht, verwelkt, ohne bewundert zu werden... Das Kunstwerk aber ist nicht so unbefangen für sich, sondern es ist wesentlich eine Frage, eine Anrede an die widerklingende Brust, ein Ruf an die Gemüter und Geister.«⁶ Wer Kunst für den Markt herstellt, für den ist der Adressat jedoch nicht nur anonym – er ist vor allem *Konsument*. Dann produziert der Produzent für die Bedürfnisse eines Verbrauchers, d.h. im Hinblick darauf, daß ihm seine Ware auch abgenommen wird. Dann aber gibt es »das Vorausgreifen auf den Effekt«, das Schielen auf die Wirkung, das nach Gadamer nicht die Kunst, sondern den Kitsch charakterisiert.

Kunsterzeugnisse wurden schon im alten Griechenland zu Waren, schöne Krüge oder Schmuck wurden bis Rom und Kleinasien gehandelt. Shakespeares Publikum mußte seine Eintrittskarte bezahlen, er und seine Schauspieler lebten davon. Man kann auch gekaufte Kunst genießen – dann ist ihr die Warenexistenz jedoch nicht wesentlich. Wenn sie ihr wesentlich wird, wenn sie *als Ware* produziert und konsumiert wird, nimmt sie jedoch selbst Warenform an – und verliert sich selbst. Sie suspendiert dann das Publikum von der eigenen Mühe und gewährt ihm die passive Konsum-Lust. Schon Schiller beklagte eine solche Spaltung – die Leute leisteten tagsüber, meint er, »anspannende und erschöpfende Arbeit«, dafür sei ihr Wunsch abends »erschlaffender Genuß«. Vom Publikum heißt es dann: »Der Last des Denkens sind sie hier auf einmal entledigt, und die losgespannte Natur darf sich im seligen Genuß des Nichts auf dem weichen Polster der Platitüde pflegen. In dem Tempel Thaliens und Melpomenes, so wie er bei uns bestellt ist, thront die geliebte Göttin, empfängt in ihrem

weichen Schoß den stumpfsinnigen Gelehrten und den erschöpften Geschäftsmann und wiegt den Geist in einen magnetischen Schlaf.« Das klingt wie eine Vorwegnahme der Adornoschen Analysen amerikanischer Unterhaltungsindustrie. Kunst als Ware dient sich dem Konsumenten an, sie neigt zu Anbiederung und Gefälligkeit, sie liebt das Design, die Hochglanzfolie, die Verpackung. Brechts Theaterrevolution, seine Ablehnung kulinarischen Theaters, war nicht gegen den Genuß oder die Lust am Theater gerichtet, sondern gegen die *Passivität* dieser Lust, gegen die *Konsum-Lust*. Die seit dem vorigen Jahrhundert bestehende Guckkastenbühne trennte Schauspieler und Publikum längs der Linie Produzent/Konsument und machte die Rampe zum Ladentisch ihrer Beziehung; doch trennte sie beide noch sehr unvollkommen – jeder Theater-Schauspieler weiß, wie ein »gutes Publikum« trotz Guckkasten mitarbeitet, und jedes Publikum kennt das, was man mit einem etwas mystischen Namen die »Ausstrahlung« eines Schauspielers nennt. Im Film ist das Band Schauspieler – Zuschauer zerrissen – doch gibt es immer noch ein Publikum und Publikumsreaktionen. Erst das Fernsehen bringt den Verfall der über tausendjährigen Instanz »Publikum«, die an Öffentlichkeit gebunden ist: Nun wird der Zuschauer auch vom *Anderen* isoliert. In der Massengesellschaft geht die Öffentlichkeit verloren. Jetzt kommt dann die Welt gewissermaßen durchs Schlüsselloch, wird der Zuschauer zum Voyeur. Er wird passiv. Er sieht das Öffentliche, steht aber selbst nicht mehr darin. Auch seine Disziplinierung durch die Öffentlichkeit fällt weg – er kann die Filzpantoffeln anziehen und Chips in sich stopfen. Die »Einschaltquote« ist der Sieg des Konsums über die Kunst. Daß jetzt Banalität und Brutalität triumphieren, erweist nicht die abgrundtiefe Schlechtigkeit des Publikums, sondern nur, daß es eben kein Publikum mehr ist. Geblieben ist der isolierte Einzelne, Atom einer Massengesellschaft, dem in seiner Abstraktion von aller Aktivität letztlich nur der leere Reiz übrig bleibt. Was diesen Zuschauer zum »Idioten« im alten griechischen Sinn disqualifiziert, ist eben seine Trennung von der Gesellschaft, Zurückgeworfenheit auf sich. Der leere Reiz ist asozial, er stumpft ab und muß mit immer neuen Mitteln immer neu gekitzelt werden. Kants wichtige Unterscheidung zwischen dem »Schönen« und dem »Angenehmen« löst sich dann auf – das »Schöne« *wird* nun dasselbe wie das »Angenehme«, und ob man ein Stück Kuchen oder ein Stück Kunst »verbraucht«, ist egal.

Die Kunst stammt aus dem Fest, im Fest ist die Lust nicht nur gemeinschaftlich, sie ist die Feier der Gemeinschaft selbst. Der Einzelne ist darin nicht gesellschaftlich vermittelt, indem er als Einzelner verschwindet – er ist gesellig beim Andern, realisiert sich selbst im Bei-einander-sein. Die Lust ist nicht privat, isoliert vom Andern, sie ist die an der Geselligkeit selbst. Die Feier ist inzwischen geschrumpft zum Feierabend, und die Unfähigkeit zu feiern ist für die Konsumgesellschaft charakteristisch. Die Produktion ist zwar allgemein gesellschaftlich organisiert, die Integration des Einzelnen darin aber funktional und zweckbestimmt; der Einzelne *realisiert* sich nicht in solcher Einheit,

Kalle:

Es interessiert mich, daß ich bei Ihnen, einem Intellektuellen, so eine Antipathie gegen das Denkenmüssen entdeck ... Es ist eine ganze Kaste geschaffen worden, eben die Intellektuellen, die das Denken besorgen müssen und dafür eigens trainiert werden. Sie müssen ihren Kopf ausvermieten an die Unternehmer wie wir unsere Hände. Natürlich haben sie den Eindruck, daß sie für die Allgemeinheit denken...

Bertolt Brecht: Flüchtlingsgespräche.

Kalle:

Unter diesen Umständen
könnens leicht eine Aversion
gegen das Denken kriegen.
es ist kein Genuß.

Ziffel:

Jedenfalls stimmen wir ein
darüber, daß Genußsucht
eine der größten Tugenden
ist. Wo sie es schwer hat
oder gar verlästert wird,
ist etwas faul.

Bertolt Brecht: Flüchtlings-
gespräche.

er empfindet sie vielmehr als Beschränkung und Zwang. Er ist in ihr nicht bei sich selbst, sondern leistet entfremdete Arbeit. Ist er in der Produktion dem Zwang der Zwecke unterworfen, so scheint er in der Konsumtion zu sich selbst zu kommen; hat er die Last der Arbeit getragen, so erwartet ihn nun die Lust des Konsums – doch die ist allein *nehmend, passiv*; sie realisiert sich eben privat, *in der Trennung* vom Öffentlichen, ist nicht Lust *am* Allgemeinen, sondern gerade in der *Trennung* vom Allgemeinen. Sowohl die Produktions- wie die Konsumtionssphäre ist heute beherrscht von den Marktgesetzen, das Leben gespalten in Arbeitszeit und Freizeit – und Freizeit heißt Konsumzeit. Ich komme aus dem Laienspiel und weiß noch, wie es mir schwerfiel, mich als Profi zu begreifen, dem für das, was ihm doch Spaß macht, auch noch Geld bezahlt wurde. Die Laienkunst war lange der Boden, aus dem die Kunst wuchs, und aus ihr kam zugleich das sachverständigste Publikum. Sie bewahrte das aktive Moment der Kunst. Den Griechen war dieses aktive Moment selbstverständlich – bei Isokrates etwa findet man, die Liebe zur Schönheit enthielte die Liebe zur Anstrengung. Es ist eben dieses Moment, das die Kunst der Griechen solange leben ließ und sie trotz ihres Alters und ihrer immer schwereren Zugänglichkeit als unerreichbare Muster erscheinen ließ – das ist erst seit der »Moderne« nicht mehr der Fall. Die Laienkunst hat auf dem Markt keinen Platz. Die Hausmusik erliegt dort dem bloß passiven Hören – wer nie in einem Orchester oder einem Streichquartett gespielt oder in einem Chor gesungen hat, kann gar nicht ermessen, um wieviel solch dilettierende Kunstübung der perfektsten Konserve überlegen ist. Die medienvermittelte Kunst begünstigt die Passivität, die Verbraucherhaltung.

Kunst auf dem Markt tendiert zum Kitsch, sie befriedigt ein Harmoniebedürfnis, sie erlügt sich eine heile Welt und suggeriert dem mehr oder weniger verzweifelten Einzelnen, es sei doch alles ganz schön. Sie gibt manchem vielleicht eine Lebenshilfe, doch zieht sie ihm zugleich den Widerstandstachel und nimmt ihm den Impuls zum Handeln. Das mag man verurteilen – doch ist es gewiß der Gipfel der Verlogenheit, wenn Leute, die in einer Villa leben, sich mit moderner Kunst umgeben und sich für »progressiv« halten, darüber die Nase rümpfen. Früher hatte die Kirche solch falschen Trost bereit. Der röhrende Hirsch oder die segelnden Schwäne gaukelten dem ausgebeuteten Industriearbeiter eine Natur vor, die nicht nur sie längst verloren hatten. Für meine Mutter, die im Alter keine Möglichkeit mehr hatte, anders am Leben teilzunehmen als mittels Fernsehen, enthielten auch Filme oder Talkshows, bei denen ich nicht hinsehen konnte, noch eine Hoffnung.

Die sich darüber erheben, fallen leicht in die umgekehrte Perversion – sie lehnen mit der falschen Lust die Lust überhaupt ab.

Für Kant war noch selbstverständlich, daß Kunst eine Sache der Lust sei. Problematisch war für ihn nur die »Allgemeinheit« dieser Lust – denn die ästhetischen Urteile hatten ihre Verbindlichkeit bereits verloren. Zu seiner Zeit schieden sich die Wege. Im deutschen Theater vertrieb die Neuberin 1737 aus ihrer Bude in

Leipzig den Harlekin, um den Professor Gottsched mit seiner Theaterreform hereinzulassen, von der Lessing später sagte, daß sie selbst die größte Harlekinade gewesen sei. Die »wahre Komödie«, wie Lessing das nannte, was nun *nicht* mehr entstand, fiel nun auseinander in ein Spektakel für den »Pöbel« und das Literaturtheater für die »Gebildeten«. Ähnliches geschah in den anderen Künsten, und zwischen den falschen Alternativen kam die »wahre« Kunst immer mehr in Bedrängnis. Beim *Kitsch* pervertiert die Lust an der Kunst aus einer am »Schönen« immer mehr zu einer am bloß »Angenehmen«, zur passiven *Konsumlust*. Der »Gebildete« lehnt diese Lust ab – gewiß zu Recht; und wenn er mit der falschen Lust am Kitsch die *Lust überhaupt* verweigert, kann er sich sogar auf die uralte Tradition der moralischen Verteufelung aller Lust berufen. Was aber kann eine Kunst überhaupt sollen, an der man nicht einmal Spaß hat?

Ziffel:

Wenn Sie zahlen können, sind Sie nirgends auf Nächstenliebe angewiesen.

Kalle:

Ja, wenn.

Bertolt Brecht: Flüchtlingsgespräche.

Drittens:

Ich komme jetzt zu der anderen Form des Verfalls, zur »Kunscht«. Sie erhebt sich gegen und über den Kitsch. Es gibt sie für Touristen, für Bildungsphilister, oder für Leute auf der Suche nach einer Identität. Sie spielt auch eine besondere Rolle in dem, was sich selbst »Moderne« nennt – ein Wort, das Bertolt Brecht oder Arnold Schönberg haßten, weil es die »Moden« zu rechtfertigen schien. Dem Kitsch wie der »Kunscht« ist gemeinsam, daß sie der Kunst das *aktive* Moment amputieren. Sie entmündigen den Bürger als Subjekt der Politik und passen ihn den Berieselungen der Medienwelt an. Wenn die »Kunscht« schon keinen Spaß macht, so kann sie doch verschiedenen Interessen dienen – und sie kann dabei noch schlimmere Folgen haben als der Kitsch. Da die Verwirrung so ungeheuer ist, erlauben Sie mir einen Exkurs über die spezifische Lust an der Kunst – denn in dieser Lust liegt ihr aktives und soziales Moment, ebenso aber auch ihr Moment von Wahrheit und Sinn beschlossen.

Für Kant war nicht die Lust an der Kunst das Problem, sondern daß alle diese Lust empfänden – das aber machte nach seiner Meinung den Anspruch der Kunst aus. Er sah schon die Differenz von Genie und Geschmack und das Problem der Normen. Daß die Moral gegen die Lust gerichtet ist, ist durchaus begründet – Kant unterschied daher die Lust am »Schönen« von der am bloß »Angenehmen«. Lust an einem Apfel etwa empfindet man, indem man ihn ißt – das ist für ihn »angenehm«; die Lust an der Kunst aber ist nicht im Verzehr des Objekts; einen gemalten Apfel ißt man nicht; es war auch nie der Ruhm der Kunst, »täuschend ähnlich« zu sein, so daß man die Darstellung des Objekts für das Objekt selbst hält, das Abbild selbst für die Wirklichkeit – je wahrer die Kunst in dieser Weise ist, desto mehr ist sie zugleich eine Lüge: sie ist »täuschend ähnlich«, d.h. täuscht eine Wirklichkeit vor. Das *Kunstinteresse* gilt nicht dem *Objekt*, sondern dessen *Darstellung* – es ist dann eigentlich von *zwei* Objekten die Rede, von dem dargestellten Apfel, und von Latten, Leinwand und Farbe; das eine Objekt *bedeutet* dann das andere, ist dem andern aufgeprägt, wird im anderen verwirklicht. Die Kunst hat dann die

Kalle:

Schlimmer ist, daß bei Meinungsfreiheit nie darüber geredet wird, wie man eine Meinung kriegen kann. Zuerst müßte ich doch instand gesetzt werden, daß ich mir eine Meinung bilde. Wenn es aber Leute gibt, die dagegen sind und die Druckerpressen, den Nachrichtenapparat, die Schreiber und das Papier besitzen, nützt es mir nicht, wenn mir erlaubt wird, daß ich eine Meinung aussprechen darf.
Bertolt Brecht: Flüchtlingsgespräche.

doppelte bzw. gebrochene Objektivität des *Zeichens*, in ihr interessiert nicht das Objekt *selbst*, sondern das *Zeichen für* das Objekt. Auf dem Verstehen von Zeichen beruht alle menschliche Kommunikation. Wir verstehen einander, indem wir Zeichen verstehen, eine Lust liegt darin im allgemeinen nicht. Wenn die Lust an der Kunst nicht von der Art ist wie Essen und Trinken, eine Lust *am Objekt*, so kann sie doch auch keine am bloßen *Zeichen* sein, an der *gebrochenen Objektivität* des Zeichens, an dem das Objekt nur *bedeutenden* Objekt. »Verstehen« ist ein zweideutiges Wort. In der Welt, an die wir angepaßt sind, ist uns das meiste »selbstverständlich« – das gehört zur Angepaßtheit, denn in einer Welt der Wunder könnten wir nicht überleben. Das Verstehen des Selbstverständlichen ist ein Zustand, den wir nicht besonders bemerken. Das allzu Anwesende wird nicht gesehen, das allzu Bekannte kennen wir nicht. Es ist eher ein Nicht-Verstehen des Nicht-Verstehens. In dieser Welt aber können sich Probleme auftun, und es kann uns plötzlich einiges nicht mehr selbstverständlich sein. Das ist meist mit Affekten verbunden – wir fühlen uns mit solchen Problemen belastet, sind unglücklich und verzweifelt. Das kann bis zum Gefühl einer allgemeinen Sinnlosigkeit, bis zur Lebens- oder »Sinnkrise« gehen. Probleme aber kann man lösen – man kann das Unverstandene plötzlich »verstehen«. Dann fällt es uns »wie Schuppen von den Augen«, es geht uns »ein Licht auf«, eine Erleuchtung oder Eingebung ist uns beschieden, der »Knoten platzt«. Es ist das der Moment, den Archimedes mit »heureka!« begrüßte. Es handelt sich dann um kein einfaches »Verstehen« – vielmehr geht dann ein Nicht-Verstehen *in neues Verstehen über*, es kommt gewissermaßen zu einem Verstehens-*Sprung*. Solches Verstehen ist ein *Entdecken*, das Verstehen eines *Neuen*. T. S. Kuhn beschreibt das als Kern »wissenschaftlicher Revolutionen«. Es ist ebenso der Kern des *Kunstverstehens*.

Lust und Unlust sind immer aneinander gekoppelt. Bewirkt das Nicht-Verstehen Unlust, so entsteht im Verstehens-Sprung Lust – es ist die Lust, von der alle großen Entdecker, Einstein voran, berichten. Die Lust liegt da *im Verstehen selbst*, ist *identisch* mit dem Verstehen, das *Verstehen selbst* ist lustvoll. Diese Verstehens-Lust charakterisiert auch die Lust am »Schönen«, und die Gemeinsamkeit begründet auch ihren *Wahrheitsanspruch*. Es handelt sich da jedoch nicht um Wahrheit als Abbildung oder Widerspiegelung, wie im Fall einer falschen Realismusdefinition, sondern um die *Entdeckung* der Wahrheit. Sie meinte Hegel, als er die Kunst als deren »sinnliches Erscheinen« auffaßte, und in etwas anderer Weise meinte es auch Heidegger; unter neueren Philosophen verteidigt besonders Gadamer den Wahrheitsanspruch der Kunst gegen die Moderne, die ihn aufgibt.

Das Bewußtsein, daß die Lust an der Kunst *im Verstehen selbst* liege, wird oft selbst nicht mehr verstanden. Im Bewußtsein ihrer Unzugänglichkeit umgibt die Moderne sich mit Kommentaren; das führte zu dem Mißverständnis, das Verstehen dieser Kommentare sei nun das Verstehen der Kunst, das Verstehen der *Erklärung* der Kunst identisch mit dem *Kunst-Verstehen*. Das Verstehen einer Erklärung aber ist normalerweise nicht lustvoll, und Josef Beuys

wehrte sich gegen solche Erklärungen mit dem Verdikt, in der Kunst sei »absolut nichts zu verstehen«; ähnlich meinte Picasso: »Jeder möchte die Kunst verstehen. Warum versucht man nicht, die Lieder eines Vogels zu verstehen?«

Die Lust am »Angenehmen«, etwa an Essen und Trinken, ist privat und subjektiv, und sie ist auf solche Privatheit und Subjektivität beschränkt. Wenn das Essen knapp wird, erstehn einem im Andern Konkurrenten. Die Lust am Angenehmen kann dann asozial werden und die Gesellschaft stören und zerstören – diese Asozialität wurde der Lust angekreidet, und die Kirche und die Moralisten belegten sie mit einem Bann. Man hielt da die Lust *an sich* für amoralisch, für den breiten Weg zur Hölle, und auch die »irdische Liebe« war in dieser Weise verfehmt. Mit der Lust an der Kunst, am »Schönen«, aber steht es nach Kant anders als mit der am »Angenehmen«. Wenn sie eine Lust *des Verstehens*, Lust *am Verstehen selbst* ist, dann konstituiert sich in ihr der Mensch als verstehendes, d.h. als gesellschaftliches Wesen. Sie ist im Innersten sozial. Nicht weil alle Menschen gleich, d.h. von ähnlicher Konstitution sind und daher ähnlich fühlen, sondern weil sie *zusammen* Menschen sind, im *Miteinander* Menschen, ist Kunst möglich. Sie entsteht nicht aus der Gleichheit, sondern aus der Gesamtheit der Menschen. Das Schöne ist dann nicht nur das *Wahre*, indem es das Wahre in seiner *Entdeckung* ist, es ist zugleich auch das *Gute*, nämlich die Lust *mit* dem Andern und *am* Andern. Kant nennt das *sensus communis*, Gemeinsinn, und knüpft damit das am tiefsten Individuelle, das Intimste, das ganz und gar Natürliche des Menschen, nämlich *die Lust selbst* an die Gemeinschaft: der Mensch hat Lust an der Gemeinschaft selbst, er ist von Natur gesellig, Geselligkeit selbst ist seine Lust. Der Einzelne kommt dann zur Gesellschaft gerade nicht im *Verlust* des Eigenen, Individuellen, durch repressiv erzwungene *Beschränkung*, *Lust-Verzicht*, sondern gerade *in* der Lust als seinem Eigentümlichsten, Eigensten, Individuellsten. Daß er sich nicht *gegen* den Anderen, sondern gerade *in* ihm realisiert, hat die Kunst mit der Liebe gemeinsam. Man muß ihr das Politische, Gesellschaftliche, Gemeinschaftstiftende nicht aufpfropfen, es eignet ihr von Anbeginn und vornherein.

Den Herrschenden war die soziale Macht der Kunst immer verdächtig; Brecht drückte sie in den Liedern des Glücksgotts so aus: »Ich bin der Gott der Niedrigkeit,/ der Gaumen und der Hoden,/ denn das Glück, es liegt nun einmal, tut mir leid,/ ziemlich niedrig am Boden«. Wenn die »Kunscht« die Lust verteuftelt, die der Kitsch bietet, weil sie sie für die einzige hält, wenn sie mit der Konsumlust *alle* Lust verweigert, dann verliert sie zugleich ihre bindende soziale Kraft und emanzipatorische Fähigkeit.

Nicht umsonst hält die »Kunscht« sich für etwas »Höheres«. Die Primitiv-Version des Bildungsphilisters, den Neureichen, besang einst schon Otto Reuter im Berliner Wintergarten:

»Bilder schaffte ick mich allerhand an,
reicht der Platz nich, baun wir noch ne Wand an,
die Tapeten hängen voll von meinen Jelde,

Wenn ich bedenke, wozu mich das begeisterte Mitgehen geführt hat und was mir das oftmalige Prüfen genützt hat, so rate ich zum zweiten. Hätte ich mich der ersten Haltung überlassen, dann lebte ich noch in meinem Vaterland, da ich aber die zweite Haltung nicht eingenommen hätte, wäre ich kein ehrlicher Mensch mehr. (1934)

Bertolt Brecht: Autobiographische Aufzeichnungen 1920-1954.

Es befriedigt mich, die Fortschritte, die ich erzielt zu haben glaube, als auf dem Rückzug erfochten mir vorzustellen. Vorausgegangen waren dem Rückzug immer, oder fast immer, Vorstöße. (1938)

Bertolt Brecht: Autobiographische Aufzeichnungen 1920-1954.

ick hab aus feinsten Öl die feinsten Öljemälde, und an jedem Bild, damit man weiß, was die Sachen kosten, hängt der Preis.«

Natürlich hängt sich ein zeitbewußter Zahnarzt heute keinen Elfenreigen mehr in die Praxis, sondern eine Klee- oder Kandinsky-Kopie. Die Leitungsetage der Deutschen Bank in Frankfurt schmückt sich mit Beckmann-Originalen und deutschen Expressionisten. Falls sie nicht überhaupt bloß Kapitalanlage sind, besagen sie natürlich auch: Wir sind up to date, wir gehören dazu, wir sind modern. Dann stiftet »Kunsch« eine falsche Identität – letztlich ist es keine andere als die der Coca-Cola-Trinker, die der weltweite Appell »Trink Coca-Cola« vereint, die mittels trinken nicht ihren Durst löschen, sondern den Durst nach irgendeiner Gemeinschaft. All diese Gemeinschaften aber sind exklusiv – sie sind vereint, indem sie andere ausschließen, sie leben letztlich vom Feindbild. Man besichtigt dann Kunstwerke, alte oder neue, weil »man sie gesehen haben muß« und sich einer bestimmten Kaste als zugehörig erweist. Die Tempelruinen von Athen oder die Pyramidenreste von Gizeh haben dann fünf Sterne im Baedeker, ebenso Rembrandts »Nachtwache« im Rijksmuseum zu Amsterdam oder die »Mona Lisa« im Louvre. Viele Berühmtheiten findet man, wie auch die letzteren, nur noch (bzw. findet sie nicht mehr) hinter Panzerglas – der Fluch der Berühmtheit ist, daß berühmt auch wird, wer einer Berühmtheit etwas antut, z.B. sie mit brennendem Petroleum bewirft.⁷ Heute schenken Firmen bewährten Mitarbeitern plus Gattin Karten für berühmte Musical- oder Opernvorstellungen, plus Abendessen und Hotel-Nächtigung. Ein Pariser Unternehmen bietet eine Reise an mit der Concorde hinein in die Wüste, wo Stars zwischen Elefanten, Kamelen und Großbeschallungsanlagen Verdis »Aida« exekutieren, plus anschließendem Rückflug und Diner in exklusivem Speiselokal – laut Prospekt »ein unvergeßliches Erlebnis«. Natürlich weiß die Stadt Wien, daß Mozart, von dem sie nicht einmal ein Grab hat, ihre größte Touristenattraktion ist und Devisen bringt, und putzt die Denkmäler. Große Städte buchen es mittlerweile als »Standortvorteil«, wenn sie Konzerte und Theater »anbieten« können, die in den Medien irgendwie, und sei es in der Form von Skandalen, von sich reden machten – manches Theater redet von der Kultur schon als von einem Standortvorteil, nicht ahnend, daß es den Teufel mit Beelzebub austreibt. Wie im Kitsch-Fall ist die Kunst-Wahrnehmung der Berühmtheiten passiv – ein Schimmer der Berühmtheit fällt offenbar auf den, der davorsteht. Im Unterschied zum Kitsch aber ist die Kehrseite hier der Terror. »Immer finden Sie Leute, die des Kaisers neue Kleider anbeten,« bekannte der Dirigent Günter Wand bei einer Preisverleihung; »ich empfinde diese Zeit als das Zeitalter der Lüge... Sie dürfen sie nicht einmal beim Namen nennen, wenn Sie sich nicht selbst vernichten wollen«. Brecht sprach von einer »Einschüchterung durch Klassizität«; die Klassiker sind inzwischen kaum noch bekannt, die Einschüchterung aber ist geblieben – als Einschüchterung durch Modernität. Die »Kunsch« stiftet dann, anders als wirkliche Kunst, falsche Gemeinschaft, Gemeinschaft, die sich in der Abgrenzung definiert, und sie kann einer solchen Gemeinschaft zum Fetisch werden.

So wie Kunst den Aspekt der Wahrheit hat, doch nicht Wahrheit als passive Widerspiegelung, Abbildung einer *bestehenden* Wahrheit, sondern Wahrheit in ihrer *Entstehung, Entdeckung*, ist sie ebenso nicht bestehender *Sinn*; Kunst »hat keinen Sinn, sie ist aktive Sinnstiftung, Sinnsetzung, Übergang des Sinnlosen in Sinn – sie ist *Schöpfung*. Auch die Welt, oder wie Hegel meinte die Geschichte, *hat* keinen Sinn, sondern *wir* erzeugen ihn – und wenn *wir* ihn nicht mehr erzeugen, dann geschieht uns wie Kafkas Josef K., der eines Morgens erwachte und zu seiner Überraschung bereits verurteilt war.

Kunst als Sinn-Stiftung ist eine Leistung. Leider hat sie eine Kehrseite. Wie schon Kant zeigte, ist der »originale Unsinn«, wie er es nennt, von der echten Originalität rational nicht zu unterscheiden, könnte man sie rational unterscheiden, wäre das Schöpferische selbst rational, d.h. nach Regeln herstellbar, also nicht schöpferisch. Deshalb kann man aber, wenn man etwas nicht versteht, auch nicht schließen, das sei Unsinn. Der von seiner eigenen Zeit nicht verstandene Künstler hat oft genug gegen diese Recht behalten und wurde von der Geschichte rehabilitiert. Kunst kann also durchaus etwas sein, was man nicht versteht. Darauf jedoch folgt nicht, daß Kunst immer sein muß, was man nicht versteht, daß jeder wahre Künstler unverständlich sein muß und Kunst das Unverständliche schlechthin. Mit diesem falschen Umkehrschluß sind wir schon bei der Kunst als Kaisers neuen Kleidern. Und schon erscheinen die Scharlatane auf der Bildfläche, die von der Behauptung leben, das Sinnlose selbst sei der Sinn. Die Hersteller solchen »originalen Unsinn« werden bei uns sogar von Subventionen gepöppelt.

Subventionen haben an sich den Sinn, die Künstler von der Korruption des Marktes zu befreien – man kann jedoch zusehen, wie er sich ins Absurde verkehrt. Auf dem Markt treibt der Konkurrenzdruck normalerweise die Produzenten zu besonderer Leistung, findet der Produzent in der Nachfrage des Konsumenten jedoch zugleich seine Begrenzung. Wer aus Gründen der Novität oder Originalität Hosen erzeugt, die keinen Hintern haben, wird vom Verbraucher eines Besseren belehrt. Subventioniert wird bei uns das Produkt, nicht jedoch der Produzent, etwa der Regisseur – der steht meist auf dem Markt. Dann aber wird seine Originalität durch Konkurrenzdruck gespornt, während Subventionen seine Begrenzung durch den Konsumenten zugleich verhindern. Eine Maschine, die nur getrieben, nicht aber auch belastet wird, übertourt. Genau das geschieht bis heute in den Theatern und erklärt seine sonderbaren Kapriolen, seine Arroganz gegen den Zuschauer, seine Originalitätshaschereien und Sucht nach Sensationen.

War die Kunst als Lust des Verstehens ursprünglich eine Emanzipation nicht *von* der Gesellschaft, sondern gerade *in* ihr und in sie *hinein*, so wird die »Kunscht«, die unverständlich sein will, zum manipulativen, ja unmittelbar zum Herrschaftsinstrument. Über Kunst, in ihrem Kern freier Konsens, wird dann ein Konsens erzwungen, sie wird eine Sache von Konformitätsdruck. Sie integriert die Einzelnen nicht mehr *in* der Lust, der Zwang reicht vielmehr hinein bis in die Seele, bis ins Intimste, Privateste.

Übrigens habe ich nie etwas von Revolutionären gehalten, die nicht Revolution machten, weil ihnen der Boden unter den Füßen brannte.

Ein Fehler?

Ich habe immer nur Widerspruch ertragen. (1938)
Bertolt Brecht: Autobiographische Aufzeichnungen 1920-1954.

Ziffel:

Wir brauchen eine Welt, in der man mit einem Minimum an Intelligenz, Mut, Vaterlandsliebe, Ehrgefühl, Gerechtigkeitsinn usw. auskommt, und was haben wir? Ich sage Ihnen, ich habe es satt, tugendhaft zu sein, weil nichts klappt, entsagungsvoll, weil ein unnötiger Mangel herrscht, fleißig wie eine Biene, weil es an Organisation fehlt, tapfer, weil mein Regime mich in Kriege verwickelt. Kalle, Mensch, Freund, ich habe alle Tugenden satt und weigere mich, ein Held zu werden.
Bertolt Brecht: Flüchtlingsgespräche.

Die Kantsche »Allgemeinheit der Lust« ist dann nicht das freie Sich-Finden der Einzelnen im Allgemeinen, ein dem Einzelnen fremdes Allgemeines bestimmt nun vielmehr, was als Lust, als schön, was als Kunst zu gelten habe. Wo die Seele im Innersten zum Ganzen kommen, in ihm frei werden könnte, da wird sie nun im Innersten verklärt. Was die Persönlichkeit gerade in ihrer Sozialisation konstituieren könnte, wird in solcher Perversion zur Zerstörung der Persönlichkeit, sie wird nun auch im Innersten außenbestimmt. Es geht dann nicht mehr nur um einen Verlust von Aktivität, es ist der Griff nach dem Tiefsten, dem Eigensten der Persönlichkeit, es konstituiert diese nicht, sondern manipuliert sie. Die tiefste Bindung an die Gesellschaft in der Lust selbst pervertiert dann zur Manipulation des Einzelnen durch beliebige Interessen, Kunst wird dann zum Mittel der Entindividualisierung. Es geht um den Verlust dessen, was Kant in der letzten seiner großen Kritiken, der »Kritik der Urteilskraft« beschrieb, die Hannah Arendt für sein politisches Testament hielt. Ihr großes Buch über »Eichmann in Jerusalem« beschreibt, Kant folgend, einen Verbrecher allein aus Mangel an Urteilskraft – den funktionalen Menschen schlechthin.

Inzwischen können über Fragen, die uns Bürger unmittelbar betreffen, offenbar nur noch Experten entscheiden. Die »Sachprobleme« werden undurchdringlich, in der Experten-«Demokratie« werden alle inkompetent. In einem Verfahren vor Gericht, das ich miterlebte und in dem der Richter meinte, nicht über ausreichende Kompetenz zu verfügen, traten einmal zwei Sachverständige auf, deren Argumente völlig überzeugend und völlig entgegengesetzt waren. Der Dunst, der uns mittlerweile umgibt, wird gewiß nicht absichtlich erzeugt, dient aber jedenfalls Interessen: im Trüben ist gut fischen. Nach Meinung des großen finnischen Philosophen H. G. von Wright, Begründer der deontischen Logik, beruhen »die Ideale der Demokratie und der Freiheit, wie sie sich im Rahmen der abendländischen Zivilisation herausgebildet haben«, auf der Voraussetzung, »daß der Durchschnittsbürger imstande ist, sich selbständig eine Meinung zu bilden über öffentliche Angelegenheiten, die mit seinen eigenen langfristigen Interessen zusammenhängen«, und »daß er die Folgen seiner Handlungen und Verpflichtungen ausreichend überblicken kann, um für den Gebrauch, den er von seiner Freiheit macht, die ganze Verantwortung zu übernehmen.« Von Wright zweifelt, »ob diese Voraussetzungen erfüllt werden können in einer Gesellschaft, in der Entscheidungen immer stärker von Expertenmeinungen abhängen und in der die Wirkungen individuellen Handelns auf die Gesellschaft insgesamt zunehmend unübersichtlicher werden und immer schwerer vorauszusagen sind. Die Komplexitäten der Industriegesellschaft sind womöglich derart, daß die demokratische Regierungsbeteiligung zur gehaltlosen Formalität äußerlicher Jasagerei verkommt oder zu Protestäußerungen gegen unverständliche Alternativen, und daß die individuelle Freiheit entweder auf konformistisches Einverständnis mit dem Unvermeidlichen beschränkt ist oder die Form unverantwortlicher, nihilistischer Handlungen der Selbst-

bestätigung annimmt.« Nach von Wright kann es durchaus geschehen, daß die Menschheit all ihrer Rationalität zum Trotz »nach Jahrhunderten der Desintegration und Wirrnis von der Art des ›Wärmetods« im Chaos versinkt.⁸ Die Bibel erzählt eine alte Geschichte: wie eine Gemeinschaft einen unerwarteten Preis zahlen mußte für ihr hohes technisches Vermögen – nämlich mit dem Verlust ihrer Sprache und ihrer Gemeinschaft. Die Leute von Babylon versuchten, einen Turm bis in den Himmel zu bauen und endeten in der allgemeinen Zerstreung und Verwirrung. Ist das womöglich unser Fall?

Passivität, Resignation, Hilflosigkeit und Inkompetenz gegenüber den allmächtigen formalen Systemen lähmen in unserer Welt die Einzelnen. »Die Handlungsspielräume in unserer Gesellschaft sind gering«, meint der Spiegel; »es ist unmöglich, der deutschen Wirtschaftselite zu diktieren, daß Macht und Eigentum sozial verpflichtet. Der Globalisierung vermag sich die bundesrepublikanische Gesellschaft nicht zu entziehen. Niemand weiß, wie der Krebschaden der Arbeitslosigkeit zu heilen wäre. Kaputte Ehen sind nicht zu retten. Keiner kann den Menschen verordnen, sie mögen doch ihre Bindungen pflegen. Es ist also nicht viel zu machen.«⁹ Wie schön, jedenfalls für die, die daran verdienen. Unsere Theater drehen an derselben Kurbel und sind in diesem Sinn durchaus zeitgemäß. Daß die Leute sie immer mehr verlassen, kann ich verstehen – leider gehen sie nicht unter Protest, sondern mit derselben Art der Passivität: Wir verstehen das nicht, wir sind ja keine Fachleute, uns ist das zu teuer oder wir haben keine Zeit.

Kitsch und Kunscht sind falsche Perspektiven. Es gibt im Theater jedoch etwas, was Zuschauerraum und Bühne übergreift – das wußte Goethe sowohl wie Brecht. Beide beschworen diese übergreifende *Einheit* – eben in ihr ist das Theater gesellschaftliche Instanz, und eben aus ihr wurde es immer wieder neu geboren. In ihr fand es immer wieder seine Notwendigkeit und gewann sein Publikum. Eben darin war es Instanz der Polis, nicht irgendeiner privaten »Selbstverwirklichung« oder der Ort irgendeiner künstlerischen »Freiheit«, die nichts anderes ist als die leere Beliebigkeit. Es ist nicht wahr, daß die Leute die Politik satt hätten – sie haben es nur satt, manipuliert zu werden, ob nun im Theater oder anderswo – und sie wissen nun bald nicht mehr, wie sie sich dessen noch erwehren sollen. Daß es politische Kunst geben kann, ja daß das gesellschaftliche Engagement mit hoher künstlerischer Qualität nicht nur vereinbar, sondern identisch ist, darüber konnten uns in der letzten Zeit vor allem noch einige Filme belehren – etwa die englischen »Riff Raff« und »Land and Freedom« von Ken Loach. Leider läßt sich aus dem Theater der letzten Jahre nichts Vergleichbares melden. Vielleicht gibt es Hoffnung an anderer Stelle. Hier eine Beobachtung der Juroren der Bundeszentrale für politische Bildung, die ihnen in Abständen ein »Festival des Freien Theaters« ausrichtet: »Auffällig ist die Rückkehr vieler Gruppen zu realistischen Traditionen, sowohl was die Spielvorlagen als auch die Spielweisen betrifft: ein Reflex möglicherweise auf die Ghettoisierung des Theaters in den späten achtziger und

Kalle:

Ich fordere Sie auf, sich zu erheben und mit mir anzustoßen auf den Sozialismus – aber in solch einer Form, daß es hier im Lokal nicht auffällt. Gleichzeitig mach ich Sie darauf aufmerksam, daß für dieses Ziel allerhand nötig sein wird. Nämlich die äußerste Tapferkeit, der tiefste Freiheitsdurst, die größte Selbstlosigkeit und der größte Egoismus.

Ziffel:

Ich hab's geahnt.

Bertolt Brecht: Flüchtlingsgespräche.

frühen neunziger Jahren durch einen ornamentalen – häufig zwar faszinierenden, meist aber beliebigen, assoziativen – Bilderstil ..., dem das Publikum jedoch zunehmend den Mitvollzug aufkündigte. Mit der Rückbesinnung auf ein realistisches Theater, was keineswegs Verzicht auf ästhetische Experimente impliziert, geht in der freien Szene offenbar auch eine Abwendung vom extremen Regietheater einher, d.h. das Elementare des Theaters, die Schauspielkunst, rückt wieder in den Mittelpunkt des Interesses. Es mögen vielleicht Indizien dafür sein, daß das Freie Theater mit deutlich politischem Anspruch heute wieder verstärkt auf das setzt, was Brecht einmal als die unbedingt notwendige Komplementärserscheinung zur Theaterkunst gefordert hatte, nämlich die Zuschaukunst.«¹⁰

Vielleicht erweisen die Freien Gruppen sich darin einmal als die Pioniere eines neuen Theaters.

1 Berliner Zeitung vom 30. September 1996.

2 Sächsische Zeitung vom 8. März 1996.

3 Abgedruckt am Kopf der »Theaterarbeit«.

4 Hans-Peter Martin /Harald Schuman: Die Globalisierungsfalle, Rowohlt 1996.

5 So in der Zeitschrift »Wirtschaft« vom 27. September 1996, S.1.

6 Ästhetik 1, 79.

7 Vielleicht drückt der Museums-Boom der Gegenwart auch eine Sehnsucht der Leute nach Kunst aus – befriedigt wird sie in den Museen kaum. Es gilt da, was schon Hegel wußte: Wir sehen die alten Bilder, aber wir beugen nicht mehr das Knie; oder was Schleiermacher meinte: sie seien aus ihrem Lebenszusammenhang herausgerissen und hingen nun da mit den Brandflecken ihrer Trennung vom Leben. Wer vor der Moderne in die alte Kunst flüchtete, erreicht sie nur scheinbar: es ist nicht leichter, alte Kunst als Kunst zu verstehen, als die neue, ja diese wäre von Rechts wegen der Schlüssel zu den Alten.

8 Wissenschaft und Vernunft, Münster 1988.

9 Spiegel Nr. 51, 16.12.96, Ariane Barth: »Verroht unsere Gesellschaft?«

10 Im Heft der Bundeszentrale für politische Bildung zum Festival vom 15.-24. November in Bremen, Artikel von Ehmke, Häfel, Weber, Wulfekuhl auf Seite 5.

MICHAEL CHRAPA

Alltagsbewußtsein und politische Aktivität – Empirische Befunde zur ostdeutschen Realität und theoretische Überlegungen

Gesellschaftliche Prozesse in Deutschland sind gegenwärtig dadurch gekennzeichnet, daß angehäuften Widerspruchspotential Richtungsentscheidungen auf die Tagesordnung setzt. Wirtschaftliche und soziale Spannungen sowie gravierende globale Herausforderungen drängen dazu. Im Osten Deutschlands, wo weiterhin konfliktreiche Umbruchverhältnisse erlebbar sind, kommt es zu einer besonderen mentalen Verarbeitung dieser Prozesse.

Rationales und Irrationales im Alltagsbewußtsein

Unter dem Begriff »Alltagsbewußtsein« werden hier solche Bewußtseinsinhalte und geistige Aktivitäten zusammengefaßt, die häufig wiederkehren, auf die gewohnte Umgebung sowie auf vertraute Sachgebiete gerichtet sind und sich oft mit Routinen und nicht selten mit laienhaften Widerspiegelungen verknüpfen. Gerade durch seine »Allgegenwärtigkeit« erhält das Alltagsbewußtsein großes politisches Gewicht – als ein Bereich, in dem gesellschaftliche Prozesse, Widersprüchlichkeiten und Errungenschaften »unabweisbar« erfahren werden. Das unter Umständen gesellschaftsverändernde Entscheiden und Handeln von Mehrheiten ist außerhalb dieser Bewußtseinsstrukturen kaum vorstellbar. Andererseits bedürfen die politische Stabilität eines Systems und die Fortexistenz von Herrschaftsverhältnissen der immer wieder herzustellen den grundlegenden Zustimmung von Majoritäten, was sich nicht nur bei Wahlhandlungen, sondern auch in alltäglichen Denk- und Bewertungsmustern niederschlägt.

Bei der Untersuchung des Alltagsbewußtseins der ostdeutschen »Normalbevölkerung« ist festzustellen, daß sich hier Komponenten vermischen, die einerseits »rational« und andererseits »irrational« sind. Unter letzterem sind »verzerrte« Wahrnehmungen und Denkweisen zu verstehen, bei denen sich Menschen (im Grunde) deutlich gegen ihre zweifellos vorhandenen und aufzeigbaren Interessen und teilweise gegen anerkannte Humanwerte positionieren. Einfache tägliche Belege dafür wären z. B. unkontrollierte Konsumneigungen (selbst sozial Schwächerer), ignoranten Umweltbewußtsein, »trotzige« Passivität bei der Erwerbstätigkeitssuche oder das »kurze Gedächtnis«, beispielweise bei der Wertung von politischen Lügen oder Skandalen.

Die Existenz und Dauerhaftigkeit eines solchen *Irrationalismus* folgt nicht allein aus »kapitalistischen Grundstrukturen« schlechthin. Erklärungen dafür machen die Beachtung und Analyse weite-

Michael Chrapa – Jg. 1950. freiberuflicher Soziologe, Vorsitzender der Forschungsgemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien (FOKUS e.V.), Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Merseburg; in UTOPIE kreativ« kürzlich erschienen: »Zum Werteprofil der ostdeutschen PDS-Anhängerschaft...« (Heft 69/70).

»Unsinnig ist die ärgerliche Formel von den ehemaligen Bürgerrechtlern. Als müsse im wiedervereinigten Land nicht mehr für Bürgerrechte und Demokratie gestritten werden... Ich habe oft den Eindruck, daß wir uns viel zu sehr in der törichten Sicherheit wiegen, diese Republik sei unverletzlich und mit einer Ewigkeitsgarantie versehen. Dabei ist doch die massive Verletzung der Bürgerrechte durch Armut, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit eine akute Gefährdung unserer Demokratie. Die Parteien sind längst nicht mehr in der Lage, sie wirksam zu verteidigen. Da braucht es doch Bürgerrechtler, die die Mächtigen daran erinnern, daß sie Diener des Volkes sind.«

Konrad Weiß; zit nach Die Zeit, Nr. 13, vom 21. März 1997, S. 15.

rer Faktoren notwendig, die an die Merkmale moderner machtzentrierter Mediengesellschaften gebunden sind. Dazu zählen:

– Massive *Reizüberflutung* der Konsumenten infolge eines medialen Überangebotes, gleichzeitig marktwirtschaftlich betriebene, hochorganisierte Konkurrenz um die (biologisch begrenzte) »*Ressource Aufmerksamkeit*«, was zur Kanalisierung und Verengung sozialer Wahrnehmungen führen muß.

– Vor allem medial, aber auch durch zahlreiche politische Bewertungen vorgenommene »*Problemdefinitionen*« sowie »Umdeutungen von Problemen« u.a. in der Art, daß auf die Benennung schwerwiegender Konfliktlagen zugunsten von eher randständigen Themen verzichtet oder daß die Verantwortlichkeit für Probleme auf Betroffene selbst umgelenkt wird (z. B. Arbeitslose und die »*Sozialschmarotzer-Diskussion*«).

– Die trotz aller Vielfalt der Darstellungen überwiegend *konservativen Grundmuster* (an Werten, Erklärungsansätzen u.ä.) bei der *Alltagsinterpretation*, allein bedingt durch den dafür breit gewährten Raum in den Medien, dies bei spürbarer *Ausgrenzung neuartiger, alternativer Sichtweisen* zur Gesellschaft.

Die als rational zu bezeichnenden Komponenten des Alltagsbewußtseins spiegeln sich in zahlreichen praktisch realisierten Orientierungen der meisten Menschen wider. Diese Vorgänge sind durch Grundaussagen der Handlungstheorie, insbesondere der Wert-Erwartungs-Theorie, zumindest ansatzweise gut zu erklären (vgl. Hartmut Esser: *Alltagshandeln und Verstehen*, Tübingen 1991). Demnach werden viele Alltagsentscheidungen, darunter auch solche mit politischer Dimension, zweifellos »vernünftig«, d.h. in der Regel nach dem zugemessenen subjektiven Wert und entsprechend der Erwartungswahrscheinlichkeit getroffen. Das Spektrum solcher Handlungsweisen umfaßt hier ebenso Strategien der Erwerbstätigkeit, der Haushalts- und Lebensführung oder der Freizeitgestaltung wie andererseits politische Aktivitäten unterschiedlicher Größenordnung (Parteimitgliedschaften und Wahlentscheidungen, aber gleichfalls die Bekundung von Interesse bei politischen Angeboten, Zeitschriftenabonnements, Unterschriften zu politischen Forderungen, Protestverhalten u.a.m.).

Alltagsbewußtsein als Krisenbewußtsein

Meßbare Veränderungen im Alltagsbewußtsein in breiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung reflektieren eine Art Bruch in Denken und Einstellungen, der sich vor allem 1994/95 vollzogen hat. Verstärkt treten kritische Bewertungen und Elemente eines »*Krisenbewußtseins*« zutage. Dies zeigt sich vor allem darin, daß sich in den letzten Jahren eine beachtliche und deutlich gewachsene »*Konfliktsensibilisierung*« in der Gesellschaft herausgebildet hat (vgl. Tabelle 1). Mit erstaunlicher Wucht prägt sich dabei eine »*soziale Konfliktlinie*« aus, die vor allem durch den Gegensatz von »Arm« und »Reich« markiert ist. Stark reflektiert werden ferner »*Ohnmachtkonflikte*« z.B: zwischen »*Arbeitgebern*« und »*Arbeitnehmern*«.

Tabelle 1: Konfliktpotentiale im Vergleich (Angaben in Prozent, gerundet)

Frage: »Was meinen Sie, welche der nachfolgend genannten Konflikte sind gegenwärtig in Deutschland von besonderem Gewicht?«

Konflikt (Einschätzung »sehr stark« und »stark«)	Ostldland. gesamt 1993*	Ostldland. S-Anhalt; Sachs. Anfang 1996**	Ostldland. gesamt Ende 96***
»Arm/ Reich«	58	78	88
»Ost/West«	60	66	79
»Arbeitgeber/ Arbeitnehmer«	66	60	86
»Links/Rechts«	70	52	67
»Jung/Alt«	20	19	31
»Männer/Frauen«	10	16	30

Quellen: (*) Wohlfahrtssurvey 1993
 (**) FOKUS-Studie: Zukunft und Politik
 (***) 1996, FOKUS/isda-Studie:
 Gesellschaftskritische Potentiale, 1997.

Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nimmt aus ihrem Alltagserleben heraus die Vergrößerung des »Ost-West-Konflikts« war, was auch von Seiten der westdeutschen Bevölkerung so empfunden wird. Die dafür vorgebrachten Begründungen sind – wie auch bei anderen Konfliktarten – sehr vielfältig und nicht immer »rational«, dennoch bilden solche Bewußtseinsinhalte »hartnäckige« Wahrnehmungsmuster, die in nicht geringem Umfang Verhalten und Handeln der Menschen bestimmen. Die aus dem alltäglichen Leben heraus entwickelten *Gesellschaftsbetrachtungen* zeigen sowohl den *aufmerksam-kritischen* Blick von großen Teilen der Bevölkerung als auch ein starkes, jedoch sicher diffus und mitunter »dumpf« verstandenes *Bedürfnis nach Veränderung* gesellschaftlicher Zustände (vgl. Tabelle 2). Diese »abstrakte Veränderungsbereitschaft« hat sich – aktuellen empirischen Untersuchungen zufolge – keineswegs abgeschwächt, sondern noch verstärkt. Ende des Jahres 1996 votierten in Ostdeutschland mehr als 80, in Westdeutschland über 70 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger für einen *grundsätzlichen Umbau in der Gesellschaft* (vgl. Wohlfahrtssurvey 1993, in: Datenreport 1994, Bonn 1994, S. 609).

Nach den typischen politischen Einstellungen zu Gegenwart und Zukunft sind Teilpopulationen rekonstruierbar, die sich durch grundsätzlich verschiedene Einstellungen zur Gesellschaft unterscheiden, wobei diese deutlich mit jeweils charakteristischen Werthaltungen korrelieren. Etwa 30 Prozent der Bevölkerung im Osten Deutschlands können als *systemkritisches Potential mit relativ klaren Positionen* betrachtet werden.

»Persönlich nicht geeignet ist jemand, der nicht über die entscheidenden fachlichen Voraussetzungen für einen Beruf verfügt. Aber die politisch motivierten Kündigungen sind genutzt worden, um Leute, die diesem System unangenehm sind, aus dem öffentlichen Dienst zu beseitigen. Oftmals sind die Kündigungen zum Beispiel in Sachsen nicht anhand des Einzelfalles erfolgt, sondern nur deshalb, weil derjenige zu DDR-Zeiten Schulleiter, Parteisekretär oder Freundschaftsspionierleiter gewesen ist.«
 Eva-Maria Stange, Landesvorsitzende der GEW in Sachsen; zit nach Die Zeit, Nr. 13, vom 21. März 1997, S. 15.

»Wer schon ein Auto hat, fährt nach Lübeck. Zur Lehre müssen sowieso fast alle in den Westen, denn Ausbildungsplätze gibt es in Boltenhagen trotz des florierenden Fremdenverkehrs zu wenig. Auf Touristen im allgemeinen und Westler im besonderen sind die Jugendlichen nicht gut zu sprechen. Torsten erzählt, daß seine Eltern die Ferienwohnung nur an Ostdeutsche vermieten. Die seien nicht so nörgelig.«
 Toralf Staud: Ein neues Boltenhagen, in: Die Zeit, Nr. 40, vom 27. September 1996, S. 82.

»Bei den Investitionen in die Freizeit sind sich die Deutschen in Ost und West schon sehr nahegekommen. Jeweils rund fünfzehn Prozent ihres Geldes geben Familien mit mittleren Einkommen hier wie dort für jene Dinge aus, die die arbeitsfreien Zeiten schöner machen sollen: im alten Bundesgebiet 9.500 und in den neuen Ländern gut 7.600 Mark. Damit liegen die Ostdeutschen [1995] auf dem Niveau, das ihre Landsleute im Westen 1990 erreicht hatten.«

Ausgewählte Freizeit-Ausgaben einer vierköpfigen Familie mit mittleren Einkommen 1995 (in DM):

	West	Ost
Urlaub	2.580	2.040
Auto für Freizeitwecke	1.344	1.344
Sport, Camping	1.092	648
Radio, TV, Video	1.068	1.020
Bücher, Zeitschriften	756	576
Garten, Haustiere	585	552
Spiele, Spielzeug	468	324
Kino, Theater, Konzert	240	192
Heimwerken	72	96

Aus: Die Zeit, Nr. 40, vom 27. September 1996, S. 26.

Tabelle 2: Zukunftsbetrachtungen und politische Einstellungen

Frage: »Wie würden Sie – mit dem Blick auf die Zukunft – den folgenden Satz bewerten?«

Antwort: »Diese Aussage entspricht meiner Meinung...«

- 1 = ganz genau
- 2 = überwiegend
- 3 = mehr oder weniger
- 4 = eigentlich nicht
- 5 = überhaupt nicht

»In der Zukunft wird sich in der Gesellschaft vieles grundsätzlich ändern müssen.« (Anfang 1996, Mitteldeutscher Raum)	1	2	3	4	5
	54	25	17	3	1

Quelle: FOKUS-Studie: Zukunft und Politik, 1996.

Ausdifferenzierung und Vereinheitlichung

Theoretisch verdichtet, ist zu konstatieren, daß die Bewußtseinslagen vieler Menschen in Ostdeutschland einerseits durch *Ausdifferenzierung*, was für moderne Gesellschaften typisch ist, aber andererseits, infolge alltäglicher Erfahrungen, durch »*Vereinheitlichung*« von Einstellungen und Meinungen charakterisiert werden. Zu wichtigen Themen, die sich im Alltagsbewußtsein immer wieder niederschlagen, zählen insbesondere:

- die Beschäftigung mit der »*sozialen Frage*«, wobei sich tiefgreifende Verunsicherungen zeigen; bewußtseinsmäßig wird reflektiert, daß bei Veränderungen im Sozialsystem ein ganzes gesellschaftliches (Teil-)System zur Disposition gestellt ist, das mittelbar und unmittelbar mit den alltägliche Lebensverhältnissen von Millionen Menschen in Verbindung steht.

- die Auseinandersetzung mit dem »*Ost-West-Verhältnis*«; teils über rationale Verarbeitungen, teils unter Einbeziehung von Stereotypen und Vorurteilen sowie beeinflusst durch Medien und eigene Erfahrungen stellt sich dieses Problemfeld insgesamt widersprüchlich dar, wobei der Umstand, daß weder politische noch wirtschaftliche Konzepte zur Eindämmung oder gar Beseitigung größerer sozialer Disparitäten in Aussicht scheinen, die alltägliche Belebung dieses Konfliktbereichs bewirkt.

- das unbefriedigte »*Sicherheitsbedürfnis*« vieler Menschen, was insbesondere in der geistigen Beschäftigung mit den Problemen »*Öffentliche Sicherheit*« und »*Kriminalität*« zum Ausdruck kommt; paradox mutet an, daß die Gefährdung durch Kriminalität im Alltagsbewußtsein einen deutlich höheren Stellenwert einnimmt als beispielsweise ökologische (real oft größere) Bedrohungen.

- das »*Zukunftsdenken*«, allerdings in einem weiten und in sich widersprüchlichen Sinn; verbreitet ist hier ein Wahrnehmungsmuster im Alltagsbewußtsein, das als Trias dargestellt werden kann, der sich aus den Komponenten »*Beschäftigung mit der Zukunft*«/»*Zukunftsängste*« – »*Verdrängungsaktivitäten*« – »*Rückzug in mikrosoziale Milieus mit Zeitbeschränkung bei der Lebensplanung und Lebensverantwortung*« zusammensetzt (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Zukunftsbetrachtungen und politische Einstellungen
(Angaben in Prozent zeilenweise, gerundet)

Frage: »Wie würden Sie – mit dem Blick auf die Zukunft – die folgenden Sätze bewerten?«

Antwort: »Diese Aussage entspricht meiner Meinung...«

- 1 = ganz genau
2 = überwiegend
3 = mehr oder weniger
4 = eigentlich nicht
5 = überhaupt nicht

	1	2	3	4	5
»Unsere Gesellschaft ist für die Zukunft eigentlich ganz gut gerüstet.«	3	12	33	37	15
»Meine persönlichen Zukunftspläne sind mit der Region hier verbunden.«	25	30	26	13	6
»Ich kann in dieser Gesellschaft die für mich wichtigen Lebenswerte verwirklichen.«	6	19	48	19	8
»Ich habe öfters Angst vor der Zukunft.«	24	14	33	22	7

Quelle: FOKUS-Studie: Zukunft und Politik, 1996.

Als gemeinsamer Nenner für weit verbreitetes Alltagsdenken kann das *widersprüchliche Verhältnis von Ängsten sowie Handlungserwartungen (zumeist an andere) und mikro-sozialen Sicherheitsbestrebungen* angesehen werden. Soziale »Umweltsicherheit«, die im Bewußtsein von übergroßen Mehrheiten einen fast magischen Stellenwert annimmt, manifestiert sich in solchen Orientierungen wie die auf *stabile* (d.h. auch *berechenbare*) Partnerschafts- und Familienbeziehungen, auf einen *gesicherten* Arbeitsplatz, auf *möglichst garantierte* Einkommens- und Vorsorgeleistungen, auf *kriminalitätsgeschützte* Wohngegenden u.a.

Konkrete Werthaltungen der genannten Art dienen nicht nur der Herstellung möglichst großer innerpsychischer Stabilität. Sie bilden ebenso – oft unbewußt – ein *kognitives Muster*, anhand dessen äußere Vorgänge, darunter auch politische Veränderungen und Veränderungsvorschläge beurteilt werden. *Risikominimierung* gilt deshalb als verbreitete Lebensorientierung. Nur auf kleine Minderheiten beschränkt bleiben bisher Aktivitäten einer bewußt riskant gehaltenen Lebensführung und das »*Aufs-Spiel-Setzen*« von (noch) gewährten Sicherheiten.

Alltagsbewußtsein und linke Politik

Für das erfolgreiche Handeln linker Kräfte erscheinen neue Überlegungen zum Alltagsbewußtsein sowohl mit Blick auf die

»Das einzig Positive an dem kommunistischen Zensursystem war, daß es etwas von einem Mäzen hatte. Damals mußte man sich nicht ums Geld sorgen, sondern darum, wie man die Zensur besiegen kann. Heute interessiert sich staatlicherseits niemand für das Schicksal der Kultur. Auch ich könnte heute in Polen so nicht leben, wie ich es jetzt kann, wenn meine Bücher nicht auch im Ausland herausgegeben würden. Ich habe hier jetzt Auflagen von fünf- bis zehntausend Exemplaren, früher im kommunistischen Polen, hatte ich hunderttausend...« Stanislaw Lem; zit. nach Die Zeit, Nr. 40, vom 27. September 1996, S. 23.

»Während eines CDU-Parteitages war ich ... zutiefst überrascht, daß die ganze Atmosphäre dort mit der Moskauer KPdSU-Parteitage praktisch identisch war. Die überdimensionale Treue und Liebe aus jedem Munde, das Strahlen von jedem Parteigesicht galten nur einem Menschen – dem Parteivorsitzenden, dem Bundeskanzler. (...) Ein anderes Problem dieses Landes besteht darin, daß die meisten westdeutschen Politiker auch nach der Vereinigung »westdeutsch« geblieben sind. Sie verstehen bis jetzt die Mentalität der Ex-DDR-Bürger nicht. Für die Bonner Opposition gilt das in ganz besonderem Maße. Solange sich viele Ostdeutsche als Bürger zweiter Wahl empfinden, läßt sich von einem wirklich einheitlichen Deutschland nicht reden. So lange ist auch kaum ein ernsthafter politischer und wirtschaftlicher Umschwung in der Bundesrepublik zu erwarten.«

Alexander Polozki: Es fehlt der Funken, in: Die Zeit, Nr. 9, vom 21. Februar 1997, S. 8.

Erarbeitung langfristiger Strategien und Konzepte als auch in bezug auf praktische politische Aktionen dringend erforderlich. Toleranter Dialog mit vielen Bürgerinnen und Bürgern, Einblick in das Alltagsverhalten; Vorschläge, die auf »Bündelung« von Interessen zielen – all das ist notwendiger denn je. Im Rahmen dieses Problemkreises sind für künftige Aktivitäten vor allem folgende Einsichten zu entwickeln:

– *Ein mikrosoziales Verständnis*; d.h. eine praktisch-politische Haltung des sich »Hineinversetzens« in die jeweils konkrete Handlungswelt einzelner Menschen, gestützt auf Empathie und das Ernstnehmen vielfältiger Alltagsprobleme ist nicht nur ein Anspruch humanistischer Politik, sondern auch aus Nützlichkeits-erwägungen erforderlich, zumal eine solche Sicht immer wieder überraschende Erkenntnisse darüber vermitteln kann, was Menschen »tatsächlich« zu Handlungen motiviert.

– *Politische Aktivitäten* müssen im Alltagsverhalten verwurzelte *subjektive Nutzenserwartungen* in Rechnung stellen, da in der Realität beispielsweise immer wieder Situationen zu beobachten sind, in denen Menschen sich Handlungen verschließen, obwohl sie »eigentlich« entsprechend interessiert und motiviert sind, weil der Ausgang der Handlung »offen« scheint, weil sich ihnen die Chancen (als Erwartungsgröße) einer erfolgreichen Aktion zu gering darstellen bzw. weil sie nur unzureichend Informationen über Handlungsausgänge besitzen.

– *Realitätsbezogene Zukunftsdebatte*; die Auseinandersetzungen zu einem zukunftsfähigen Gesellschaftsmodell leiden nicht selten unter den Extremen, daß Kommendes entweder als »Horror-Szenario« (und damit leicht verdrängbar) figuriert oder als »völlig unklar« ausgeblendet wird; Betrachtungen des Alltagsbewußtseins zeigen aber immer wieder auf, welche Bedeutung die Zukunftsbewertung für gegenwärtige Einstellungen hat und welche beachtliche Chance für politische Kräfte darin zu sehen ist, überschaubare, realistische und fakten gestützte Perspektiven darzulegen, in denen heutige Grundalternativen der gesellschaftlichen Entwicklung enthalten sind.

– *Thematisierung der »Bewußtseinsproduktion«*; ein gesellschaftlicher Diskurs zu Konflikten und Widersprüchen von linken Positionen aus kann die Mechanismen medialer Vermittlung nicht kurzschlüssig als »Manipulation« abtun und damit letztlich ignorieren; gerade weil diese Prozesse zahlreichen Menschen »hautnah« vertraut sind, bieten sie vielfältige Diskussions- und Reibungspunkte; tatsächlich wirksame Gesellschaftskritik ist ohne (verständliche) Medienkritik schwer denkbar.

– *Setzen von Handlungsschwerpunkten*; es läßt sich die These formulieren, daß die gegenwärtige »Schwäche« linker und systemkritisch denkender Kräfte weniger in ihrer quantitativ geringen Präsenz als in ihrer »Zersplitterung« und in der unzureichenden »Bündelung« von mittel- und langfristigen Zielvorstellungen besteht; angesichts von Situation und Mechanismen des verbreiteten Alltagsbewußtseins gibt es jedoch durchaus Aussichten, daß der Versuch einer »Sammlung« (in Form einer »Neuen Reformalternative« o.ä.), für den allerdings noch große Anstrengungen zu leisten sind, auf Resonanz treffen kann.

Arbeitspapier zur Tagung »Ökologischer Umbau der Gesellschaft« der PDS Brandenburg am 14. Juni 1997

Vorbemerkung der Redaktion:

Der Abdruck des vorliegenden Arbeitspapiers ist Resultat einer Vereinbarung zwischen der Redaktion von »UTOPIE kreativ« und der AG Umwelt im PDS-Landesverband Brandenburg. Beide Partner dieser Vereinbarung beschreiten damit Neuland: Die Redaktion leistet einen direkten Beitrag zu einem PDS-inneren Diskussionsprozeß, die Brandenburger PDS nutzt die »UTOPIE kreativ«, um Arbeitspositionen und gegenwärtig erreichte Diskussionsstandorte öffentlich zu machen. »UTOPIE kreativ« ist bereit, die zu erwartende Debatte weiter zu begleiten.

Einleitung

Die Durchführung einer Konferenz des Landesvorstandes der PDS, der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg und des Kommunalpolitischen Forums - Land Brandenburg e.V. zum Thema: »Ökologischer Umbau der Gesellschaft« wurde im Oktober 1996 auf der 4. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS in Lauchhammer beschlossen, und auf der 1. Tagung des 5. Landesparteitages der PDS Brandenburg im Februar 1997 wurde im Leitantrag »Opposition konkret 1997« die Zielstellung der Konferenz noch einmal unterstrichen: »Die brandenburgische PDS will ihren Beitrag dazu leisten, die globale ökologische Verantwortung auf lokaler Ebene transparent und politikfähig zu machen. Es geht um die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung, insbesondere um den langfristigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Das bedingt den ökologischen Umbau des Landes und der Gesamtregion Berlin-Brandenburg als eine immer neu herzustellende notwendige Einheit von ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung. Die konzeptionelle Beschäftigung mit Fragen und Problemen des ökologischen Umbaus als Leitidee und Chance für die Entwicklung Brandenburgs muß verstärkt werden. [...] Wir wenden uns gegen Versuche, Umwelt und Mensch, Naturschutz und Arbeitsplätze gegeneinander auszuspielen. Umweltverträgliche Wirtschafts- und Strukturkonzepte müssen der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen.« [1]

Unter dem Slogan »Global denken, lokal handeln« gilt es also, gemeinsam mit Verbündeten in anderen Parteien, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Kirchen sowie mit interessierten Bürgern auf eine nachhaltige Entwicklung im Raum Brandenburg-Berlin hinzuwirken und dabei in möglichst vielen Kommunen

Das Arbeitspapier wurde im Auftrag der AG Umwelt im PDS-Landesverband Brandenburg von Ilse Spahn erarbeitet

Wenn jetzt und im folgenden von »nachhaltig« die Rede ist, ist grundsätzlich das Begriffspaar »nachhaltig/zukunftsfähig« gemeint.

eine lokale AGENDA 21 aufzustellen, zu beschließen und zu realisieren.

Im vorliegenden Arbeitspapier wird der Versuch unternommen, Grundsatzfragen anzureißen, dabei einen knappen Literaturüberblick zu vermitteln und schließlich konkrete Handlungsansätze aufzuzeigen.

Die Organisatoren der Konferenz schlagen folgenden Umgang mit diesem Arbeitspapier vor: Versand mit der Einladung zum ersten Teil der Konferenz am 14. Juni 1997; Erarbeitung einer zweiten Fassung bis zum zweiten Teil der Konferenz 6. September 1997; gleichzeitig Erarbeitung von Arbeitspapieren/Thesen der einzelnen Arbeitsgruppen der Konferenz.

I. Grundsätzliche Probleme und Fragen (Punkte 1-10 nach Böhme)

1. Am Beginn der Konferenz muß die Erörterung von Grundlagen und Grundfragen einschließlich der Situationsanalyse stehen. Vorschläge zu praktischem Handeln müssen sich aus der Erörterung dieser Grundlagen und Grundfragen schlüssig ergeben.

2. Ökologischer Umbau bedeutet: Sich von Anfang an nicht auf eine »rein ökologische« Seite zu beschränken, sondern die Beziehung zur Entwicklung der Gesellschaft (d. h. der Entwicklung der Menschheit) zu beachten.

3. In engerem Sinne ist unter »ökologischem Umbau« eine nachhaltige/zukunftsfähige Entwicklung des Ökosystems verstehen, wobei das »Ökosystem« das Globale Ökosystem mit seinen vielen Teilsystemen umfaßt, die alle Gegenstand der Ökologie als Wissenschaft sind.

4. Eine nachhaltige Entwicklung, die das Ziel des ökologischen Umbaus ist, kann nur als Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung der Erde verstanden werden. Diese nachhaltige Entwicklung umfaßt die ökologische Entwicklung der Natur, von der die Menschheit ein Teil ist. Die Wechselbeziehung der Menschheit mit der Natur beeinflußt und setzt voraus die gesellschaftliche Entwicklung, die zumindest die ökonomische, die soziale und die Entwicklung von Kultur und Bildung einschließt. Dem muß die Politik Rechnung tragen.

5. Über den »ökologischen Umbau« kann man also nur fruchtbar beraten, wenn man die anderen Komponenten einer nachhaltigen Entwicklung einbezieht.

6. Jedes der Felder einer nachhaltigen Entwicklung (also Ökosysteme einerseits und die menschliche Gesellschaft mit wirtschaftlicher Tätigkeit, ihren sozialen Beziehungen und der Entwicklung von Kultur und Bildung andererseits) schließt sehr verschiedenartige, scheinbar nicht im Zusammenhang miteinander stehende Teilgebiete ein wie z. B. das Klimasystem; die Entwicklung der Artenvielfalt; die Entwicklung der Menschenrechte; die globale, regionale und individuelle Sicherheit und vieles andere mehr.

7. Jedes dieser Felder stellt für die Erreichung einer nachhaltigen Gesamtentwicklung auf der Erde bestimmte Forderungen für andere Felder und Teilgebiete. Beispiel: Die Sicherung der Stabilität des Klimasystems stellt Forderungen an die Wirtschaftsentwicklung, u. a. hinsichtlich der Wandlung, der Erschließung und

Nutzung von Energiequellen. (Die Herausarbeitung weiterer solcher feldüberschreitenden Forderungen ist eine aktuelle Arbeitsaufgabe!)

8. Die sich aus den verschiedenen Feldern oder Teilgebieten für eine nachhaltige Entwicklung ergebenden Anforderungen können miteinander verträglich, aber auch widersprüchlich sein. Beispiele von widersprüchlichen Anforderungen aus unterschiedlichen Teilgebieten der verschiedenen Felder sind die Konflikte zwischen Klimaschutz und Sicherung von Arbeitsplätzen im Braunkohlentagebau oder die Forderung nach weitgehendem Ausstieg aus der Chlorchemie und gleichzeitig nach Sicherung von Produktionsstandorten.

9. Für solche unverträglichen Anforderungen müssen im Interesse der Nachhaltigkeit prinzipiell Kompromisse zwischen den übergeordneten Teilgebieten bzw. Feldern gefunden werden.

10. Zu diskutieren ist zum Beispiel:

a) Welche Felder und Teilgebiete bedürfen nachhaltiger Entwicklung?

b) Welche wichtigen Anforderungen ergeben sich aus der Notwendigkeit, die Nachhaltigkeit der Entwicklung auf den einzelnen Feldern und Teilgebieten zu gewährleisten? Wie verhalten sie sich zueinander?

c) Welche wichtigen Anforderungen aus verschiedenen Feldern und Teilgebieten sind widersprüchlich (nicht hinreichend verträglich)?

d) Wie sind die verschiedenen Anforderungen miteinander zu verbinden?

Zu welchen nicht oder kaum verträglichen Anforderungen müssen Kompromisse gefunden werden, und welche Lösungsmöglichkeiten kommen in Frage?

e) Welche Faktoren, Mächte und Interessen stehen der Realisierung der wichtigsten Anforderungen zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit auf der Erde entgegen und welche Forderungen sind an die Politik im Sinne ihrer unter 4. genannten vornehmlichen Aufgabe zu stellen?

II. Zu einigen Analysen und globalen und regionalen Lösungsansätzen

11. Die Konferenz über Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) hat 1992 in Rio de Janeiro eine umfassende Analyse dieser Probleme vorgenommen und in der AGENDA 21 eine Aufgabenstellung für das 21. Jahrhundert verabschiedet [2].

In der Rio-Deklaration, Grundsatz 3, ist nachhaltige Entwicklung wie folgt definiert:

»Das Recht auf Entwicklung muß so erfüllt werden, daß den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen heutiger und künftiger Generationen in gerechter Weise entsprochen wird.« Nachhaltige Entwicklung hat somit einen intertemporären und einen interregionalen Aspekt. Solidarität zwischen den aufeinanderfolgenden Generationen einerseits und den heute auf der Erde nebeneinanderlebenden Generationen (Nord-Süd- und Ost-West-Problematik) ist gefordert.

12. Zum Stand der Umsetzung der AGENDA 21 verweisen wir insbesondere auf die im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit entstandene Arbeit von

Vorangestellt sind in der AGENDA 21 die sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen (Teil I) und in diesem Teil der internationale Handel, die Wirtschaftspolitik in ihrer Bedeutung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung besonders betont. Es folgen weiter die Probleme wie Armutsbekämpfung, Bevölkerungsentwicklung, Veränderung der Konsumgewohnheiten, Gesundheits- und Siedlungsentwicklung. Nachdrücklich wird die Integration von Umwelt- und Entwick-

lungszielen in die Entscheidungsfindung von Politik, Planung und Management gefordert.

Im Teil II »Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung« werden behandelt »Schutz der Erdatmosphäre« – also das Klimaproblem, die Boden-, Wald- und Wasserressourcen. Ebenso sind enthalten die Bewirtschaftung der Ökosysteme, Landwirtschaft, Bergregionen, Bekämpfung von Wüstenbildung und Dürre, Erhaltung der biologischen Vielfalt. Umfassend ist die Abfallproblematik behandelt: Toxische Chemikalien, Entsorgung von Abfällen, insbesondere auch radioaktive Abfälle.

In den Teilen III und IV mit den Titeln: »Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen« und »Möglichkeiten der Umsetzung« wird ausführlich und nachdrücklich auf die notwendige Entwicklung von unten orientiert. Jeder der folgenden Gruppen ist ein gesonderter Abschnitt gewidmet: Frauen, Kinder und Jugend, eingeborene Bevölkerungsgruppen, nichtstaatliche Organisationen – NGO's –, Initiative in den Kommunen – Lokale AGENDA 21 (Kapitel 28), Rolle der Arbeitnehmer und Gewerkschaften (Kapitel 29), Rolle der Privatwirtschaft, Wissenschaft und Technik, Bauern.

Rolf Kreibich (Hrsg.): »Nachhaltige Entwicklung« ([3] - Stand 1994)

Noch nicht ausgewertet ist in diesem Buch der Abschlußbericht zur Enquete-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre«, [4] der zu den Gebieten Verkehr und Energie sehr deutliche Minderheitenvoten der von der SPD in diese Enquete-Kommission entsandten Mitglieder enthält. In diesem Minderheitenvotum heißt es: »Unverantwortlich ist, wie wir Reichen zu Lasten der Armen leben. Diese Unverantwortlichkeit wird noch dadurch verschärft, daß wir – und das gilt auch für Deutschland – dies wissen und in Kenntnis der Folgen fast nichts tun, um daran etwas zu ändern. Und vielleicht noch schlimmer ist, daß dieses Nichtstun im wesentlichen auf einem Mangel an Verständigungswillen beruht. Diejenigen, die den energiepolitischen Gegensatz aufrechterhalten und damit die gegenseitige Blockade stabilisieren, kämpfen nicht nur gegeneinander. Vor allem verweigern sie die Verständigung zu Lasten der Dritten Welt und der Nachwelt.« ([4], S. 1393, und [5])

13. Unübersehbar ist die Kluft zwischen der Forderung nach nachhaltiger Entwicklung bzw. ökologischem Umbau auf der einen Seite und Umweltpolitik auf der anderen Seite: Nachhaltigkeit der Entwicklung betrifft alle Bereiche der Wirtschafts- und Lebensweise in der Gesellschaft, während Umweltpolitik und Umwelttechnologie sich bisher vorwiegend mit der Nachsorge, d. h. der Beseitigung von gasförmigen, flüssigen und festen Abfällen der Wirtschafts- und Lebensweise befaßt haben. Es geht bei nachhaltiger Entwicklung um einen grundlegenden Wandel unserer Wirtschafts- und Lebensweise, der bis jetzt noch gar nicht richtig in Angriff genommen wurde.

14. Die Vielfalt der Probleme, der Zeitdruck, sie schnell zu lösen, die Blockadehaltung unserer und anderer Regierungen verleiten dazu, vor diesen Anforderungen zu resignieren. Die Grundsatzkommission der PDS hat im Dezember 1996 ein Papier »Nachhaltige Entwicklung – soziale und politische Konsequenzen« vorgelegt [8]. Darin wird u. a. eingeschätzt (S. 4):

»In der PDS hat die Diskussion zu diesen Problemen erst begonnen. Für die Entwicklung von Politik, Strategie und Programmatik der PDS ist sie unverzichtbar.«

Gemeinsamkeiten zwischen PDS-, SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Positionen machte die erste »Crossover«-Konferenz der drei Zeitschriften »UTOPIE kreativ«, »spw« und »Andere Zeiten« sichtbar. In der Erklärung dieser Crossover-Konferenz wird als Folge der wirtschaftlichen Deregulierungspolitik der letzten fünfzehn Jahre ein »Verschwinden der Politik« festgestellt. Im PDS-Grundsatzkommissionspapier heißt es dazu: »Die parlamentarische SPD-Linke im Bundestag fordert statt perspektivlosem Krisenmanagement <die Ausrichtung der Politik am Ziel der Nachhaltigkeit>. Sie zählt dazu <die Reform des internationalen Finanzsystems, die Reorganisation der nationalen Wertschöpfung, mehr Verteilungsgerechtigkeit bei Vermögen und Einkünften, die Ausweitung der Mitbestimmung und eine aktive Struktur- und Investitionspolitik>. Und bei der Arbeitsmarktpolitik hat die Crossover-Konferenz auf 3 Schwerpunkte orientiert: Verkürzung der Arbeitszeit (ca. Dreißig-Stunden-Woche), doppelte Umverteilung

von oben nach unten und von Männern zu Frauen sowie auf einen ›neuen gemeinwirtschaftlichen Beschäftigungssektor‹, der weder privat noch staatswirtschaftlich organisiert ist.« ([8] S. 9)

Hermann Scheer (SPD) hat weitere Konzepte zum ökologischen Umbau in seinem neuen Buch »Zurück zur Politik« entwickelt. [9] In [8] S. 13 wird dazu betont, daß der Generalnenner des Umbaus nicht die Beseitigung des Marktes, sondern die Überwindung der Dominanz des Profits sein muß. Die PDS hat auf dem Schweriner Parteitag im Januar 1997 konkrete Vorschläge zur Einleitung des ökologischen Umbaus in Deutschland gemacht, insbesondere mit dem Beschluß zur Steuerreform in Punkt II.3. »Ökosteuern und -abgaben.« [10] Veränderungen solcher Art haben andere Mehrheiten im Bundestag zur Voraussetzung.

15. Schon vor der Erreichung solcher anderen Mehrheiten jedoch können Konzepte einer regional-nachhaltigen Entwicklung angegangen werden, wie sie Majer in seinem Artikel »Nachhaltige Entwicklung – vom globalen Konzept zur regionalen Werkstatt« [11] beschreibt. Das sind Überlegungen, die auch für die Ausarbeitung einer »lokalen AGENDA 21« von Bedeutung sind. Deshalb seien sie hier näher betrachtet.

Regional-nachhaltige Entwicklung (RNE) ist Majer zufolge ein Leitbild, das in einem langfristigen Such- und Abstimmungsprozeß erreicht werden soll. Dabei sind die gesellschaftlichen Nutzungsansprüche und die natürlichen Lebensgrundlagen in zeitlicher und räumlicher Dimension so aufeinander abzustimmen, daß interregionale und intertemporale Gerechtigkeit gewährleistet ist. Aus der zeitlichen und räumlichen Dimension ergeben sich wichtige Verteilungsaufgaben. Die eine Region darf sich also nicht auf Kosten anderer Regionen entwickeln, und die Wirtschaftsweise und Lebensstile in der Region sind so zu gestalten, daß auch die kommenden Generationen in dieser Gegend leben können.

Die den Ländern und Kommunen im Rahmen des Föderalismus eingeräumten Spielräume müssen soweit wie möglich ausgenutzt werden, um regional und lokal das Umsteuern zur nachhaltigen/zukunftsfähigen Wirtschafts- und Lebensweise einzuleiten (und das dafür notwendige Umdenken bei Politikern, Wirtschaftlern und Bürgern zu befördern). Regionen im Sinne einer regional-nachhaltigen Entwicklung könnten in der Erörterung die Planungsregionen des Landes Brandenburg sein: Havelland-Fläming; Spreewald-Lausitz; Oderland-Spree; Uckermark-Barnim; Prignitz-Oberhavel.

16. Die Bundesregierung hat 1992 in Rio der AGENDA 21 zugestimmt, und der Bundestag hat im Juni 1994 Deutschland auf die AGENDA 21 verpflichtet. Zur Erfüllung der Verpflichtungen, die bis zum 31.12.1996 datiert war, stellt R. Kreibich fest ([6], S. 7): »Heute, im Jahr 1997, kann es keinen Zweifel geben, daß der Nach-Rio-Prozeß auf lokaler Ebene in Gang gekommen ist. Dazu hat der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) den Stand der Ausarbeitung und Umsetzung in 14 europäischen Ländern dokumentiert. Danach sind in Schweden, Irland und Norwegen fast 100 Prozent der Kommunen in den AGENDA 21-Prozeß einbezogen, in Großbritannien, den Niederlanden und Dänemark sind es schon über 50 Prozent, während die Beteiligung in Frank-

R. Kreibich kommt zu dem Schluß »Unsere heutige Industrie- und Wachstums-gesellschaft ... ist nicht zukunftsfähig.« ([6] S. 2) D. und D. Meadows haben Anfang der neunziger Jahre Modellrechnungen aus den siebziger Jahren wiederholt und in »Die neuen Grenzen des Wachstums« festgestellt, daß uns von Jahr zu Jahr weniger Zeit bleibt, um die erforderlichen Veränderungen erfolgreich zu realisieren. [7]

Majer [11] schreibt zur Erarbeitung einer lokalen AGENDA 21: »Der angemessene Weg muß über einen Suchprozeß führen, der die gesellschaftlichen Nutzungsansprüche (Wirtschaftsweisen und Lebensstile) mit den natürlichen Lebensgrundlagen (Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Ökosysteme) abtimmt.«

Simonis [12] beschreibt diesen Suchprozeß mit einem »Magischen Dreieck« zukunftsfähiger Entwicklung, in dem der Schutz der Ökosphäre, die stabile wirtschaftliche Entwicklung und die gerechte Verteilung der Lebenschancen enthalten sind.

reich, Österreich und Deutschland (= 1,5 Prozent) im August 1996 noch unter 5 Prozent lag. Diese für die Bundesrepublik Deutschland miserable Situation ist wohl weniger den Kommunen als viel mehr der Bundes- und den Landesregierungen anzulasten, die bisher nur wenig getan haben, um den Nach-Rio-Prozeß ins Rollen zu bringen und zu fördern.«

Während Deutschland bei Umwelttechnik – nachsorgender wohlgemerkt! – mit an der Spitze steht, ist es in der Frage der Nachhaltigkeit/Zukunftsfähigkeit eines der Schlußlichter. An Großprojekten hält es dagegen wider alle Vernunft fest! An der Basis aber, in den Städten oder Stadtteilen und Gemeinden, gibt es bereits viele Aktive, die auf eine lokale AGENDA 21 hinwirken oder sie schon beschlossen haben. Dabei kann die AGENDA 21 nicht Sache einer Partei oder des Bürgermeisters einer Stadt sein, es bedarf vielmehr des Zusammenwirkens von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden sowie engagierten Bürgern.

17. Für die Energie-, Stoff- und Materialströme gelten auch bei lokalen AGENDA 21 die von der Enquete-Kommission »Schutz des Menschen und der Umwelt« des Deutschen Bundestages [13] festgelegten Kriterien:

(1) Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen soll deren Regenerationsrate nicht überschreiten. Dies entspricht der Forderung nach Aufrechterhaltung der ökologischen Leistungsfähigkeit, d. h. (mindestens) nach Erhaltung des von den Funktionen her definierten ökologischen Realkapitals.

(2) Nicht erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Umfang verwendet werden, in dem ein physisch und funktionell gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen oder höherer Produktivität der erneuerbaren Ressourcen sowie der nichterneuerbaren Ressourcen geschaffen wird.

(3) Stoffeinträge in die Umwelt sollen sich an der Belastbarkeit der Umweltmedien orientieren, wobei alle Funktionen zu berücksichtigen sind, nicht zuletzt auch die »stille« und empfindlichere Regelungsfunktion.

(4) Das Zeitmaß anthropogener Einträge bzw. Eingriffe in die Umwelt muß im ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der für das Reaktionsvermögen der Umwelt relevanten natürlichen Prozesse stehen.

18. Gibt es eine Rang- und Reihenfolge der Faktoren und Kriterien?

In seinem Buch »Sonnenstrategie – Politik ohne Alternative« kommt H. Scheer ([14], S. 15) bei der Betrachtung der zunächst 21 Tagesordnungspunkte der Konferenz, die dann im 800 Seiten umfassenden Abschlußdokument auf 31 Programmpunkte angewachsen sind, zur Schlußfolgerung: »Bei 31 Schwerpunkten gibt es in Wahrheit keinen. ... Wenn alles wichtig ist, bleibt meistens alles liegen«, und er fragt: »Aber wie kommen wir zum richtigen Ansatz?« Danach betrachtet er die AGENDA 21 erneut und stellt fest: »Die wirtschaftlichen Tätigkeiten sind der Kern der gesellschaftlichen Entwicklungen. Der harte Kern der wirtschaftlichen Tätigkeiten wiederum ist der Einsatz verfügbarer Energie. Wer ›Energiepolitik‹ und ›Energiewirtschaft‹ als ein ›single issue‹ – ein Einpunktthema – ansieht, hat die grundlegende Ursache der

Zerstörungsdynamik nicht erkannt und verstanden, und wer sie nicht versteht, kann auch keine Abhilfe schaffen.«

In diesem Sinne sind die in Rio geforderten und von der Enquete-Kommission [4] hervorgehobenen Reduktionsziele bei Kohlendioxid-Emissionen, die eine Energiewende vor allem in den Industrieländern voraussetzen, das Hauptkettenglied für den ökologischen Umbau bzw. die Einleitung einer nachhaltigen Entwicklung.

III. Zur produktivkraftbeschränkenden Bedeutung des Zieles, die Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahre 2050 global um 50 und in den Industrieländern um 80 Prozent zu senken

19. Ziel der weltweiten Reduktionsstrategie ist eine Stabilisierung des Anteils kleiner wirksamer Spurengase in der Atmosphäre entsprechend Artikel 2, Satz 1 der in Rio de Janeiro verabschiedeten Klimarahmenkonvention, und nach Maßgabe des gleichen Artikels 2 soll dieses Ziel bis Mitte nächsten Jahrhunderts verwirklicht werden. Mit ihren Beschlüssen vom 13.6. und 7.11.1990 sowie vom 11.12.1991 hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25 bis 30 Prozent, bezogen auf das Emissionsvolumen von 1987, zu reduzieren (vgl. [3] S. 78).

20. Das in Rio 1992 gesteckte Ziel und seine Realisierung sind eine existentielle Frage der Menschheit. Die menschliche Gesellschaft muß die Endlichkeit der nichterneuerbaren Ressourcen und Emissionsbegrenzungen zum Schutz der nicht erneuerbaren Ressourcen beachten. Die Menschheit braucht die auf der Erde vorgefundenen Naturbedingungen, muß sich ihnen anpassen.

Umgekehrt braucht die Natur den Menschen nicht, d. h., die Natur setzt sich bei Nichtbeachtung dieser Bedingungen gegen den Menschen durch.

Die Durchsetzung der Rio-Ziele bedeutet für Deutschland, bis 2005 auf ein Viertel und bis 2050 auf mehr als Dreiviertel aller Energien, die wir heute nutzen, zu verzichten bzw. sie durch erneuerbare Energie zu ersetzen. Dazu müssen wir einen grundlegenden Wandel in der Wirtschaftsweise und dem Lebensstil vollziehen.

21. Nachhaltige Entwicklung setzt Grenzen, die auch Beschränkungen der Produktivkräfte sind. Das heißt, im Lebensraum auf der Erde können nicht mehr alle Erfindungen, die sich technisch verwerten lassen, wirklich in die Produktion umgesetzt werden. Das muß als Chance – und nicht als Nachteil! – begriffen werden.

22. In seiner Arbeit »Produktivkraftrevolution – Chancen und Gefahren« [16] benennt Harry Nick vier Gebiete, auf denen es zu einer Revolution sowohl der Produktivkräfte als auch der Destruktivkräfte kommen kann – je nachdem, wie es den Menschen gelingt, die auf gattungsbedrohenden Gefahren zu bannen ([16] S. 2 und 3).

»Die Vorgabe der Klimarahmenkonvention erfordert bis 2050 eine weltweite Kohlendioxid-Emissionsreduktion von ca. 50 Prozent, woran sich die Industrieländer mit 70-80 Prozent sowie die ölproduzierenden Länder mit 60 Prozent beteiligen müssen, wenn den Entwicklungsländern noch ein Nachholebedarf von etwa 30 Prozent eingeräumt werden soll.« [4], S. 175

Mit ihren Beschlüssen vom 13.6. und 7.11.1990 sowie vom 11.12.1991 hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Kohlendioxidemissionen bis zum Jahre 2005 um 25 bis 30 Prozent, bezogen auf das Emissionsvolumen von 1987, zu reduzieren. (Vgl. [3], S. 78)

A. Peters versteht die Produktivität als Bezeichnung für die Arbeits-Ergiebigkeit und ihre Steigerung und stellt diese u.a. in der Synchronoptischen Weltgeschichte für die Jahrhunderte dar. Für das 20. Jahrhundert vermerkt er, »Erdöl, Erdgas, Atomkraft decken den wachsenden Energiebedarf.« [15] Für das 21. Jahrhundert müßte dann stehen: Erneuerbare Energien decken zunehmend den Energiebedarf. Kohle, Erdöl und Erdgas spielen nur noch eine geringere Rolle, auf Atomkraft wird verzichtet.

Nick [16]

(1) zur Atomenergie: »Seit Hiroshima werden die heutige und alle künftigen Generationen damit leben müssen, daß und wie Gattungsmord möglich ist.«

(2) zum Verhältnis Mensch-Natur: »Im Stoffwechselprozeß zwischen Mensch und Natur ist der Mensch an einen Wendepunkt gelangt, hinter welchem Natur nicht mehr wie in der bisherigen Menschheitsgeschichte beliebig zur Verfügung steht. [...] Von nun an wird sich das Wirtschaften immer unter naturgesetzten Grenzbedingungen vollziehen mit ständiger Gefahr von Grenzüberschreitungen.«

(3) zu Makrokosmos und Mikrokosmos: »Der Mensch ist in alle nur möglichen Räume der Wirklichkeit vorgestoßen, in den Kosmos ebenso wie in den Mikrokosmos. Gerade vom Mikrokosmos her hat er die Wege zu dieser Produktivkraftrevolution, zu den tiefgreifenden Veränderungen seiner Existenz- und Lebensbedingungen gefunden. Sowohl zur modernen Informations-

IV. Die Produktivkräfte und die Bedingungen eines ökologischen Umbaus

IV.1 Zur Energieproblematik

23. Wenn in den kommenden Jahrzehnten die erforderlichen Kohlendioxid-Emissionsminderungen erreicht werden sollen, so sind zwei Strategien zugleich erforderlich:

a) Sparen von Energie durch völlig neue Technologien, wie sie Meyer-Abich als »Leitbild der Energiepolitik« darstellt ([4] Abschnitt 4.2.2) oder wie sie anschaulich im Buch »Faktor Vier« [18] geschildert sind;

b) zunehmender Einsatz von erneuerbaren Energien, wie sie von H. Scheer ([8] und [14]) gefordert und von Alt [19] dargestellt worden sind. Nur beide Strategien zugleich – also Verringerung des Energiebedarfs und Einsatz von Solarenergie (Photovoltaik u. a., aber auch von indirekter Solarenergie wie Wind-, Wasserenergie und Verbrennung von Biomasse) – werden die erforderliche grundlegende Veränderung des Energieeinsatzes in Industrie und Haushalten bringen.

24. Dieses Umsteuern wird jedoch bisher durch eine »Blockadehaltung« in Deutschland weitgehend behindert. (Im Minderheitenvotum in der Enquete-Kommission [4] werden Ursachen und Auswege dargestellt.)

25. Ganz entscheidend ist die Analyse von Scheer bezüglich der Energiestruktur, die zu der Schlußfolgerung führt, daß die Solarenergie an dem Ort, an dem sie benötigt wird, gewonnen und verbraucht werden kann. Das bedeutet nicht weniger, als daß künftig die Energieverbraucher unabhängig von Energiefernleitungen und Energiegroßproduzenten sein *könnten!* Das ist die technische Basis für die Stärkung kommunaler Energieunternehmen und für regional und lokal nachhaltige Entwicklungen (lokale AGENDA 21) in den Industrieländern. Das bietet auch Vorteile in den Entwicklungsländern wie etwa Afrika, die selbst mit Hilfe von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und ihren Entwicklungsprojekten ihre Energiebasis aufbauen könnten und nicht auf große Energiekonzerne angewiesen wären.

26. Gerade Brandenburg könnte verstärkt die Entwicklung und Produktion von Solarenergietechniken fördern. Das wäre günstig für die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe in unserem Bundesland und außerdem eine Exportchance. Jedoch verläuft die Entwicklung in Deutschland zur Zeit gegenläufig. Es besteht die Gefahr, daß Japan und die USA diese Zukunftsmärkte erobern und Deutschland zu spät kommt, bzw. zugelassen hat, daß solche Produktion aus Deutschland ins Ausland verlegt werden (vgl. [21]).

27. Die Gesamtproblematik »Energiepolitik« wurde auf der 1. Energiepolitischen Konferenz der PDS im November 1996 in Hannover erörtert. Grundlage bildete ein Referat von D. Klein »Nachhaltige Entwicklung und Energiewende« [22]. Im Ergebnis der Tagung wurde ein Thesenpapier verabschiedet, in dem u. a. Strategien zum Energiesparen, zum Einsatz regenerativer Energien und zum Ausstieg aus der Atomenergie nachdrücklich gefordert werden.

28. Der Standpunkt der PDS zur Energiepolitik im Lande Brandenburg wurde auf der 4. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS

(Oktober 1996 in Lauchhammer) diskutiert und im Leit Antrag »Wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in der Region Lausitz« [23] dargestellt. Eine Vertiefung dazu ist in der Arbeit von E. Radochla »Energiepolitik und ökologischer Umbau« [24] zu finden.

29. Soll für eine Region/Kommune eine lokale AGENDA 21 aufgestellt werden, so bildet die Energiesituation ebenfalls die Grundlage. Orientiert an den Kohlendioxid-Reduktionszielen muß für die Region die Ausgangslage bezüglich der Emissionen betrachtet werden. Danach sind die Bedürfnisse von Wirtschaft, Haushalt und Verkehr und die eigenen Energieressourcen einander gegenüberzustellen. Daraus ergibt sich für jede Region/Kommune ein ganz typischer Energiemix als Ausgangszustand.

Zum Beispiel: In Dänemark spielen Wind- und Solarenergie eine große Rolle, in Österreich und der Schweiz als Bergländer Wasser- und zunehmend Solarenergie. In Brandenburg müßten es von der Ausgangslage her Braunkohle-, Biomasse-, Wind- und Solarenergie sein. Bequemer war Öl, weshalb es nach der Wende stark genutzt wurde. Aber man muß bedenken, daß Importenergieträger wie Steinkohle, Erdöl, Erdgas an ihren Produktionsorten oft zu Dumpinglöhnen erzeugt und ferner die Transportkosten gar nicht oder nicht vollständig in den Preisen berücksichtigt sind, von der Internalisierung der Umweltschäden bei Produktion und Transport ganz zu schweigen. Solange also die Preise nicht die wahren Kosten widerspiegeln, haben es regenerative Energien und örtlich geförderte Kohle schwer, sich auf dem einheimischen Markt durchzusetzen. Deshalb muß politischer Wille den örtlich möglichen Energiemix unterstützen. Jede Region sollte energetischer Selbstversorger – wenigstens weitgehend – sein können. Von dieser Ausgangslage können dann die Produktionsziele bestimmt und später auch kontrolliert werden.

30. Von entscheidender Bedeutung für die Durchsetzung einer solchen örtlichen Energiepolitik sind die Eigentumsverhältnisse bei den örtlichen Energieversorgungsunternehmen (EVU), das heißt, die Kommunen sollten unbedingt ihr kommunales Eigentum an den EVU behalten, um die Energiepolitik – insbesondere auch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und Einspeisung von Überschüssen an Wind- und Solarenergie – in ihrem Sinne beeinflussen zu können. Außerdem haben viele Kommunen Einnahmen aus den EVU, die sie für die Finanzierung eines attraktiven Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) einsetzen könnten.

IV.2. Zur Problematik der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung

31. Grundlage der Diskussion sollten die Arbeiten zur regional-nachhaltigen Entwicklung (RNE) von Majer [11] und zu Wirtschaftskreisläufen in Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Verkehr von Scheer [9] bilden.

Chancen zur Verwirklichung regionaler Wirtschaftskreisläufe ergeben sich politisch aus der Nutzung der Spielräume, die in den Beziehungen Bund-Länder-Kommunen gegeben sind, aber sie ergeben sich auch aus der Eigendynamik, die der Produktivkraftrevolution innewohnt. Darauf weist H. Nick ([16], S. 34) hin: Die

technik wie – durch Entzifferung des Codes der Erbinformationen – zur Veränderung der Lebewesen auf direkt »konstruierendem Wege«, durch direkte Genmanipulation."

(4) zur Übertragbarkeit der Intelligenz auf technische Mittel: »Der Mensch verliert sein wichtigstes Gattungsprivileg, bisher darin bestehend, daß er allein »Intelligenz« besitzt. Funktionen rationalen Handelns, menschlicher Intelligenz werden in allen ihren Komponenten [...] und deren Verknüpfungen auf technische Mittel übertragbar. Diese Produktivkraftrevolution ist vor allem der Beginn massenhafter Technisierung geistiger Arbeit, einer sich beschleunigenden Vervielfachung geistiger Kräfte über die Dimensionen hinaus, die in der Leiblichkeit des Menschen angelegt sind.«

Zum Begriff »Produktivkräfte« (PK) stellt Nick fest ([16] S. 6): »Wobei unter dem Begriff Produktivkräfte – im Marxschen Verständnis – das System der produktiven Kräfte des Menschen, die Gesamtheit der von ihm im Stoffwechselprozeß mit der Natur in Bewegung gesetzten objektiven und subjektiven Faktoren zu dem alleinigen letzten Zweck, die Mittel für seine Existenz zu gewinnen, menschliches Leben zu verbessern, gefaßt werden.«

Die genannten Probleme sind so geartet, daß sich die Veränderungen im Klima und damit in den natürlichen Lebensbedingungen menschlicher Gesellschaft unabhängig vom Willen des Menschen vollziehen. (Vgl. [17]) Da die Prozesse unabhängig vom Willen des Menschen ablaufen, treffen ihre Wirkungen auch alle sozialen Schichten.

Revolution der Produktivkräfte führe auch zu einer Änderung der Wirtschaftsorganisation, und zwar weg von der Massenproduktion (fordistischer und tayloristischer Prägung) hin zu kleinen und mittleren Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten, die flexibel auf neue Anforderungen reagieren könnten. Auch in der Forschung gebe es eine Tendenz zu kleineren, flexibleren Einheiten. Mit all dem gewöhnen auch die Regionen an Bedeutung.

32. Die Behandlung dieser Problematik mit konkretem Bezug zu den Bedingungen in Brandenburg ist für den zweiten Teil der Konferenz am 6. September 1997 in folgenden Arbeitsgruppen vorgesehen: (1) Bereich Energiewirtschaft; (2) produzierendes Gewerbe unter besonderer Beachtung der Bauwirtschaft; (3) Land- und Forstwirtschaft unter besonderer Beachtung des Bodenschutzes und der Probleme der Landnutzung; (4) Bereich Stadtentwicklung und Verkehr; (5) soziale, kulturelle und ethische Aspekte. Untersuchungen dazu in der PDS Brandenburg stammen z.B. von einer Arbeitsgruppe, der R. Christoffers, H. Markov, W. Thiel und L. Kupitz angehörten [25], zum Thema Verkehr von A. Frenzel (»Ansprüche an ein ökologisch-integriertes Verkehrskonzept« [26]) und zur nachhaltigen Stadtentwicklung von A. Tack [27]. Zum Bereich Land- und Forstwirtschaft empfiehlt sich zum Beispiel das Material der PDS-Bundestagsgruppe »Ohne Landwirtschaft keine gesellschaftliche Zukunft« [28].

IV.3. Der Mensch im Arbeitsprozeß

33. Es muß akzeptiert werden, daß Wirtschaft und Handel globalisiert worden sind. Davon kann man höchstens lokale/regionale Wirtschaftskreisläufe zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Wohnungen, Dienstleistungen (wie ÖPNV) abkoppeln.

34. Es muß ferner akzeptiert werden, daß die Produktivkräfte so entwickelt worden sind, daß objektiv nicht mehr 100 Prozent der verfügbaren Arbeitskräfte benötigt werden, um die Menschheit zu ernähren, zu kleiden und ihr Wohnungen zu sichern.

Der Teil der in der Produktion tätigen Arbeitskräfte unterliegt den globalen Marktgesetzen. Dementsprechend werden national und international starke Gewerkschaften benötigt, um soziale Mindeststandards zu sichern.

Aus der enorm gestiegenen Arbeitsproduktivität ergibt sich in der Produktion eine weitere Verschiebung im Verhältnis zwischen variablem und konstantem Kapital zugunsten des konstanten Kapitals. Darum sollten die Sozialabgaben der Unternehmen nach der Wertschöpfung berechnet werden. Damit würde der Druck, weitere Arbeitskräfte zu entlassen, sinken (vgl. die Rede von Christa Luft auf dem Schweriner Parteitag der PDS 1997).

Auf dem Schweriner Parteitag sind Beschlüsse zur Beschäftigungspolitik, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur erforderlichen Finanzierung – das heißt zur Steuerpolitik – sowie zur dabei erforderlichen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gefaßt worden, die für die sozialen Komponenten des ökologischen Umbaus wesentlich sind ([29], [30], [31]).

35. Der Teil der im erwerbsfähigen Alter befindlichen Menschen, der nicht in der materiellen Produktion benötigt wird, steht

Es existiert für die menschliche Gesellschaft durch die Nutzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse über die globalen Probleme die Anforderung, eine Veränderung im Verhalten einzuleiten. (Vgl. [4]) Seit den ersten Warnungen des Club of Rome in den siebziger Jahren sind mehr als zwei Jahrzehnte vergangen. Darauf weisen Meadow und Meadow in ihrem Buch »Die neuen Grenzen des Wachstums« mit Nachdruck hin. [7] Die Zeit, Veränderungen einzuleiten, wird knapp.

objektiv vor der Chance und Notwendigkeit, sich anderen Aufgaben zuzuwenden. Wie kann verhindert werden, daß auch diese Bereiche unter Marktgesetze und »globale Zwänge« (wie: »Standort Deutschland auf dem Weltmarkt behaupten«) gezwungen werden? Es müssen Verteilungsverhältnisse gesichert werden, die ermöglichen, daß dieser Teil der Arbeitskräfte, der nicht in der Produktion benötigt wird, nicht nur Arbeitslosigkeit als Alternative hat. Arbeitslosigkeit zu bezahlen ist teurer als Arbeit zu bezahlen! Es gilt, den öffentlichen Beschäftigungssektor zu sichern und zu entwickeln (vgl. ebenfalls [29] und [30]).

36. Für beide Gruppen von Arbeitnehmern in der Produktion und auch im öffentlichen Beschäftigungssektor muß im Zusammenhang mit dem ökologischen Umbau auch die Sicherung der Sozialsysteme (Krankenversicherung, Rentenversicherung usw.) erörtert werden.

V. Zu demjenigen Teil der Arbeitskräfte, der nicht in der materiellen Produktion gebraucht wird

37. Dieser Teil der Arbeitskräfte kann und muß sinnvolle Beschäftigung in der Bildung, der Wissenschaft, dem Gesundheitswesen, der Kultur, in diversen Dienstleistungen und bei der Heilung der bisherigen Umweltschäden finden.

38. Dieser Teil der Arbeitskräfte muß den internationalen Marktgesetzen entzogen werden. (Darin ist die Chance enthalten, die nationalen Eigenheiten und die nationale Kultur zu pflegen und zu gestalten.)

39. Dieser Teil der Arbeitskräfte ist im öffentlichen Beschäftigungssektor zu beschäftigen, wobei dieser Beschäftigungssektor in jedem der Staaten (auch der EU-Staaten) zu schaffen ist.

40. Den durch die Produktivkraftrevolution gegebenen Chancen dafür, daß nur ein kleinerer Teil der Arbeitskräfte für Essen, Kleiden und Wohnen aller Menschen gebraucht wird und der größere Teil für Kultur, Dienstleistungen, Bildung und Wissenschaft tätig werden könnte, muß man sich schrittweise durch Umverteilung von oben nach unten nähern: durch regionale Wirtschaftskreisläufe, die arbeitsintensiver sind; durch einen öffentlichen Beschäftigungssektor (vgl. [29] und [30]).

41. So steht auch dies mit nachhaltiger Entwicklung im Zusammenhang: Gerade jetzt muß die Solidarität zwischen alten und jungen, noch arbeitenden und arbeitslosen Menschen gestärkt werden. Das geht nur über aktive Beteiligung des einzelnen in Verbänden, Gewerkschaften, Parteien, um zu dem gegenwärtigen »Manchesterkapitalismus« die nötige Gegenmacht zu bilden. Der Aufschwung der Antiatombewegung in jüngster Zeit, aber auch die Aktionen der Gewerkschaft (Juni 1996, Herbst 1996) sind Zeichen eines Aufbruchs.

Es gibt auch Selbsthilfegruppen, die dem einzelnen Betroffenen helfen, aus der Isolierung, dem Gefühl, nicht gebraucht zu werden, herauszukommen. So gibt es Tauschringe, die als Nachbarschaftshilfe in neuer Form fungieren: in Ostsachsen zum Beispiel den »Sebnitz-Taler« und im Leipziger Raum den »Batzen«. Jedes Mitglied leistet die Arbeit, für die es qualifiziert ist – vom Frisieren über Renovieren

»Angesichts der jetzt erkennbaren katastrophalen Folgen von Tschernobyl und der Pflicht zur nahezu zeitlos sicheren Atommüll-Endlagerung stellt sich zweifellos die Frage, ob und wie ein Politiker, ein Techniker oder ein EVU-Vorstand die Risiken der Atomkernenergie weiter verantworten kann.« ([4] S. 1137)

»Um aus dem anthropogenen Treibhauseffekt ein Argument für die Atomenergie ableiten zu können, muß also in jedem Fall von der ... Notwendigkeit einer Risikoabwägung ausgegangen werden. Wir bestreiten beides: Weder macht es Sinn, ein lebensbedrohendes Risiko durch ein anderes zu ersetzen, noch zwingt der drohende Treibhauseffekt zur Risikostreuung. Unsere Kernthese ist: Die Atomkernenergie ist quasi die »Speerspitze« eines »harten« Energiepfades, der bislang sowohl das atomare als auch das Treibhausrisiko verschärft hat. Innerhalb eines großtechnischen, angebotsorientierten Energiesystems mit Atomkernenergie besteht gar nicht die Wahl zwischen mehr oder weniger Risiko, sondern eine systemimmanente Tendenz zur Risikokumulierung. Nicht trotz, sondern wegen eines effektiven Klimaschutzes muß aus der Atomkernenergie ausgestiegen werden.« ([4] S. 1137)

»Maximale technische Stromeffizienz und KWK-Techniken (Gas und Kohle) sind die kurz- und mittelfristigen Übergangstechnologien für eine langfristig weitgehende regenerative Stromerzeugung (Photovoltaik, Wind, Wasser, Biomasse). Bemerkenswert ist dabei: Während die technische Machbarkeit aller Varianten der Atomenergienutzung (LWR, HTR, Brüter, Fusion) offiziell selten hinterfragt und häufig mit gesellschaftlicher Wünschbarkeit gleichgesetzt wird, herrscht hinsichtlich der Realisierungschancen von risikoärmeren Alternativszenarien erstaunliche technologische Kleingläubigkeit.« ([4] S. 1139)

»Kann aber andererseits ein Ausstieg politisch nicht durchgesetzt werden, könnten sich Befürworter und Gegner der Atomenergie solange blockieren, bis Klima- und Atomkrisen gefährlich kumulieren, vor allem zu Lasten der Dritten Welt und späterer Generationen... Ein Ausweg aus diesem Dilemma ist, solange die Atomkernenergie von einer Regierungsmehrheit gefördert wird, nur dadurch möglich, daß Energiepolitiker, EVU und Umweltschützer alles daransetzen, die Frage nach der (Un)vereinbarkeit von Atomkernenergie und Effizienzrevolution durch ein gemeinsam konzipiertes Einsparprogramm praktisch zu beantworten. Beide Seiten brauchen dabei ihre unterschiedlichen Standpunkte ... nicht aufzugeben Das ökonomische und politische Risiko für »beide Seiten« wäre gering, der ökologische Nutzen groß. Die eine Seite riskiert, daß sie sich mit der Unver-

bis zur Betreuung von Kindern – und bekommt für seine Leistung »Batzen« oder »Sebnitz-Taler« gutgeschrieben. Dafür können von ihm benötigte Leistungen in Anspruch genommen werden. In Sebnitz geht diese Hilfe sogar über die Grenzen hinweg.

42. Relativ wenig hört man von Frauen und ökologischem Umbau. Dabei sind Frauen die Hälfte der Menschheit - es muß gesichert werden, daß sie auch zur Hälfte die Entscheidungen bestimmen. Vgl. dazu den Abschnitt »Frauen« in der AGENDA 21 ([2] S. 218), den Beitrag von Ch. Schenk zum Leit Antrag »Feminisierung der Gesellschaft« zum Schweriner Parteitag der PDS [33] und die Broschüre »Zukunft für Frauen« der AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung [34].

Schlußfolgernd müssen wir uns fragen:

Gibt es Möglichkeiten, eine von Monopolen und Profitdominanz beherrschte Gesellschaft in die Richtung der Nachhaltigkeit zu zwingen?

Was kann dabei Politik?

Was kann dabei »Druck von unten«?

Literaturverzeichnis:

- [1] Beschlüsse des Landesparteitages der PDS Brandenburg: 4. Tagung des 4. Landesparteitages Okt. 1996 Lauchhammer und 1. Tagung des 5. Landesparteitages Febr. 1997 Schöneberg
- [2] AGENDA 21, in: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit »Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente – AGENDA 21«, 285 Seiten, deutsche Übersetzung (o.J.)
- [3] Rolf Kreibich (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung, Leitbild für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft. Beltz Verlag 1996, Weinheim und Basel, 224 Seiten
- [4] Enquete-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre« des Deutschen Bundestages Hrsg.): »Mehr Zukunft für die Erde«, Schlußbericht, Economica Verlag, Bonn 1995, 1540 Seiten
- [5] Ilse. Spahn: Schlußfolgerungen (in Form von Thesen) aus den Ergebnissen der Enquete-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre« und dem »Klimagipfel« März-April 1995 in Berlin, 16 Seiten, unveröffentlichtes Manuskript (bei der Autorin anfordern)
- [6] Rolf Kreibich: Sustainable City – Chance für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung. Vortrag auf der Tagung vom 18.2.97 in Berlin (Tagungsmaterialien)
- [7] Donella und Dennis Meadows, Jorgen Randers: Die neuen Grenzen des Wachstums, ungekürzte Buchgemeinschafts-Lizenz Ausgabe der Bertelsmann Club GmbH, Gütersloh 1992
- [8] Grundsatzkommission der PDS: Nachhaltige Entwicklung – soziale und politische Konsequenzen, Berlin, Dezember 1996
- [9] Herrmann Scheer: Zurück zur Politik, Piper Verlag München/Zürich 1995
- [10] PDS-Positionen für eine soziale und ökologische Reform von Steuern und Abgaben (Beschluß, Schweriner Parteitag), in: Disput-Pressedienst 1/97, Seite 50
- [11] H. Majer: Nachhaltige Entwicklung – vom globalen Konzept zur regionalen Werkstatt, in: WSI-Mitteilungen 4/1995, Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, S. 220-230
- [12] U. E. Simonis: Schumpetersche Botschaft und Rio-Imperativ, in: Grünstift, 11/12 1996 (»Grünstift-Extra«)
- [13] Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien für umweltverträgliche Stoffkreisläufe ... (1994 b); Die Industriegesellschaft gestalten – Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen, in: Deutscher Bundestag BT-Drs. 12/8260, 12.07.1994, 362 S.

[14] Herrmann Scheer: Sonnenstrategie – Politik ohne Alternative, Bertelsmann Club, R. Piper GmbH, München 1993

[15] Arno Peters: Synchronoptische Weltgeschichte, Universum Verlag München

[16] Harry Nick: Produktivkraftrevolution – Chancen und Gefahren, Reihe »Controvers« der PDS, 1995

[17] W. Böhme: Stand der Kenntnisse zu den Fragen der Klimaänderung unter Berücksichtigung der zunehmenden Bedeutung des antropogenen Einflusses auf das Klimasystem, AG Umwelt Brandenburg der PDS, Okt. 1996 (unveröffentlichtes Manuskript)

[18] E. U. v. Weizsäcker u. a.: Faktor Vier, Bertelsmann Club 1995

[19] F. Alt: Die Sonne schickt uns keine Rechnung. Die Energiewende ist möglich

[20] Gerhard Poppei: Finger weg von der Energie der Atome, in: Neues Deutschland vom 6.1.97, S. 12

[21] Herrmann Scheer: Zukunftsmarkt Solartechnologie: Die Herausforderung Europas durch Japan und die USA, in: Solarzeitalter, 8. Jahrgang 1996, Heft 3, Seite 1

[22] Dieter Klein: Nachhaltige Entwicklung und Energiewende. Beiträge zur Wirtschaftspolitik 4/96, Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS

[23] Leit Antrag »Wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in der Region Lausitz« zur 4. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS Brandenburg, Okt. 1996 Lauchhammer

[24] Edeltraud Radochla: Energiepolitik und ökologischer Umbau. Diskussionsbeiträge zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik (hrsgg. von der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg), Februar. 1997

[25] R. Christoffers, H. Markov, W. Thiel, L. Kupitz: Überlegungen zur Gestaltung eines Stabilitäts- und Konsolidierungsrahmens für das Land Brandenburg

[26] A. Frenzel: Ansprüche an ein ökologisch-integriertes Verkehrskonzept (hrsgg. im Auftrag der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg), Dez. 1996

[27] Ohne Landwirtschaft keine gesellschaftliche Zukunft, in: Opposition konkret, PDS im Bundestag

[28] Anita Tack: Leitlinien zur nachhaltigen Stadtentwicklung (Antrag der PDS-Fraktion in der Debatte des Landtags Brandenburg am 19.3.1997)

[29] Vorschläge zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau. Beschlüsse der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS (Schwerin 1997), in: Disput-Pressedienst 1/97 (S. 44-49)

[30] PDS-Positionen für eine soziale und ökologische Reform von Steuern und Abgaben. Beschlüsse der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS (Schwerin 1997), in: Disput-Pressedienst 1/97 (S. 50-54)

[31] Gewerkschaften und PDS. Beschlüsse der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS (Schwerin 1997), in: Disput-Pressedienst 1/97 (S. 55-56)

[32] Blechen mit dem »Sebnitz-Taler«, in: Neues Deutschland vom 24.10.96, S. 3

[33] Feministische Politik für eine demokratische emanzipierte Gesellschaft. Beschluß der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS (Schwerin 1997), Disput 1/97 S. 19-22 u. 25- 27

[34] Zukunftsfähiges Deutschland. Zukunft für Frauen? Memorandum der AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung

einbarkeit von Atomenergie und Sparen geirrt hat. Das Risiko der anderen Seite läge darin, daß der empirische Beweis vorliegen könnte, daß die Atomkernenergie durch risikofreiere Alternativen ersetzt werden kann. In ökonomischer Hinsicht wäre dieses Ergebnis nicht zum Schaden der Energieversorger. Denn die Märkte für NEGA-Watt und risikoärmere Angebotsalternativen sind weltweite Zukunftsmärkte. ... Antizipieren die bisherigen reinen Energieanbieter den zukünftig verschärften Substitutionswettbewerb von Energie durch Kapital und ihren Langfristplanungen, und nutzen sie ihren großen und kommerziell anwendbaren know-how-Vorsprung, dann können sie als Energiedienstleistungsunternehmen (EDU) mit NEGA-Watt-Marketing gutes und klimaverträgliches Geld verdienen.« ([4] S. 1152 und 1153)

GABRIELE ZIMMER

Es geht um mehr als einen Regierungswechsel

Die vor wenigen Wochen veröffentlichten Arbeitsmarktdaten sind auch für Thüringen als politische Bankrotterklärung der Regierenden in Bonn und in Erfurt zu betrachten. Über 231.000 Frauen und Männer, darunter mehr als 53.000 junge Menschen, sind offiziell als arbeitslos registriert. Die Arbeitslosenquote in Thüringen liegt bei 20,3 Prozent.

Selbst für Regionen, die durch eine hohe Pendlerzahl in angrenzende Altbundesländer unterhalb des Landesdurchschnitts liegen, kann die lakonische Feststellung eines Arbeitsamtsleiters nur unterstrichen werden: Die Regionen sind sterbenskrank. Allein aus Südhüringen pendeln durchschnittlich 28.000 Menschen aus, der Großteil in den Landkreis Coburg.

Entlassungen finden in allen Branchen statt, nicht nur, wie immer wieder behauptet wird, in der Bauindustrie. Die zweite Deindustrialisierungsphase hat in Thüringen längst eingesetzt.

Nachdem über das Aus für die in Thüringen ansässige Großindustrie die Zahl der Industriebeschäftigten pro tausend Einwohner unter die Hälfte derer in den Altbundesländern sank, sind es nunmehr die Klein- und Kleinstunternehmer, die in zunehmendem Maße das Handtuch werfen.

Als den Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit pries der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Köckert, die »amerikanischen Verhältnisse«, also das Eingehen mehrerer Beschäftigungsverhältnisse. Offensichtlich wollte er nicht zur Kenntnis nehmen, daß allein 1994 bereits 116.000 nichtsozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse registriert wurden! Die Arbeitsämter vermelden inzwischen einen weiteren drastischen Anstieg der Anträge auf Nebenverdienstbescheinigungen. Wir haben also bereits die »amerikanischen Verhältnisse«, von denen Herr Köckert schwärmt. Immer mehr Menschen, vor allem Frauen, werden im Handel, im verarbeitenden Gewerbe, im Gesundheitswesen, in Land- und Forstwirtschaft, im Bau, im Handwerk in ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse gedrängt.

Auch das Ausbildungs-drama von 1996 findet in diesem Jahr eine weitere Zuspitzung. Unter der Hand verkünden die Kammern, daß sie heuer nur die Hälfte der 1996 organisierten Ausbildungsplätze bereitstellen können. Was also sollte insbesondere junge Menschen in diesem Bundesland halten? Die Aussicht auf Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, Armut, nichttendenwollende Abhängigkeit von den Eltern? Die Thüringer Arbeitsämter können nur die halbe Wahrheit verkünden, wenn sie auf die Zahl der nicht vermittelten Ausbildungsuchenden verweisen. Viele Schulabgänger gehen auf

Gabriele Zimmer – Jg. 1956,
Diplom-Sprachmittlerin;
Mitglied im Thüringer
Landtag, Frauenpolitische
Sprecherin der PDS-Fraktion.
Seit 1990 Landesvorsitzende
der PDS Thüringen, seit
1997 stellvertretende
Bundesvorsitzende der PDS.

der Suche nach einer Lehrstelle gleich in den Westen. Oder – auch das ist ein beunruhigender Trend – suchen sich Ausbildung und Perspektive bei der Bundeswehr.

Wohlweislich enthielt sich Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel anlässlich seines fünfjährigen Amtsjubiläums am 5. Februar einer öffentlichen Bilanz seines Wirkens in Thüringen. Selbst ihm, der sich mit aller Macht um das Image eines Landesvaters auch mit tatkräftiger Unterstützung der Medien bemüht, war es anscheinend peinlich, sich einen Tag vor Verkündung der neuesten Arbeitslosenzahlen feiern zu lassen. Das hindert ihn aber nicht, nach wie vor wie Vogel Strauß den Kopf in den Sand zu stecken und den Realitäten auszuweichen. Noch immer wird die Mär von den 21.000 geschaffenen Arbeitsplätzen als Verdienst der großen Koalition von CDU und SPD, die seit den 94er Landtagswahlen Thüringen regieren, aufrechterhalten. Verschwiegen wird dabei jede Aussage, welcher Art diese Arbeitsplätze sind, inwieweit es sich dabei wirklich um neu geschaffene Arbeitsplätze handelt.

Beide an der Thüringer Großen Koalition beteiligten Parteien haben ihre Wahlversprechen von 94 gebrochen. Von zielgerichteter Wirtschaftsförderung und regionaler Arbeitsmarktpolitik kann keine Rede sein. Nirgendwo herrscht ein größeres Chaos als in der Thüringer Wirtschaftspolitik. 1995 verfielen ganz einfach über 300 Mio DM Fördermittel des Bundes. Wer meint, daß Minister Schuster (CDU) gelernt hätte, irrt. Der Skandal um die Großhandelsgesellschaft »Metro«, die in Bayern ihren Standort aufgibt, dort 700 Arbeitsplätze vernichtet, sich in Thüringen mit 1.000 Arbeitsplätzen ansiedelt und dafür mit Millionenbeträgen aus dem Thüringer Wirtschaftsministerium gesponsert wird, ist in aller Munde.

Was allerdings den Erhalt bestehender Arbeitsplätze oder die Einlösung gegebener Arbeitsplatzversprechen betrifft – da scheint die Thüringer Landesregierung von absoluter Handlungsunfähigkeit geplagt zu sein. Ob bei Doctor Optic in Eisfeld, der Geraer Modedruck GmbH, der Saalfelder Maschinenfabrik – das einzige, was aus Erfurt auch in den letzten Wochen und Monaten immer wieder kommt, ist die Vertröstung der Belegschaften auf imaginäre Investoren. Bleiben diese aus, oder erweisen sie sich als Windeier, dann fühlt sich auch die Landesregierung zu nichts verpflichtet. Das mußten auch die Kalikumpel aus Bischofferode erfahren, denen Wirtschaftsminister Schuster erst kürzlich verkündete, daß über 1997 hinaus die Sondermaßnahmen für Bischofferode nicht mehr weitergeführt werden. Im Klartext heißt das: Bonn und Erfurt brechen ihre Zusage, 800 feste Arbeitsplätze als Ersatz für die Schließung der Kaligrube zu schaffen. In den letzten drei Jahren fanden, so der ehemalige Betriebsratsvorsitzende Gerhard Jüttemann, höchstens 60 Kumpel einen entsprechenden Arbeitsplatz.

Viel schärfer zeichnet sich das Bild in Thüringen jedoch, wenn ein wesentlicher Strich hinzugefügt wird. In einem vom SPD-geführten Sozialministerium offenbar über Monate hinweg zurückgehaltenen Bericht zur sozialen Situation in Thüringen kommen die Autoren zu dem Schluß, daß es nicht allein die klassischen Strukturen von Armut (Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Sozialhilfe ...) sind, die Thüringen heute prägen. Zunehmend erwächst

Armut aus Arbeit, das heißt, immer weniger Menschen sind in Thüringen gegenwärtig in der Lage, ihre Existenz über ein bestehendes Arbeitsrechtsverhältnis zu sichern.

Das Verschweigen dieses Berichtes, die Unfähigkeit der Landesregierung, wirksam struktur- und beschäftigungspolitisch zu agieren, ihre Weigerung, sich auf Bundesebene dafür zu engagieren, daß jede Stunde Arbeitszeit sozialversicherungspflichtig ist und ihr Versagen, auf die Arznei- und Heilmittelbudgetierung bezogen, zu der es in Thüringen noch immer keine Einigung gibt und die, wenn sie wie vorgesehen bis 1994 rückwirkend zur Anwendung kommt, Tausenden Physiotherapeutinnen, Krankenschwestern und Ärztinnen die berufliche Existenz kostet, politisch zu handeln – all das hat die große Koalition in Thüringen immer mehr in die Enge getrieben.

Allerdings geht der Prestigeverlust vor allem zu Lasten der Landes-SPD. Obgleich die Ergebnisse der über zweijährigen großen Koalition durch die beiden Landesvorsitzenden von CDU und SPD, Vogel und Dewes, unterschiedlich bewertet wurden – Dewes verwies zu Recht auf die Weigerung der CDU, die tatsächliche Lage im Freistaat zu analysieren und daraus Konsequenzen für die Politikgestaltung zu ziehen –, meint die SPD, in dieser Koalition die Entwicklung von Politik beeinflussen zu können.

Damit verhält es sich aber offensichtlich so wie mit einem vorwärtsfahrenden Zug, in dem jemand rückwärts läuft: Fahrtrichtung und Geschwindigkeit ändern sich dadurch nicht.

SPD-Landesvorsitzender Dewes erklärt, daß sich seine Partei, solange sie sich in der Koalition mit der CDU befindet, nicht zu einem wechselnden Stimmverhalten im Landtag durch die PDS zwingen lassen werde. So trägt sie letztendlich jede Kabinettsentscheidung mit, auch wenn sie vorher Gegenteiliges gefordert hat. Sie versucht, ihre Anhänger zu halten, indem sie im wesentlichen die Bonner Politik scharf kritisiert und zu den vielen Kröten, die sie auf Landesebene geschluckt hat, einfach schweigt. Bestenfalls ruft sie noch: Haltet den Dieb, und meint damit die PDS. Diese sei als Opposition populistisch, oberflächlich und verfüge vor allem über keine wirtschaftspolitische Kompetenz... Und so wird die SPD in der Koalition verbleiben, bis die CDU ihr die Tür weist, und darauf hoffen, daß die Wählerinnen und Wähler bei den nächsten Landtagswahlen 1999 von ganz allein auf die Idee kommen, die CDU abzuwählen.

So ist es auch kein Wunder, wenn manche Aussagen des neuen SPD-Landeschefs mehr einem Lavieren nach dem Motto, wie halte ich mir nach den nächsten Wahlen alle Türen zur Macht offen, entsprechen. Die Suche nach tatsächlichen Alternativen zum jetzigen Bonner und Erfurter Kurs auf eine andere Republik, scheint taktischem Kalkül untergeordnet zu sein. Das ist bedauerlich, da eine reine Reduzierung auf die Arithmetik von Parlamentssitzen einen möglichen Wechsel in Erfurt verhindern wird.

Trotz dieser kritischen Sicht auf die Rolle der SPD innerhalb der großen Koalition ist zu vermerken, daß mit Richard Dewes als Landesvorsitzendem der SPD ein unverkrampfterer Umgang zwischen SPD und PDS möglich wurde, beide Parteien auf kommunaler Ebene durchaus zusammenarbeiten, allmählich auch gegenseitige Akzeptanz »von unten« wächst.

In Weimar, Erfurt, Altenburg, Suhl und Jena ist da zur Zeit einiges in Bewegung geraten. Gegenwärtig wird in Erfurt die zweite Auflage einer gemeinsamen Kundgebung und ganztägigen Maifete unter dem »Oberhut« des DGB vorbereitet, an der sich SPD, PDS, Bündnis 90/Die Grünen mit eigenständigen Programmen beteiligen und gemeinsam für sich werben. In dieser Form sicher einmalig in der Bundesrepublik Deutschland...

Auf ihrem Dezember-Landesparteitag in Weimar ist es der PDS gelungen, dem drohenden Korsett, das letztendlich allein auf die Fragestellung: Koalieren – Tolerieren – Opponieren hinauslief, zu entschlüpfen. Sie hat deutlich gemacht, daß sie sich als Partei in einer konkreten Verantwortung sieht, die Debatte zu Inhalten alternativer Politik voranzutreiben. Gleichzeitig hat sie die Illusion begraben, daß allein aus der Parteienkonkurrenz heraus weitgehende und überzeugende alternative Lösungsansätze erarbeitet werden können. Es ist doch offenkundig, daß in einer solch komplizierten Situation Parteien kaum in der Lage sind, ein solch komplexes System, wie es die gegenwärtige Gesellschaft ist, zu steuern, zu beherrschen, die Entwicklungsrichtung zu ändern.

Die PDS ging mit der Vorstellung in die Öffentlichkeit, ein »linkes Reformprojekt« anzuschieben, das auf die Veränderung der Parteinahme des Staates hinzielt – weg von der Lobby für jene, die die Millionen einfahren, hin zu denen, die um ihre Existenz bangen und ringen. Weg von der Lobby für die Finanzspekulanten, hin zur wertschöpfenden Arbeit. Weg von der Lobby für den Zentralstaat, hin zur selbstbestimmten Existenz in bürgerbewegten Kommunen.

Ein Grundgedanke, der sich fast zeitgleich in der „Erfurter Erklärung“ wiederfindet und für den der Thüringer DGB-Landesvorsitzende Frank Spieth bereits auf dem Landesparteitag massiv Partei ergriff.

Die Unterzeichner der »Erfurter Erklärung« thematisieren eben nicht das Verhältnis zur PDS als die alles entscheidende Frage, sondern die Notwendigkeit, Menschen aus ihrer Beobachterposition herauszulösen und in die Politik hereinzuholen. Dazu haben die Verfasser viel Zustimmung erhalten. Quer durch Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Bürgerinitiativen. Manchen gingen die Positionen der »Erfurter« zu weit, einige wenige meinten gar, daß mit einer solchen Initiative die Stadt Erfurt Schaden nehme.

Die Thüringer PDS wird auf ihrer Tagung am 19. April versuchen, ihrerseits eine politische Antwort auf die »Erfurter Erklärung« zu geben und zugleich ihr eigenes Angebot für das Zustandekommen eines linken Reformprojektes zu untersetzen.

Wenn zu den Bundestagswahlen 1998 und zu den Landtagswahlen 1999 in Thüringen andere Mehrheiten zustandekommen sollen, dann müssen jetzt überzeugende Alternativen auf den Tisch, um vor allem jene von der Politik des Sozialabbaus, der Demokratieverweigerung Betroffenen, Menschen, die ohne Arbeit und Ausbildung sind, aus der Apathie, dem Gefühl, am Abgrund zu stehen, zu lösen und zum Handeln zu animieren.

In diesem Sinne geht es wirklich um mehr als um einen bloßen Regierungswechsel.

GERT SCHÄFER

Die Oktoberrevolution im Urteil westlicher kommunistischer Dissidenten

I

Der etwas paradoxe Titel meines Beitrages hätte zu Zeiten die nicht nur scholastische Frage nach dem Verhältnis von Orthodoxie, Dissidententum und Ketzerei provoziert. Er ist auch etwas anachronistisch, weil diese Unterscheidungen erst nach und nach ihre ganze Tragweite erlangten. Denn meine Frage war einfach: gab es – von den bekannten Konflikten in der Russischen Partei und von Rosa Luxemburgs Überlegungen einmal abgesehen – frühzeitige, öffentlich geäußerte kritische Würdigungen der Bolschewiki und der Oktoberrevolution, den mit ihr und auf sie folgenden Weichenstellungen, durch gewichtige Repräsentanten einer Kommunistischen Partei oder Strömung des »Westens«? Gefragt werden sollte also nicht nach späteren Konfliktlinien und Debatten, sondern nach zeitgleichen, öffentlichen Beurteilungen.

Gert Schäfer – Jg. 1941,
Dr. phil. habil., Professor für
Politische Wissenschaft an
der Universität Hannover.

Hatte nicht bereits, bei Lenins Ankunft und Empfang auf dem Finnischen Bahnhof, ein Bogdanow, »der direkt unter der Rednertribüne saß, seine ganze Verachtung über die Zuhörer ausgeschüttet: ›Ihr sollt Euch schämen, diesem Unsinn Beifall zu spenden – Ihr bedeckt Euch mit Schmach! Und Ihr nennt Euch Marxisten«. Waren nicht die »meisten bolschewistischen Führer wie betäubt? (...) Der Unwillen entlud sich am nächsten Tag, als Lenin auf einer Versammlung aller Sozialdemokraten eine weitere Breitseite abfeuerte. ›Lenin«, erklärte einer der Bolschewisten, ›hat soeben seine Kandidatur für einen Thron in Europa angemeldet, der dreißig Jahre lang leergestanden hat: Ich meine den Thron Bakunins. Lenin bringt mit neuen Worten die alte Geschichte: es sind die alten abgewerteten Vorstellungen des primitiven Anarchismus ganz von vorn. Lenin der Sozialdemokrat, Lenin der Marxist, Lenin der Führer unserer militanten Sozialdemokratie – dieser Lenin ist nicht mehr!«¹

1 Wilson, Edmund: Auf dem Weg zum Finnischen Bahnhof. Über Geschichte und Geschichtsschreibung (1940), Frankfurt/M. 1974, S. 413.

Der junge Antonio Gramsci hingegen am 24. 11. 1917 im »Avanti« begeistert: »Die Revolution der Bolschewiken (...) ist die Revolution gegen das Kapital von Karl Marx (...). Marx hat das Vorhersehbare vorhergesehen. Er konnte nicht den europäischen Krieg vorhersehen, oder besser: daß dieser Krieg diese Dauer und Auswirkungen haben würde (...). Die Revolutionäre schaffen selbst die notwendigen Bedingungen für die vollständige Verwirklichung ihres Ideals (...). Es wird anfangs ein Kollektivismus des Elends, des Leidens sein. Aber die Bedingungen des Elends und des Leidens sind Erbe des bürgerlichen Regimes. Der Kapitalismus

Diesen Beitrag hielt
Gert Schäfer auf der
Konferenz »Die russischen
Revolutionen von 1917«.

könnte in Rußland sofort nicht mehr tun, als der Kollektivismus zu tun vermag«.²

Erinnert sei an Isaac Deutschers Sätze: »Sinowjew und Kamenew glaubten, daß Lenin und Trotzki die Partei und die Revolution in ein selbstmörderisches Abenteuer stürzen würden. Es ging dabei um einen der größten und aufregendsten Streitpunkte, der je eine Partei auseinandergerissen hat, um einen Streitpunkt, dessen grundsätzliches Für und Wider in anderen Kombinationen bei unzähligen künftigen Auseinandersetzungen stets von neuem auftreten sollte, um einen Streit, über den die Geschichte, unabhängig von seinem unmittelbaren Ausgang, vielleicht noch nicht ihr letztes Wort gesprochen hat. Nach dem Ereignis ist leicht gesagt und versteht es sich von selbst, daß die Befürworter der Erhebung recht und ihre Gegner unrecht hatten. In Wirklichkeit vertrat jede Seite ihre Sache auf eine solche Weise, daß das Richtige mit dem Falschen eine seltene Mischung einging und der realistischen Einschätzung der historischen Möglichkeiten gewichtige Irrtümer gegenüberstanden (...). Sinowjew und Kamenew sahen vor sich nichts als die Katastrophe; und bis ans Ende ihres tragischen Lebens sollten sie vor Scham glühen, wann immer sie an diese Worte erinnert wurden. Lenin und Trotzki stützten sich bei ihrer Beweisführung nicht lediglich, nicht einmal hauptsächlich auf ihre Ansicht vom Kräfteverhältnis innerhalb Rußlands. Sie wiesen sogar noch entschiedener auf die unmittelbar bevorstehende europäische Revolution hin, für die die russische Revolution, wie Trotzki seit 1905-06 behauptet hatte, das Vorspiel sein würde. In dem Antrag, den Lenin am 10. Oktober dem Zentralkomitee unterbreitete, steht als erster der Gründe für den Aufstand: ›die internationale Lage der russischen Revolution (der Aufstand in der deutschen Flotte als höchster Ausdruck des Heranreifens der sozialistischen Weltrevolution in ganz Europa)‹. Er wiederholte diese Ansicht in fast jeder folgenden Erklärung, öffentlich und privat. ›Das Heranreifen und die Unvermeidlichkeit der sozialistischen Weltrevolution unterliegen keinem Zweifel‹. ›Wir stehen an der Schwelle der proletarischen Weltrevolution«.³

Nach dem erfolgreichen Oktober – Koalition oder Parteidiktatur? »Unsere gegenwärtige Losung«, verkündete Lenin, »lautet: Kein Kompromiß, d.h. für eine homogene bolschewistische Regierung«. Sie war weit davon entfernt, homogen zu sein.«Die Spaltung war die gleiche wie in der Aufstandsfrage (...). Die Pressefrage machte das Maß voll. Mit vernehmlichen Grundsatzserklärungen traten die bolschewistischen Oppositionellen in Massen von ihren Partei- und Regierungssämtern zurück. Alle fünf Kritiker Lenins im Zentralkomitee traten aus – Sinowjew, Kamenew, Rykow, Miljutin und Nogin. Gemeinsam erklärten sie: ›Wir können nicht die Verantwortung für diese gefährliche Politik des Zentralkomitees übernehmen, die gegen den Willen eines großen Teils des Proletariats und der Soldaten betrieben wird (...). Wir legen daher die Mitgliedschaft im Zentralkomitee nieder, damit wir das Recht haben, der Masse der Arbeiter und Soldaten offen unsere Meinung zu sagen und sie aufzurufen, unserer Losung zuzustimmen: Es lebe die Regierung der Sowjetparteien! Sofortige

2 Gramsci, Antonio: Philosophie der Praxis. Eine Auswahl. Hg. und übersetzt von Christian Riechers. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, Frankfurt/M. 1967, S. 23 ff.

3 Deutscher, Isaac: Trotzki, I. Der bewaffnete Prophet 1879-1921 (1954), Stuttgart 1962, S. 279f. Vgl. hierzu Monty Johnstone: Wandlungen in Lenins Ansichten über die Notwendigkeit einer demokratischen Mehrheit, in: Lenin. Theorie und Praxis in historischer Perspektive. Hg. von Theodor Bergmann, Wladislaw Hedeler, Mario Keßler und Gert Schäfer, Mainz 1994, S. 67ff., bes. S. 70ff.

4 Daniels, Robert Vincent: Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrußland (1959). Köln/Berlin 1962, S. 87 ff. – die immer noch herausragende Pionierarbeit. Siehe besonders auch den eindringlichen Bericht des Zeitgenossen und Kämpfers Victor Serge: Beruf: Revolutionär. Erinnerungen 1901-1917-1941 (1951), Frankfurt/M. 1967.

5 Hildermeier, Manfred: Die Russische Revolution 1905-1921, Frankfurt/M. 1989, S. 247.

6 Lenin, W.I.: Ausgewählte Schriften. Hg. und eingeleitet von Hermann Weber, München 1963, S. 936f., 1176f., 1093.

7 Kriegel, Annie: Communisme au miroir français, Paris 1974, S. 53.

8 Retzlaw, Karl: Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt/M. 1971, S. 73f.

Verständigung unter dieser Bedingung (...). Schljapnikow, der Volkskommissar für Arbeit, schloß sich dieser Gruppe in einer Erklärung an das Zentralexekutivkomitee an: »Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es notwendig ist, eine sozialistische Regierung aus allen im Sowjet vertretenen Parteien zu bilden(...). Wir erklären, daß es andernfalls nur einen Weg gibt: die Aufrechterhaltung einer rein bolschewistischen Regierung mit dem Mittel des politischen Terrors. Das können und werden wir nicht hinnehmen«.⁴ »Der rüde Umgang mit der Opposition warf den Schatten des Fraktionsverbotes von 1921 voraus«, bemerkte Manfred Hildermeier.⁵

Im März 1919 wird Lenin sagen: »Wir mußten uns fast durchweg tastend vorwärtsbewegen. Diesen Umstand wird jeder Historiker (...) besonders unterstreichen (...). Wir zweifelten nicht daran, daß wir, nach einem Ausspruch des Genossen Trotzki, ein Experiment anstellen müssen«. Und 1923: »Wie ich mich erinnere, hat Napoleon einmal geschrieben: »On s'engage et puis on voit'. Wir haben uns eben zuerst im Oktober 1917 ins Gefecht gestürzt«. Den Kritikern (wie Suchanow) falle »es nicht einmal im Traume ein, daß Revolutionen überhaupt nicht anders gemacht werden können«. Mehr noch: »Wie hätte auch ohne Phantasten in einem solchen Lande die sozialistische Revolution begonnen werden können«.⁶

II

Die Antwort auf die zu Beginn genannte Frage: Fehlanzeigen. Statt dessen, nur zu verständlich, Begeisterung, Hoffnung, Lobpreisung, Sorge, Solidarität, aber auch, wie Annie Kriegel über Frankreich berichtet: »Lenins Revolution, der Bolschewismus: leidenschaftliches Interesse ... später, zu spät – im Jahr 1920«.⁷ Was über Leo Jogiches gesagt wird, könnte zwar auch für andere zutreffen, blieb aber verborgen. Karl Retzlaw (Parteiame Friedberg): »In unserer Spartakusgruppe berichtete Kühn im November, daß Jogiches in einer Sitzung der Zentrale der Berliner Spartakusgruppen (...) die Machtübernahme in Rußland (...) unter Führung Lenins und Trotzki mit heftigen Worten verurteilt habe. Jogiches habe wiederholt erklärt, daß sie sich nicht an der Macht halten könnten, daß die russische Arbeiterbewegung auf Jahrzehnte hinaus zerschlagen werden würde, und daß die Gefahr eines Sieges des deutschen Militarismus bestehe. Jogiches habe auch die Auflösung der Konstituante (...) kritisiert.

Die Sitzung der Zentrale der Berliner Spartakusgruppe, von der Kühn berichtete, fand in Berlin-Neukölln statt (...). Kühn erzählte, daß Jogiches, als er ins Zimmer trat, auf das Bild Lenins zuing, es abnahm und umdrehte, das Gesicht zur Wand. Aber am Schluß der Aussprache habe Jogiches erklärt, es verstehe sich von selbst, daß jetzt die neue Regierung Lenin-Trotzki mit allen Kräften unterstützt werden müsse«.⁸

Zum »Bolschewismusbild der SPD« schrieb Peter Lösche zusammenfassend, es habe »sich in den ersten zwei Jahren nach der Oktoberrevolution geformt (...). In der Auseinandersetzung mit den deutschen Linksradikalen erstarrte der Bolschewismus für die Mehrheitspartei zu einem Fetisch, der mit immer wiederkehrenden, hauptsächlich emotionalen, schon in der Polemik gegen den

Zarismus benutzten Adjektiven und Begriffen versehen wurde, so daß die Wandlung des Bolschewismus vom Leninismus zum Stalinismus in ihrer qualitativen Bedeutung nicht recht reflektiert werden konnte« – »Antibolschewismus als neue Integrationsideologie«. ⁹

Fast ohne Hinzufügung eines Salzkörnchens kann gesagt werden, daß das Bolschewismusbild auf der anderen Seite der Barrikade, im kommunistischen Parteilager nicht nur in Deutschland, spiegelbildlich verkehrt ebenso rasch zu einem Idol, sehr früh auch zum Heroenkult, wurde. Rosa Luxemburg war die Ausnahme. Wieder als Beispiel der junge Antonio Gramsci im Juli 1918: »Das russische Chaos formiert sich langsam in diese Elemente: Es beginnt die neue Gesellschaftsordnung. Eine Hierarchie bildet sich; von der unorganisierten und leidenden Masse kommt man zu den organisierten Arbeitern und Bauern, zu den Sowjets, zur bolschewistischen Partei und schließlich zu einem: zu Lenin«. Gramsci baute darauf, daß Sowjets und bolschewistische Partei »keine in sich geschlossenen Organe« sind, sondern »sich ständig erweitern«, damit sich nicht »eine Kasten- oder Klassenordnung herauskristallisiert«, sondern vielmehr eine »offene Hierarchie«. Ein Jahr darauf: »Die russische Revolution hat bis jetzt über alle Widerstände der Geschichte triumphiert. Sie hat dem russischen Volk eine Plejade von Staatsmännern gegeben, wie sie keine andere Nation besitzt; es handelt sich um ein paar Tausend Menschen (...). Die russischen Kommunisten sind eine führende Schicht ersten Ranges. Lenin hat sich als der größte Staatsmann des heutigen Europa erwiesen (...), der Mann, dem es mit seinem großen Verstand gelingt, alle gesellschaftlichen Energien der Welt zu beherrschen, die im Sinne der Revolution umgewandelt werden können«. ¹⁰

Andere sollten bald für immer dem Magister Pangloss aus Voltaires Satire »Candid oder die beste aller Welten« gleichen, diesem Lehrer der »Metaphysiko-Theologo-Kosmolo-Nigologie«, der stets demonstrierte, daß die Dinge nicht anders sein können als sie sind, und jedes Übel in der besten aller real existierenden Welten ein notwendiges Übel ist...

III

Selbst die wenig später als teilweise scharfe Kritiker der Parteidiktatur und Lenins hervortretenden »Linkskommunisten«, wie Hermann Gorter oder Anton Pannekoek, waren zu Beginn nur hingerissen: »Wie ein leuchtendes helles Beispiel ragt die russische Revolution empor (...). Sie führte der Mann, der immer die Revolution, die soziale Revolution des Proletariats (...) über den Erfolg des Augenblicks gestellt hat, und der sich dadurch über alle Politiker des Proletariats aller Länder seit Marx erhebt: Lenin. (...). Seine Taktik vor, während und nach der Revolution erhebt sich über alles, was das Proletariat bisher politisch leistete. Und gleich Marx lieben wir ihn (...). Er ist der Führer der russischen Revolution. Er soll der Führer der Weltrevolution werden (...). Der Sozialismus kündigt sich an, wird angeführt von einem Herold, dem Sozialismus würdig« usw. ¹¹

Als Pannekoek 1920 vor einem »neuen Blanquismus« warnte,

9 Lösche, Peter: Der Bolschewismus im Urteil der Deutschen Sozialdemokratie 1903-1920, Berlin 1967, S. 250.

10 Gramsci, Antonio: Zur Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, Frankfurt/M. 1980, S. 22, 33f.

11 Gorter, Hermann: Die russische Revolution, 1918, in: Gorter, H./ Pannekoek, A: Organisation und Taktik der proletarischen Revolution. Hg. und eingeleitet von Hans Manfred Bock, Frankfurt/M. 1969, S. 102ff.

der »Auffassung, eine revolutionäre Minorität könne die politische Gewalt erobern und in der Hand behalten«, sprach er wie später ausdrücklich nicht von Rußland, »wo die kommunistische Partei nicht einfach zurücktrat (...), sondern straff ihre Diktatur ausübte und die Revolution mit aller Macht verteidigte«. Vielmehr wandte er sich, wie andere, gegen die in seinen Augen für den Westen, die entwickelten bürgerlichen Gesellschaften, verhängnisvolle »Lehre von der kommunistischen Parteidiktatur«.¹²

12 Der Kommunist, Nr. 27, 1920, vgl. Gorter/Pannekoek, a.a.O., S. 119f.

So auch Gorter in seinem »Offenen Brief an den Genossen Lenin«, die Antwort auf »Der Radikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus«, nun schon mit einer Warnung über mögliche Folgen für Rußland: »Die dritte Internationale glaubt, daß die westeuropäische Revolution ganz nach den Gesetzen und der Taktik der russischen gehen wird. Die Linke glaubt, daß die westeuropäische ihre eigenen Gesetze haben und befolgen wird (...). Für die dritte Internationale sind also die Massen in Westeuropa Mittel. Für die Linke Zweck. Durch diese ganze Taktik (die in Rußland ganz richtig war) treibt die dritte Internationale Führerpolitik (...). Durch diese ganze Taktik führt die dritte Internationale nicht nur die westeuropäische, sondern besonders auch die russische Revolution ihrem Untergang entgegen.«¹³

13 Gorter/Pannekoek, a.a.O., S. 225ff.

Das Verhängnisvolle ist, die russische Not zur allgemeinen kommunistischen Tugend zu erheben – das hatte Rosa Luxemburg gesagt. Was in Rußland bisher ganz richtig war, taugt nicht für den Westen – so läßt sich diese (nicht ihre) Position zusammenfassen. Arthur Rosenberg behielt sie noch in »Demokratie und Sozialismus« (1937) bei, trotz seiner schneidenden Kritik an der Kommunistischen Internationale, der KPD (und an seinen eigenen »Jugendsünden«) spätestens seit 1928, und trotz der Kritik an Lenins »antidemokratischer Tendenz in der Frage der Parteiorganisation« sowie dem »merkwürdigen inneren Gegensatz seiner Weltanschauung (...), der es Lenin möglich machte, später zunächst in einem Räteystem die radikalste Form einer volkstümlichen demokratischen Selbstregierung zu entwickeln und dann bald darauf durch seine Parteidiktatur seine eigene neue Demokratie wieder zu erschlagen«.¹⁴

14 Rosenberg, Arthur: Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre (1938). Frankfurt/M. 1962, S. 281f.

»Wenn im Herbst 1917 auch Lenin gescheitert wäre, dann wäre in Rußland nicht eine ruhige demokratische Entwicklung, sondern ein grauenhaftes anarchisches Chaos gekommen«, schrieb er in seiner »Geschichte des Bolschewismus« 1932. »Als in Rußland der Bürgerkrieg vorüber war, hatte zwar die Revolution über ihre Feinde gesiegt, aber zugleich hatte das russische Volk seine neugewonnene, in Räten verkörperte demokratische Freiheit verloren, und die allmächtige bolschewistische Parteidiktatur war von Petersburg bis zum Stillen Ozean begründet«. Und »gerade weil Lenin die Wendung vom Kriegskommunismus zum Staatskapitalismus vornahm, lehnte er jedes Zugeständnis an irgendeine Demokratie hartnäckig ab«. »Aber gerade die nationalrussischen Erfolge der Bolschewiki mußten ihre internationalen Mißerfolge nach sich ziehen (...). Die bolschewistische Lehre und Methode war für das Rußland des Zaren ungeheuer fortschrittlich. Aber sie war reaktionär für die westlichen Industrieländer, wo die bürgerliche

Revolution im wesentlichen vollendet ist«. ¹⁵ 1939 wird er dann formulieren: »Die ›Form‹ einer nationalen Kultur ist das Produkt einer langen historischen Entwicklung, und wenn Stalin den proletarischen ›Inhalt‹ in diese historische nationale Form hineingießen will, so ist das Resultat weiter nichts als eine Etappe der historischen nationalen Kultur. Die Führung der nationalen Kultur (...) geht jetzt auf die regierende Bürokratie des Bolschewismus und die (...) neue Intelligenz über. Auf jeden Fall ist damit die Brücke vom Bolschewismus zur historischen russischen Nationalkultur gebaut«. ¹⁶

IV

Pannekoek schrieb im April 1920: »Als die russische Revolution noch jung war und schwach und ihre Rettung von dem baldigen Ausbruch der europäischen Revolution erwartete, herrschte eine andere Auffassung über ihre Bedeutung. Rußland ist, so hieß es damals, nur ein Außenposten der Revolution, wo durch eine zufällige Gunst der Umstände das Proletariat so früh die Macht ergreifen konnte; aber dieses Proletariat ist schwach und ungebildet und verschwindet beinahe in den endlosen Bauernmassen. Das Proletariat des wirtschaftlich rückständigen Rußland kann nur zeitweilig voranschreiten; sobald die Riesenmassen des westeuropäischen Proletariats aufstehen werden, mit ihren Kenntnissen und ihrer Durchbildung (...), dann wird man ein Aufblühen des Kommunismus erleben, neben dem der dankenswerte russische Anfang doch nur schwach und dürftig erscheinen würde. Wo der Kapitalismus seine höchste Kraft entfaltet – in England, in Deutschland, in Amerika – (...), da lag der Kern und die Kraft der neuen kommunistischen Welt.

Diese Auffassung hielt keine Rechnung mit den Schwierigkeiten der Revolution in Westeuropa (...). Zur selben Zeit blüht im Osten, in Rußland, die Wirtschaft in der kommunistischen Ordnung empor (...). Das wird ja nicht der erste Fall in der Weltgeschichte sein, daß bei dem Übergang zu einer neuen Produktionsweise – oder einer ihrer Phasen – das Zentrum der Welt nach anderen Gegenden der Welt verlegt wurde (...). Man sieht diese Weltrevolution nicht in ihrer vollen universellen Bedeutung, wenn man sie nur vom westeuropäischen Gesichtspunkt betrachtet. Rußland ist nicht nur der östlichste Teil Europas, sondern – nicht nur geographisch, sondern auch ökonomisch-politisch – in viel höherem Maße der westliche Teil Asiens. Das alte Rußland (...) war das am weitesten nach Westen liegende jener politisch-wirtschaftlichen Gebilde, die Marx als ›asiatische Despotien‹ bezeichnete (...). Die russische Revolution ist der Anfang der großen Revolte Asiens gegen das (...) westeuropäische Kapital (...). Und wenn endlich am Ende des schweren Ringens die europäischen Arbeiter, tief erschöpft, im klaren Morgenlicht der Freiheit stehen, grüßen sie im Osten die befreiten Völker Asiens und reichen sich die Hände in Moskau, der neuen Hauptstadt der Menschheit«. ¹⁷

Hier klingt auch im »Westen« die von Lenin zuletzt betonte Auffassung »Über unsere Revolution« (1923) an: »Erstens: die Revolution, die mit dem ersten imperialistischen Weltkrieg zusammenhängt. In dieser Revolution mußten neue und namentlich durch

15 Rosenberg, Arthur: Geschichte des Bolschewismus. Von Marx bis zur Gegenwart (1932). Mit einer Einleitung von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt/M. 1966, S. 136, 152, 189f., 260.

16 Das Geschichtsbild des Bolschewismus, in: A. Rosenberg, Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Studien, hg. und eingeleitet von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1974, S. 183.

Vgl. hierzu G. Schäfer: Die Bedeutung des deutschen Überfalls für die sowjetische Gesellschaft, in: Hans-Heinrich Nolte, Hg., Der Mensch gegen den Menschen. Überlegungen und Forschungen zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941, Hannover 1992, bes. S. 197ff.

17 Weltrevolution und kommunistische Taktik, in: Gorter/Pannekoek, a.a.O., S. 155ff.

den Krieg modifizierte Züge in Erscheinung treten«. »Zweitens (...), daß Rußland, das an der Grenze der zivilisierten Länder (...) liegt, der Länder des gesamten Ostens, der außereuropäischen Länder, (...) eben deshalb einige Eigentümlichkeiten aufweisen konnte und aufweisen mußte. Es sind Eigentümlichkeiten (...), durch die sich aber die russische Revolution von allen vorangegangenen Revolutionen der westeuropäischen Länder unterscheidet und die teilweise beim Übergang zu den Ländern des Ostens gewisse Neuerungen mit sich bringen«.¹⁸

In seiner letzten, posthum veröffentlichten Schrift schrieb Eugen Varga Anfang der 60er Jahre, Lenins Wort vom Imperialismus als dem Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats habe sich leider nicht bestätigt, »weder in den 20er Jahren noch in den 40 folgenden Jahren; bis jetzt ist die Revolution in keinem Land des ›klassischen Kapitalismus‹ ausgebrochen (...). Lenin, dem alle diese Tatsachen nach und nach bewußt wurden, gab kurz vor seinem Tod in seinem Artikel ›Über unsere Revolution‹ vom Januar 1923 eine andere Erklärung der Oktoberrevolution, die mit der Wirklichkeit besser übereinstimmte (...). Es handelte sich offensichtlich (...) darum, daß Rußland mit seiner Revolution einen neuen Typus nationaler Entwicklung eröffnet hat, einen Weg des Übergangs zum Sozialismus, der den eigentlichen Kapitalismus vermeidet, und so den anderen halbkolonialen oder auch kolonialen Ländern (...) ein historisches Beispiel gegeben hat«. Freilich, dieser »russische Weg des Übergangs zum Sozialismus« führte zur »Diktatur der parteibürokratischen Oberschicht« und zu einer »schlechten Karikatur des Sozialismus«.¹⁹

Der Historiker Dietrich Geyer gelangte vor dreißig Jahren, vor allem Theodore von Laue folgend, zu einem ähnlichen Resultat: die »russische Revolution« als »neuer Typus moderner Revolution« in »jenem weiten Raum agrarischer Gesellschaft, der ohne konsistentes Bürgertum wie überhaupt ohne moderne gesellschaftliche Klassen geblieben war (...). Dabei kommt es darauf an, die entbundenen Massenbewegungen durch den Apparat, den Funktionär, durch Erziehung und Arbeitszwang zu erfassen und sie den programmierten Entwicklungs- und Modernisierungszielen verfügbar zu machen«.²⁰ Hier ging es nicht allein um den Bau eines neuen Leviathan, so Theodore von Laue, sondern um nachholende Industrialisierung gegen die kapitalistische Welt, zugleich »um die Rekulturation eines ganzen Volkes bis in das Herz der Individuen hinein«, »ein Krieg gegen darbennde Massen in deren eigenem Namen«, ein Beispiel jener Paradoxien, die sich aus der »Umwandlung des Marxismus in eine Mobilisierungstheorie für rückständige Länder ergeben haben«.²¹ »So gesehen, verdankte sie (die Revolution) sich in der Tat ›einer Art Irrtum des Kolumbus‹ (M. Malia)«.²²

Wie nicht wenige rückblickende Historiker neigte Dietrich Geyer dazu, nach der Devise post hoc propter hoc die Entwicklung, mit dem Oktoberaufstand beginnend, als ebenso folgerichtig wie unvermeidlich anzusehen. Er beschönigt nichts, versinkt aber in der von Hegel beschriebenen Nacht der Unterscheidungslosigkeit, worin alles nur gleich ist. Mögliche Alternativen und Varianten der

18 Ausgewählte Schriften, a.a.O. (s.o. Anm. 6), S. 1174.

19 Varga, Eugen S.: Der Russische Weg zum Sozialismus und seine Ergebnisse, in: Varga, Bettelheim, Maccio: Sowjetunion und China. Zwei Wege des sozialistischen Aufbaus, München 1970, S. 10ff., 39, 48.

20 Geyer, Dietrich: Die Russische Revolution. Historische Perspektiven und Probleme, Stuttgart usw. 1968, S. 138f. Ebenso Bahro, Rudolf: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Frankfurt/M. 1977, bes. S. 120, 136f. Zur Kritik vgl. G. Schäfer: Der Tyrann: J. W. Stalin, in: ders., Gewalt, Ideologie und Bürokratismus. Das Scheitern eines Jahrhundertexperiments, Mainz 1994, bes. S. 145ff.

21 Laue, Theodore von: Stalin in Focus, in: Slavic Review, 1983, Nr. 3, S. 373ff.

22 So M. Hildermeier, a.a.O. (s.o. Anm.5), S. 307.

Entwicklung, Unterschiede, die buchstäblich eine Frage von Leben und Tod für Abermillionen sein können, versinken in der blutigen Nacht einer zur Unvermeidlichkeit stilisierten geschichtlichen »Fatalität«.²³

Dennoch trifft zu, was er auch schreibt: »Solange es nicht möglich wurde, das neue Rußland aus seiner Isolierung herauszuführen und in den größeren Zusammenhang einer revolutionär verwandelten Welt einzufügen, solange wurde auch der Sozialismus dort nicht frei (...). Der Spartakusbund hatte 1918 (angesichts von Brest-Litowsk, vgl. bes. auch »Die Russische Tragödie«, Spartacus Nr. 11 vom September 1918, G.S.) an die Bolschewiki appelliert, lieber den Tod, den Untergang zu wählen, als eine fragwürdige Sicherheit, die den Sozialismus selbst diskreditieren müsse. Aber die Selbstaufgabe, die hier empfohlen wurde, um die Ehre der Revolution reinzuhalten, war den Bolschewiki schlechterdings nicht abzuverlangen (...). Auch der Untergang hätte eine Flucht bedeutet, die Kapitulation vor den Problemen, die in Rußland nun von allen Seiten auf die Oktoberrevolutionäre zukamen (...). Mit ihrer Revolution aber sind sie allein geblieben (...). Umgeben von einer feindlichen Welt wollte es nicht gelingen, das Notstandsregime der bolschewistischen Parteierrschaft abzubauen und die Ideen der sozialistischen Demokratie in einem Land einzulösen. So geschah es denn, daß nicht Demokratisierung, sondern die progressierende Verfestigung des bürokratischen Herrschaftsystems zur Signatur der sowjetischen Geschichte geworden ist.« »So mag es nach 50 Jahren wenig Anlaß geben, in der sowjetischen Geschichte eine Fehlentwicklung zu sehen, die allein den Bolschewiki zugeschrieben werden könnte.«²⁴

Das ist wahr – aber wahr ist auch, daß unter diesen Bedingungen, wie Varga am Ende seines »Testamentes« formulierte, sei es in zwanzig, sei es in hundert Jahren »nur eine Karikatur von Kommunismus möglich« sein kann.²⁵

V

Als die KPD, wie Wolfgang Abendroth sagte, nach dem März 1921 mit Paul Levi »ihren bedeutendsten Führer«²⁶ durch Ausschluß »wegen Disziplinbruchs« verloren hatte und dieser sich entschied, Rosa Luxemburgs Kritik der russischen Revolution zu veröffentlichen, schrieb er am 23. September 1921 an Clara Zetkin: »Liebe Genossin Clara, (...) Sie sehen keinen sachlichen Grund für eine Kritik der Bolschewiki, und halten es immer noch damit, man müsse weiterschweigen (...). Wenn wir jetzt schweigen würden, würden wir Rußland nicht helfen und am Kommunismus eine Todsünde begehen. Denn, liebe Clara, das sage ich offen: das Gepäck, das die Russen dem Kommunismus augenblicklich aufladen, könnten wir Kommunisten in Deutschland (...) kaum durchschleppen, wenn wir noch eine kommunistische Partei hätten – Gott vergeb's mir, wenn ich die jetzige nicht dazu zähle. Wo aber der Kommunismus in Deutschland und Europa in dem Zustand ist, wie er nun einmal ist (...), bringt uns das Gepäck um.«

»Rosa stand nun einmal – das läßt sich nicht leugnen – in gewissen Fragen im Gegensatz zu den Bolschewiki, gerade diese Fragen

23 D. Geyer, a.a.O. (s.o. Anm. 20), S. 128.

24 Ebda, S. 128f. Vgl. Schäfer, G.: Die Sozialwissenschaften und das Ende des sowjetischen Wegs zum Sozialismus, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 1992, Heft 1, S. 83ff.

25 Varga, a.a.O. (s.o. Anm. 19), S. 49.

26 Abendroth, Wolfgang: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1965, S. 100.

hat der Gang der russischen Revolution in den Vordergrund geschoben (...). Es finden sich ja im letzten literarischen Dokument Rosas, dem Spartakusprogramm, noch Sätze genug, von denen keiner besser weiß als ich, wem sie auf den Leib geschrieben waren (...). Die Russen haben nun eine bequeme Methode. Wer etwas sagt, ist ein Menschewist«. ²⁷

27 Levi, Paul: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Hg. und eingeleitet von Charlotte Beradt, Frankfurt/M., Wien 1969, S. 136ff.

»Levi war einer der ganz wenigen deutschen Sozialisten gewesen, die sich schon vor der Machtübernahme durch die Bolschewiki unbedingt für Lenin erklärt hatten«, rief Arthur Rosenberg ins Gedächtnis. Paul Levi hatte »begonnen, zugleich mit den Fehlern der deutschen Partei auch die Mißstände in der Exekutive zu schildern und sachlich über die Lage in Sowjetrußland zu sprechen. Er wollte also die mythologische Verehrung alles dessen, was in Rußland geschah, nicht mitmachen. Deshalb war er in der Kommunistischen Internationale nicht möglich«²⁸ – »als westeuropäische Abweichung«, wie (nicht nur) »ein Witzwort sagte« (Charlotte Beradt).²⁹

28 Rosenberg, A.: Geschichte des Bolschewismus, a.a.O. (s.o. Anm. 15), S. 215.

29 Beradt, Charlotte: Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969, S. 47.

»Als Paul Levi (1930) nicht mehr am Leben war (...) und der gesamte Reichstag, wie üblich, einen Nachruf zu seinen Ehren stehend anhörte, gingen die Abgeordneten der Kommunistischen Partei, die er mitbegründet und geführt hatte, geschlossen hinaus, begleitet nur von einer Partei, den Nationalsozialisten (...). »Selbstmord eines Landesverrätters«, schrieben die Rechtsradikalen (...), »er hat seinen eigenen Rassegeruch nicht ertragen können, ist zum Fenster gestürzt«, der »Stürmer« (...). »Kaum einer haßte die Revolution so fanatisch, wie Levi es tat«, nun habe der »Renegat aus Überzeugung« sich aus dem Fenster gestürzt, schrieb die »Rote Fahne« (...). »Er war ein internationaler revolutionärer Sozialist aus Rosa Luxemburgs Schule, hat es nie verleugnet«, so Carl von Ossietzky in der »Weltbühne«. ³⁰ Erneut ein schreckliches Unglück für die Arbeiterbewegung und die deutsche Republik, nannte Arthur Rosenberg den Tod Paul Levis. »In den letzten Jahren war Levi als proletarischer Staatsmann ununterbrochen gewachsen. Er vertrat eine ebenso reale wie entschlossene Politik (...). In der kommenden Krise hätten entscheidende Teile des deutschen Proletariats auf Levi gehört«. ³¹

30 Beradt, ebenda, S. 61, 148, 150.

31 Rosenberg, A.: Geschichte der Weimarer Republik (1935), hg. von Kurt Kersten, Frankfurt/M. 1961, S. 196.

Im Vorwort von »Die russische Revolution« schrieb Levi im November 1921, der Zeitpunkt der Veröffentlichung werde »durch die Tatsache« bestimmt, »daß die Herrschaft der Bolschewiki in Rußland heute gesicherter ist denn je und so sicher sie überhaupt sein kann, solange nicht das westliche Proletariat Rußland aus seiner Isolierung befreit«. Sodann »wird der Zeitpunkt bestimmt durch die Tatsache, daß die jetzige bolschewistische Politik von den schwersten Folgen für die Arbeiterbewegung Europas begleitet sein wird und alles getan werden muß, die Selbständigkeit der Kritik an den russischen Vorgängen zu fördern (...). Die Rote Fahne wird schreien: Antibolschewismus! Dies vermag ich nicht zu wenden«. ³² Levi in »Unser Weg« 1922: »Wir glauben, daß eine sozialistische Arbeiterpartei es nicht unterlassen darf, Kritik zu üben an dem, was in Rußland heute geschieht und was, wenn es unkritisch geschehe, den Sozialismus auf Generationen diskreditieren würde«. ³³

32 Levi, P.: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, a.a.O. (s.o. Anm. 27), S. 97.

33 Ebenda, S. 173.

Und 1927, »nach 10 Jahren«: »Die Erhebung der Proletarier von 1917 ist verflogen, die einen stehen enttäuscht, die anderen verbittert, die einen trauern gesenkten Hauptes, die anderen mit beschimpfenden Worten. Durch die Reihen derer selbst, die das Werk von 1917 getragen und deren Tat darum in die Bücher der Geschichte geschrieben ist, geht der Riß, und die gestern noch beieinander saßen, werden bald durch Kerkermauern voneinander geschieden sein und vielleicht durch mehr (...). In schauerlicher Hast rollt die Tragödie dem Schlußakt zu. Mögen klirrende Ketten, mögen hallende Schüsse der letzte Laut sein, der der Welt vom Schicksal der russischen Opposition Kunde gibt: politisch steht das Problem schon in völliger Entwicklung vor uns (...). In dieser völlig verkehrten und verfehlten Theorie von der ›Rolle der Partei‹, von der Allmacht eines Zentralkomitees in der Partei, von der Gottähnlichkeit von ein paar Bonzen: in ihr liegt der Anfang und das Ende von dem beschlossen, was jetzt in Rußland vor sich geht. Nicht der Sozialismus und nicht das Proletariat haben in Rußland bankrott gemacht: Bankrott hat in Rußland eine Schule gemacht«. ³⁴ – Zu allem Unglück sollte es hier wie dort bald noch schlimmer kommen...

34 Ebenda, S. 153ff.

STEFAN AMZOLL

Kampf um den ungespielten Oktober. Porträt des sowjetischen Dokumentarfilmers Dsiga Wertow

Logismus der Abirrung

»Früher oder später wird auch die Literatur ihre Ketten sprengen, sich vom Geiste des Kommunismus läutern und wieder als echte Kunst aufblühen.« Der Sinn und Unsinn dieser Zeilen, entnommen einer Warnschrift vor dem sowjetischen Kommunismus von 1931, entspricht dem Zeitgeist der neunziger Jahre: Ein Teil der Welt verfehlte den Ariadnefaden und irrte in dem Labyrinth des Bolschewismus umher, nun kehren die verlorenen Söhne und Enkel zurück. Solch monokausale Geschichtslogik befragt nicht die Verschiedenartigkeit der Welt, sie nimmt die Widrigkeiten des Sowjet-Systems als durchgängiges Prinzip, als hätten lediglich Bedingungen der Abirrung vom normalen Strom, der Fehlleitung und Knebelung gewirkt, unter denen eine riesige menschliche Landschaft verfiel. Wie ein furchterregendes Weltgefüge, in dem es keinen Orpheus, kein Singen gegeben hat, muß danach die Wirklichkeit einer zeitweilig außerordentlich geschichtsmächtigen Epoche erscheinen.

Aber diese Logik weist ebenso scharf diejenigen politischen Kulturen von sich, die seit 1917 mit der russischen Revolution verbunden waren. Nicht zu reden von der steigenden Zahl kritisch-produktiver Revolutions- und kommunistischer Künstler der UdSSR, welchen, folgte man jenem fatalen Determinismus, schlagartig das Rückgrat gebrochen würde – wie den Leninstatuen, deren Trümmerreste den Enttäuschten heute noch um die Ohren sausen.

Der Name Bolschewismus, von den »Mehrheitlern« unter Lenin abgeleitet, war da, bevor der entmachtete russische Reichtum vor der Revolution die Flucht ergriff und die übrigen Besitzenden Europas und der Welt ihn stotternd, mit Entsetzen und Ekel, zur Kenntnis genommen hatten. Die Nazis entwickelten an dem russischen »Zerstörungswerk« perfekt das Feindbild Nummer eins, demonstrierend die Legende vom jüdischen Bolschewismus als dem »absoluten Vergehen« seit dem jüngsten Tag. Fünfzig Jahre später genügte dem einstmaligen US-Präsidenten Ronald Reagan der Tausch der Worte, um Kommunismus/Bolschewismus mit dem »Reich des Bösen« zu identifizieren.

Wertow und der Oktober

Die Persönlichkeit Dsiga Wertows ohne die Revolution, ohne Lenin zu sehen und zu werten – ein Unding. Man muß sich bei ihr

Stefan Amzoll – Jg. 1943, studierte von 1968 bis 1972 Theater- und Musikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er arbeitete im Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR als wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 1977 als Musikredakteur und Redaktionsleiter bei Radio DDR II. Promovierte 1987 über kulturelle Aspekte des Rundfunks der Weimarer Republik. Nach der Wende Chefredakteur des Kulturprogramms Radio DDR II, nach 1990 Programmleiter von DS Kultur. Seit 1992 als freier Publizist tätig.

auf einiges einlassen. Wertow ist der erste bolschewistische Kinematograph der Filmgeschichte und zugleich filmästhetischer Innovator von Rang. Das Trachten dieses Mannes war mit der Physiognomie der Oktoberrevolution, Lenins, der Revolutionskunst verwoben wie bei keinem anderen Filmemacher seiner Generation. Wertows Name steht in der Reihe mit denen Eisensteins, Pudowkins, Dowshenkos, Kuleschows. Zu seinen Lebensbedingungen gehörte das Wirken der kompletten frühen Garde sowjetischer Dokfilmer. Befreundet war er mit El Lissitzky, Rodtschenko, Michael Kolzow; ein prominenter Teil der Avantgarde des Auslands fühlte sich ihm zugetan: Hans Richter, Walter Ruttmann, Laszlo Moholy-Nagy, Hanns Eisler oder Kurt Schwitters. Charlie Chaplin bewunderte seinen Film »Donbass-Symphonie«. In der »LEF« (Linke Front der Künste) konnte sich Wertow – trotz mancher Differenzen – der Solidarität bedeutender Exponenten revolutionärer Kunst versichern.

Würde die bolschewistische Revolution mitsamt ihrer Kunst als »ein Fehler der Geschichte« gelten, müßte Wertow – paradox – als ein Fehler der Filmgeschichte gelten. Gleichfalls würden Ideen, die Revolution nachträglich als ein abnormes Zufallsprodukt und gemeines Werk von Verschwörern hinzustellen, tief ins Fleisch der Biographie des Künstlers schneiden. Grotesk, Wertows politische Überzeugungen irgendwelchen Verschwörungsideologien oder anderen Teufeleien zuzuschlagen. 1918 gab er als Parteizugehörigkeit an: »Parteilos. Ich sympathisiere mit den Anarcho-Individualisten.« Ein verschwörerisches Indiz ist das nicht, wohl aber Kennzeichen eines individualistischen Künstlers mit herrlich verrückten Ideen. Das KP-Parteibuch dürfte er mit einiger Sicherheit nie besessen haben. Das ist auch nicht der Punkt. Wertows Produktionsaktivität lief sowieso konform mit dem großen Strom der Kulturrevolution. Der Bürger Wertow indes schien eher ein unpolitischer und vorsichtiger Zeitgenosse gewesen zu sein. Das belegen die bisher veröffentlichten Tagebücher des Künstlers.

Film auf dem Prüfstand

Die Faszination der Wertowschen Filmarbeit blieb nicht auf die zwanziger und dreißiger Jahre beschränkt. Jean-Luc Godard, filmisches Energiebündel des Pariser Mai 1968, und seine »Groupe Dziga Vertov« rissen die vergessene Erbschaft auf ihre Weise in den Kontext von Revolten und Utopien. Um diese Zeit suchten rebellierende Studenten der Filmakademie in Westberlin vergeblich, ihrer Schule den Namen »Dsiga Wertow« zu geben. Die Wertow-Rezeption in der UdSSR und in der DDR begleiteten seit den sechziger Jahren Veröffentlichungen von Schriften und Filmen des Dokumentaristen durch couragierte Filmwissenschaftler wie Sergej Drobaschenko und Hermann und Ruth Herlinghaus. Das »Wiegenlied«, mit dem der Filmpoet 1937 den Kult um Stalin fast bis zur Führerparodie ins Bild rückt, löste insbesondere die kritische Aufarbeitung während der neunziger Jahre aus. Ein Teil ihrer Protagonisten geht, etwa durch Vergleiche mit Leni-Riefenstahl-Filmen der NS-Zeit, mit dem Gegenstand allerdings unseriös und schludrig um.

Die laufenden Film- und Mediendebatten im heutigen Rußland lenken zu Recht den Blick zurück auf das Jahr 1917 und auf die Stalinzeit. Mit den meisten damaligen Avantgardekünstlern, welche ihre Arbeit freiwillig auf ideelle Grundzüge von Revolution und Stalinepoche verpflichtet haben, steht auch Wertow zur Debatte und – seine Lebensleistung zur Disposition. Im Prüffeld kursiert bisher ein vergleichsweise kleiner Teil des Archivmaterials, zuoberst liegt die »am meisten politisch angehauchte Schicht«. Das dürfte sich ändern mit dem Erscheinen der von Thomas Tode und Alexandra Gramatke herausgegebenen »Tagebücher und Arbeitshefte« von Dsiga Wertow im Walter König Verlag Köln.

An Wertows ebenso intelligenter wie aufrichtiger politischer Ästhetik scheiden sich derzeit die Geister. Seine Filme der stalinistischen Epoche hinterlassen eine ziemliche Verwirrung.

Jugendphantasien

Dsiga Wertow, am 2. Januar 1896 in Bialystok geboren, startet in die Filmgeschichte aus einer phantasievollen Jugend heraus. Phantasievoll, weil seine Vorstellungswelt häuslicherseits literarisch und musikalisch geprägt ist. Mit nicht einmal zehn entwirft er bereits einen phantastischen Roman und kapriziert sich auf populärwissenschaftliche Essays, mit zwölf veröffentlicht er Gedichte in der Lokalzeitung. An der Musikschule in Bialystok studiert Wertow in den Jahren 1912 bis 1915 Geige und Piano. Obwohl noch ganz naiv, enthalten jene ersten poetischen Versuche schon Ansätze, welche den künftigen Filmpoeten ahnen lassen. Später hat Wertow die eigenwilligen Poetiken und Gedichte Majakowskis und Chlebnikows aus den zehner Jahren begeistert aufgenommen und darin manche Anregung für die futuristische Ausprägung seiner frühen Manifeste gefunden.

Fraglos ist Wertows musikalische Herkunft ein Ferment für seine späteren filmischen Entdeckungen. Als der elanvolle Mann 1916/17 in St. Petersburg Medizin am »Psychoneurologischen Institut« studiert – unter den dort Studierenden befinden sich der spätere Publizist Michail Kolzow, die Filmregisseure Abram Room und Grigori Boltanski, der Schriftsteller Isaak Babel –, führt er futuristische Tonexperimente durch. Mit einem alten Phonographen zeichnet er Sprache, Klänge, Geräusche auf und montiert sie.

Der kommende »Montageur« schaut auch aus dem Gedicht »Start« (1917). »Start«, wie Majakowskis Verse treppenförmig angeordnet, gibt buchstäblich das Startkommando für den Lauf des Wertowschen Filmlebens. Es ruft auf, sich rigide abzuwenden von Filmen à la Gaumont und Pathé:

»Weder Pathé,/noch Gaumont/Das ist es nicht,/es geht nicht darum!/Der Welt Augen geben,/um einen normalen Hund zu sehen/mit Pawlowschen Augen./Ist Film Film?/Wir sprengen den Film in die Luft,/um/Film/sehen zu können.«

Potenz des Futurismus

1922 gründet Wertow die »Kinoki-Gruppe«, mit der er 23 Folgen der »Kino-Prawda« produziert. Schon vorher dreht er für die

»Kinonedelja« Filme zu mannigfaltigen Themen des Alltags und der Revolution. Wertow berichtet, er hätte mit der historischen Chronik »Jahrestag der Revolution« (1918) sein »erstes Produktionsexamen« abgelegt. Zur experimentellen Studie gerät die »Schlacht bei Zarizyn« (1919/20). Der Film, unmittelbar in den Kämpfen gedreht, »steigert in einigen Passagen die Anzahl der Bildfelder nach dem Dezimalsystem« (Thomas Tode), wodurch extrem kurze Stücke entstehen – ein Vorgang, der in späteren Arbeiten fortentwickelt wird. Das Erlebnis der Feuergefechte und Rauchsäulen, Tode und Triumphe des Bürgerkrieges läßt den bis ins Herz revolutionierten jungen Mann nicht mehr los. Daß die Mobilität des Kriegswesens mit der Mobilität des Kinowesens korrespondiert, daß die Relation ungeahnte Bewegungsenergien und Geschwindigkeiten in sich birgt, dürfte dem Kinokisten schlagartig klar geworden sein.

Wertow hat, offenbar über den Umweg des russischen Futurismus, auch Vorstellungen der italienischen Futuristen um Marinetti rezipiert, Vorstellungen, wie sie zu jener Zeit nicht nur in Westeuropa in Mode kamen. Seine Manifeste »Wir« (1922) und »Kinoki – Umsturz« (1923) insonderheit verbergen das nicht. Marinetti und seine russischen Gesinnungsgenossen trieb es nicht zuletzt um, Leitformeln zu verkünden, nach denen alle bisherige Kunst in die Luft zu jagen sei. Derartiges Denken hat Wertow inspiriert – bei ihm aber keineswegs zu einschichtiger Integration geführt. Als Zukünftler, der Revolution und Kriegskommunismus am Leib gespürt hat, konnte er souverän eigene, unverwechselbare programmatische Szenaristiken entwickeln.

Anders verhält es sich mit jener Ästhetisierung von Attributen des Krieges, welche die italienischen Zukünftler in Anbetracht des Weltkrieges auf ihre Fahne schrieben. Aus der futuristischen Blutkonserve hat zwar auch Wertow getrunken. Aber der »Kinokist« hatte die Schrecken des Krieges, zeitweise in vorderster Linie, nicht nur erlebt, er hatte sie auch hassen gelernt. Die späteren Siege im Bürgerkrieg bedeuteten für ihn Siege im Zeichen einer humanitären Utopie. Wohl aber entwickelte Wertow schon früh Züge einer Filmästhetik, denen es an aggressiv-futuristischen Erregungszonen nicht fehlte. Noch in späteren Perioden lassen sich deren Spuren bis ins Vokabular verfolgen. Viele der Wertowschen Berichte und Organisationsprotokolle zur Festigung seiner Filmproduktion lesen sich wie strategische Schlachtpläne.

Die auf den Film bezogene futuristische Phase Wertows (1919-1924) ist die Periode wegweisender Entdeckungen. Im Bunde mit der »LEF« erklärt Wertow folgerichtig aller traditionellen Kunst den Krieg. Berührungspunkte ergeben sich fortan mit der revolutionären Kunstarbeit Majakowskis. Beide entwickeln – unabhängig voneinander – gleichsam Vorformen operativer Medienkunst. Die Majakowskischen ROSTA-Bilder sollten im »Tempo der Telegraphen oder des Maschinengewehrs« an den Mann kommen. Wertow organisiert in anderer Art bewegliche Filmvorführungen mit Autokinos und Kinowaggons in Agitzügen. Ohne Verzögerung sollte schlagkräftiges Agitations- und Aufklärungsmaterial die Massen erreichen. Später denkt er sich die

Kino-Automobile als »zackige technische Apparate vom Typ der Feuerwehr«. Auch seine »Kinoprawda« definiert er in diesem Sinne: »als Automobil am Strick, ein Flugzeug unter der Zimmerdecke«. Derartige exzentrische Anstrengungen liefen im Sog und unter dem Schutz der Revolution, obwohl die empfindlich getroffene konservative Front der avantgardistischen Produktionsriege den Fehdehandschuh drohend zurückwarf.

Im übrigen hat Wertow seine futuristische Herkunft – trotz vermutlich erzwungener Rücknahmen – niemals ernsthaft verleugnet oder verleugnen wollen. Noch in dem Stalinkultstreifen »Ein Wiegenlied« (1937) sind akustische Brüche eingebaut, die wie dröhnende Futurismen klingen – sicher einer der Gründe, weshalb der Film nach wenigen Tagen aus den Kinos genommen wurde. Sein Futurismus befähigte ihn außerdem zu vielfältigen und differenzierten Operationen auf der musikalisch-klanglichen Schiene. Die Kühnheiten in »Donbass-Symphonie« und »Drei Lieder über Lenin« wiesen schon auf einen Begriff von Kunst und Musik, der jenseits von dekorativen Schauspieler- und Orchesterapparaten siedelt. Wertow nahm damit spätere Richtungen wie die »Musique concrète« der Franzosen Pierre Schaeffer und Pierre Henry, auch frühe Bestrebungen auf dem Gebiet der elektroakustischen Musik lange vorher vorweg.

Kontroverse mit Eisenstein

Dsiga Wertows vorläufig lupenreines Festhalten am Konzept des Filmfakts – für ihn zugleich Moment, seine kinematographischen Instrumente scharf zu halten – erregte selbst radikale Geister der »LEF«.

Mitte der zwanziger Jahre liefern sich Wertow und Sergej Eisenstein zum Teil erbitterte Gefechte in einschlägigen Tages- und Fachorganen. Sie ranken, auf einen Nenner gebracht, um die falsche Alternative, ob die Revolution gespielt (mit Darstellern) oder nicht gespielt (»ohne Masken und Fratzenschneiden«) darstellbar sei. Wertow, wie sein Gegenüber laut und schroff im theoretischen Handgemenge, läßt mit seinem absoluten Filmanspruch alle Kunsttradition hinter sich: Triumphator sei einzig die durch »Kinoglas« neu erspähte Wirklichkeit. Eisenstein – künstlerisch viel traditionsbewußter als Wertow – hält dem seine radikalen Montagefilme mit Laiendarstellern entgegen (»Streik«, »Oktober«). Am Ende drohen sich die beiden mit der »Filmfaust« – ein Wort, das Eisenstein zu prägen wußte als militante Deutlichmachung seines Stils: »Wir brauchen kein ›Filmauge‹, sondern eine ›Filmfaust‹. Der sowjetische Film muß auf die Schädel trommeln! Nicht ›durch das vereinte Sehvermögen von Millionen Augen werden wir gegen die Welt der Bourgeoisie kämpfen‹ (Wertow), denn dann würde man uns ganz energisch Millionen Veilchen unter diese Millionen Augen setzen!«

Ihre prinzipiellen Zielsetzungen unterschieden sich im übrigen kaum voneinander. Beide formulierten in ähnlicher Weise ihren Wahrheitsanspruch, ein jeder ließ Illusionen von durchgreifenden Wirkungen des Films freien Lauf.

Der inzwischen anerkannte Filmemacher Wertow hat später

offenbar gelitten unter dem Mangel an Anerkennung von seiten Eisensteins, als dieser mit dem »Potemkin« berühmt geworden war. Nicht folgenlos blieb, daß Eisenstein offenkundig nicht bereit gewesen war, Wertows konzessionslosen Polemikstil und umstürzende Film-Maximen als eine Position unter anderen anzuerkennen. Elisaweta Swilowa, seit 1923 Wertows Lebenspartnerin, Ko-Regisseurin, Cutterin der meisten seiner Filme, hat eine freundschaftliche Beziehung der beiden herbeizureden versucht. Sie gab es aber nicht. Vielmehr glaubte sich der ältere Wertow allzu lange als ein Lehrmeister des »Potemkin«-Regisseurs. Als die beiden gegeneinander konkurrierten, dürfte der Dokfilmer, von Eifersucht geplagt, solidarische Bindungen selber durchkreuzt haben.

Defizite der »Filmwahrheit«

Die Debatten um Dsiga Wertows Ästhetik des Fakts gingen einher mit der Teilung der Revolution. Die Machtausdehnung der absolutistischen Bürokratie nahm unaufhaltsam ihren Lauf. Spätestens seit der endgültigen Niederringung der politischen Opposition um Leo Trotzki 1929 lief der Film der Revolution in umgekehrter Richtung ab. Das blieb nicht ohne Folgen für die Protagonisten des »überrumpelten Lebens«. Bewaffnet mit ihren Kameras, unbeobachtet, lauend wie die Jäger waren sie dem ungebügelten Leben auf der Spur. Das Problem war einschneidend. Unterm Revolutionskostüm machte unbedingte Wahrheitstreue halt.

Während der zwanziger und frühen dreißiger Jahre – Jahre noch ungebrochenen Produktionswillens – befanden sich die »Kinokisten« in einem andauernden Kriegszustand mit den zentralisierten Filmstrukturen und deren Repräsentanten. Allein die Barrieren, welche die Bürokratie im Zeichen der Verhinderung filmischer Realitätsaneignung, dem Kostbarsten der Kinoki-Gruppe, setzte, trafen ins Mark. Darunter litt nicht nur jene enthusiastisch proklamierte »Filmwahrheit«, daran laborierte ein ganzes Produktionssystem. Hinzu kamen die üblichen Ranküne, die den Geist zermürben sollten, und ihr Unwesen trieben spätestens seit 1930 jene Formalismusverdikte, an denen die Innovatoren verzweifeln mußten.

Zeiten ohne Arbeit hat Wertow schon in den zwanziger Jahren gekannt. Nach Beendigung der Kinoprawda Nr. 21, der »Leninskaja Kinoprawda« (1925), ein gegen den Strich bürstendes Film-poem über den Sowjetführer, bot sich Wertow »anderthalb Jahre (...) keine Möglichkeit, voll und vollkommen zu arbeiten«. Ende 1926, ausgerechnet am Tag der Premiere von »Ein Sechstel der Erde«, einem Dokumentarstreifen, der für den UdSSR-Sozialismus mit neuartigen Aufnahmeperspektiven und ausgeklügelten Bildkombinationen warb, erhielt Wertow unter fadenscheinigen Begründungen von der Firma Sowkino seine Kündigung. Später berichtete er, man habe »die administrative Zerschlagung des Mitarbeiterstabes der Filmchronik« gewollt. Kein Wunder, daß »Der Mann mit der Kamera« (1929), wohl der experimentellste und international berühmteste Streifen Wertows, mit seiner Premiere unweigerlich ins Schußfeld nicht nur der Gegner des Dokfilms geriet.

Bei der publizistischen Auswertung der »Donbass-Symphonie«, dem ersten dokumentarischen Tonfilm in der sowjetischen Filmgeschichte, spielte die Kritik vollkommen verrückt. All die formalistischen Antiformalisten holte der Streifen – er besingt enthusiastisch den industriellen Aufbauwillen der Jugend – aus ihren Verstecks. Man unterschob den raffinierten Tonmontagen aus Industriegeräuschen, realer Alltagsmusik und produzierten Radioklängen das flache Gespinst der »Kakophonie« und heftete an sie den Vorwurf des »Katzenkonzerts«. Der Mangel an Vernunft und Wissen wurde vollends offenbar, als die »Donbass-Symphonie« (sie ist auch unter dem Namen »Enthusiasmus« bekannt geworden) in Westeuropa Interesse erregte und an einigen Auführungsorten – kommunistenverdächtig – verboten worden war.

Wertows letztem Avantgardefilm »Drei Lieder über Lenin« (1933) saßen außerdem die vorgeschrittenen, dem extremen Stalinismus sich nähernden Jahre im Nacken. Über ihm lag nicht minder das Damoklesschwert der »völligen Zerstörung« des Dokumentarfilms, also gerade der Gattung, welche der Wirklichkeit am offenkundigsten auf den Fersen sein mußte. Jene seltene Verehrung gegenüber dem Revolutionsführer, die sich im Film über vielfache persönliche Motive Wertows und etliche filmische Vorläufer ausdrückt, wird heutigen tags allgemein als Leninkult geringgeschätzt oder – ideologisch – verworfen. Nicht zufällig mußte Wertow jedoch ein Jahr warten, ehe der – später unter Druck politisch mehrfach zurechtgestutzte – Streifen in den heimatischen Kinos laufen durfte. Sein Schöpfer muß in der Zeit die Welt nicht mehr verstanden haben. Obwohl die »Drei Lieder über Lenin« unter kompromißlerischen Lyrismen leiden, ist die über den Gesamtstreifen erschließbare kritische Botschaft, zu den leninistischen Quellen zurückzukehren, von den stalinistischen Administratoren verstanden worden. Der Film wurde nach wenigen Wochen zurückgezogen. Dem widerspricht keinesfalls die spätere Verleihung des Ordens »Roter Stern« als indirekte Würdigung der »Drei Lieder«, erst recht nicht ein Foto von 1934, auf dem Wertow neben anderen Filmleuten mit Stalin anlässlich eines wie immer richtungweisenden Filmkongresses abgebildet ist.

»Das Wiegenlied«

Wertow wiederfuhr das gleiche Schicksal wie der übrigen Sowjet-Avantgarde. Der politisch-ästhetische Konsens mit dieser erwies sich in den zwanziger Jahren auf die Dauer als nicht haltbar. Die politische Vorhut kündigte den ohnedies störungsreichen »Vertrag« in den dreißiger Jahren restlos auf und liquidierte ein ganzes, mit der Revolution verbundenes künstlerisches Kraftfeld. Die Prüfungen dieser Jahre forderten viel.

In der stalinistischen Wut-Periode kommandierten die bestechlichen Funktionäre, die gesteuerten Kritiker, die halbwissenden Verwalter des Filmwesens jene von Ängsten geplagten Kreatoren wie sie wollten. Nahezu die Gesamtheit der Avantgarde mußte sich von den Stalinisten die Kapitulationsurkunde ausstellen lassen. Was mag damals in den Köpfen der Betroffenen vor sich gegangen sein? Während Stalin hunderte Autoren, unter ihnen Dsigas

Freund Michail Kolzow, erschlagen ließ, kam der ebenso integre wie freundliche und sensible »Kinokist« nach dem Film »Das Wiegenlied« (1937) mit anhaltenden Arbeitsverboten und sonstigen Ausgrenzungen davon.

Das »Wiegenlied« ist Wertows problematischster Streifen. Der Film widmet sich jener heil gesprochenen Welt der Sowjetfrau in prägnanten Bildern und Montagen. Aus allen Himmelsrichtungen strömt das zarte Geschlecht der Entschleierten, Alphabetisierten, Emanzipierten Richtung Moskau zum allseits geliebten Führer Joseph Wissarionowitsch und – klebt an dessen Litewka. Die schlichte poetische Idee erschließt sich jedermann über leitmotivische Symphonismen und Bilder von wiegenden Babys, stillenden Müttern, einer lernenden, produzierenden, fallschirmspringenden, marschierenden und abermals marschierenden weiblichen Sowjetgemeinschaft.

Der Film gibt einschlägige Rituale der Stalin-Verehrung bis zum Erbrechen wieder, ja er verleiht diesen – vielleicht ungewollt – groteske, operettenhafte Züge. Unschwer festzustellen, daß der Streifen über reale, trotz mancher Besserungen oft entwürdigende Lebensverhältnisse vieler sowjetischer Frauen hinwegtäuscht. (Als Wertow das »Wiegenlied« drehte, beseitigte die UdSSR gerade das Recht der Abtreibung.) Bei näherem Hinsehen kann man indes entdecken, wie Wertow in die Stalin-Huldigung Widerhaken montiert, indem er etwa die von der Zensur übersehenen, schnittig gekleideten Aufseher hintergründig bei der Weinernte zeigt. Wertow unterläßt es nicht, ein »Tollhaus« von Frauen, die den Heroen mit Wahnsinnsaugen anglänzen, überdeutlich auszustellen. Forcieren den Massenrausch wiederkehrende Bilder entsetzlich schreiender Mädchen auf einem Kongreß, steigern irre Beifallsorgien im Zeitraffer die Verblendungswut. Unverdeckt gelingt der Bruch, als im Augenblick des Bangens um die glückliche Rückkehr der Falschschirmspringerinnen ins Dunkel getauchte Motorengeräusche sich mit düsteren futuristischen Klarinettenfiguren vermischen. Sie sind Teil einer fiebrigen Kurve, die der Streifen enthüllt. Der Tiefenschicht des Films ist stellenweise eine physisch spürbare Nervosität und Angst eingeschrieben, welche, schwer zu sagen, vielleicht auf eine Gewissensnot des Autors weisen. Bei Wertow erscheint die Heroik durch dieses Verfahren teils entstellt, teils durch den symphonisch-beseelten Duktus der Tonschicht wiederhergestellt.

So schnell der Film aus den Kinos verschwand, so schnell erhielt Wertow, nach jahrelangem Warten, mit seiner Frau Elisaweta Swilowa in einem Moskauer Haus für Filmschaffende eine menschenwürdige Zweizimmerwohnung. Beleg für eine Privilegierung? Seither hat er keine weiteren poetischen, geschweige experimentellen Filme mehr drehen dürfen. Ohne die eigentliche Arbeit aber war der arbeitsbesessene Wertow ein verlorener Mensch. Seine elende Situation hat er unnützerweise immer wieder zu entschuldigen versucht. Fünf Jahre nach seinem Tod wurde der Filmemacher – er starb 1954 – postum rehabilitiert.

Das heutige Rußland des Films hat die Erbschaft des »Kinokisten« vorerst in die Ungnade zurückgestürzt.

WOLFRAM ADOLPHI

Eigentlich beginnt das Fragen erst. Zur Konferenz »Die russischen Revolutionen von 1917« vom 7. bis 9. März in Elgersburg

»Bis 1989 wurden alle Erfolge des Sozialismus auf die Oktoberrevolution zurückgeführt, seither geschieht dasselbe mit all seinen Mißerfolgen.« Und weil das so ist, könne – so Theodor Bergmann (Stuttgart) in seiner Einleitungsrede weiter – überhaupt nicht die Rede davon sein, daß eine Auseinandersetzung mit den nun 80 Jahre zurückliegenden Revolutionen des Jahres 1917 etwa an Aktualität verloren habe. Dies fand natürlich die ungeteilte Zustimmung der 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Rußland und China, Japan und Großbritannien, Ungarn und den USA, Schweden und Israel, aus der Schweiz und aus Deutschland.

Indes: Das Interesse von Wissenschaftlern ist das eine, die öffentlich-gesellschaftliche Debatte ein anderes. Einer der russischen Teilnehmer machte dies gleich zu Beginn deutlich, als er darauf hinwies, daß keine der großen russischen Zeitungen dem 80. Jahrestag der Februarrevolution – mithin jenes Ereignisses, dessen Neu-Deutung Mitte der achtziger Jahre zu einem zentralen Feld der gesellschaftswissenschaftlichen Perestrojka in der Sowjetunion geworden war – irgendeine Beachtung beigemessen hat!

Also Wissenschaftlerdisput im luftleeren Raum? Wer will da ein Urteil fällen. Die Fülle der Fragen, die in Elgersburg gestellt wurden von Leuten, die fast alle schon einmal Antworten hatten, und die Unterschiedlichkeit der Antwortversuche, zu denen man gelangte, signalisieren: Die Deutung der russischen Revolutionen von 1917 steht in einem Neuanfang. Und dieser hat seine Wurzeln ursächlich nicht in den Köpfen der Wissenschaftler, sondern in den Verhältnissen an diesem Jahrhundertende: Auf das Scheitern der Revolution folgte in den neunziger Jahren nicht erfolgreicher Aufbruch, sondern dramatische Konfliktzuspitzung. Der Geschichtsinteressierte nun empfindet den daraus erwachsenden Druck vielleicht auf ganz spezifische Weise. Denn dieser Druck trifft sich für ihn mit einem anderen: mit dem, der bezüglich dieser Revolutionen vom Nicht-Gewußten, vom Verschlotten-Gehaltenen, vom immer und immer wieder Instrumentalisierten und Verfälschten ausgeht. Darüber zu reden, war Elgersburg günstiger Ort.

Genius loci Elgersburg

Sie hatten eine überaus glückliche Hand mit ihrer Entscheidung, die Organisatoren *Theodor Bergmann*, *Mario Keßler*, *Gert Schäfer* und *Jochen Cerny*, zur Revolutionsdebatte ins »Hotel am Wald« in Elgersburg einzuladen. Denn so saß man genau dort zusammen, wo

Wolfram Adolphi – Jg. 1951, Diplom-Staatswissenschaftler, Dr. sc. phil. mit Arbeiten zur Außenpolitik der VR China und zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen; freiberuflich tätiger Journalist, Mitarbeiter der Redaktion UTOPIE kreativ.

im Jahre 1925 in den Räumen einer einst privaten Kurvilla das neben dem »Barkenhof« in Worpswede einzige Kinderheim der Roten Hilfe Deutschlands eröffnet worden war. Und am Abend des 7. März entfaltete sich im Gespräch der Tagungsteilnehmer mit alten Elgersburger Kommunisten ein Geschichtspanorama, wie es in der Verquickung von Lokalem und Internationalem in der Revolutionsgeschichte kaum beeindruckender hätte entstehen können.

Nur kurz und ganz unvollständig sollen hier Eckpunkte des Gesprächsabends skizziert sein: 1922 bis 1930 Elgersburg eine »rote Hochburg« in Deutschland mit einem kommunistischen Bürgermeister; dessen Wissen um verkaufswillige Villenbesitzer; die listige Herbeiführung eines wasserdichten Kaufvertrages – denn »natürlich« (aber vergeblich) hatte der Landrat von Ilmenau die Einrichtung eines Rote-Hilfe-Heimes verhindern wollen; die Eröffnungsveranstaltung für das Heim 1925 auf dem Ilmenauer Marktplatz mit über 3000 Teilnehmern; deren gemeinsamer Marsch hinauf nach Elgersburg; die nie endenden Auseinandersetzungen mit den Behörden um einen ungestörten Kurbetrieb für die Kinder von ermordeten und eingekerkerten Arbeitern; die Solidarität der Geraberger Porzellanhersteller, die das Heim bis 1932 kostenlos mit Geschirr versorgten, und der Bauern Ostpreußens, die einen Waggon mit Kartoffeln sandten. Und dann: 1929 der fast geschlossene Übertritt der Elgersburger KPD-Gruppe 1929 in die KPD (Opposition); 1930 die Auswanderung einer ganzen Gruppe von Elgersburger kritischen Kommunisten – darunter des Bürgermeisters – in die Sowjetunion; 1937 das Verschwinden etlicher von ihnen in den Gulags. Und nun: *Alexander Watlin* (Moskau), seit Jahren intensiv mit Forschungen zum Schicksal deutscher Auswanderer in die Sowjetunion in den dreißiger Jahren befaßt, legt ein aus den Ermittlungsakten des NKWD stammendes Foto einiger Elgersburger vor. Und es wird nachvollziehbar, wie dieses Foto aus dem Besitz des einen zum Todesurteil für die anderen wurde.

Und die da zusammensaßen im modernisierten alten Rote-Hilfe-Heim, stehen selbst für ganz unterschiedliche Wege kommunistischen und sozialistischen Denkens und Handelns: die alten Elgersburger, die sich der Eröffnung des Rote-Hilfe-Heims erinnern und des Übertritts ihrer Väter und Onkel in die KPD (O) und in der DDR Arbeiter und SED-Mitglieder waren; *Fritz Nicolaus Platten* (Zürich), in den Achtzigern stehender Sohn des legendären, später in der Sowjetunion erschossenen Lenin-Vertrauten Fritz Platten, nach Elgersburg gekommen mit einem Tagungsbeitrag, dessen die schier unglaubliche Dichte eigener tragischer Lebenserfahrung aufnehmende sowjetunion- und sozialismuskritische Schärfe selbst im insgesamt ohnehin sehr kritischen Beratungsklima für einige Irritationen sorgte; der ebenfalls über achtzig Jahre alte *Wolfgang Ruge* (Potsdam), zu den führenden Sowjetunion-Historikern der DDR zählend und in Elgersburg erstmals öffentlich über seine Gulag-Erfahrungen sprechend; *Theodor Bergmann*, der dritte der vor der Oktoberrevolution geborenen Tagungsteilnehmer, kritischer Kommunist sein Leben lang, Fritz Nicolaus Plattens tiefem Pessimismus auch in diesen Elgersburg-Tagen mit

einem trotz aller Erfahrung sehr grundsätzlichem Geschichtsoptimismus belegend.

So bescherte Elgersburg Geschichtsstunden voller wohl unwiederbringlicher Emotionen und voller Individualität. Geschichtsstunden, die – und natürlich hat das mit der Oktoberrevolution und dem von ihr geprägten Sozialismus zu tun – so in der DDR nie hätten stattfinden können. (Man lese – zum Beispiel – nur nach, was das »Sachwörterbuch der Geschichte« vom Dietz Verlag 1969 zur KPD (O) zu sagen hatte.)

Und das achtungsvolle Gesprächsklima des Abends wurde auch zum bestimmenden der wissenschaftlichen Debatte. Es lag viel Weisheit in der Bereitschaft aller, geduldig und aufmerksam zuzuhören und unterschiedlichste Auffassungen gelten zu lassen – die Weisheit, zu wissen, daß das diskutierte Ereignis zu gewaltig war, um es in kurzen Sätzen – und vielleicht sogar »endgültig« – charakterisieren zu können.

Ein Jahrhundert der Revolutionen – oder der Kriege?

Um der Fülle des angebotenen Materials Herr zu werden, hatten sich die Organisatoren entschlossen, die Tagung in fünf Sitzungen zu unterteilen. In der ersten Sitzung wurde der Versuch unternommen, sich einigen Grundsatzfragen der Revolutionscharakterisierung und -einordnung zuzuwenden. Und schon da wurde deutlich, daß eigentlich alles erst – oder wieder – am Anfang ist. Zwei gegensätzliche Standpunkte trafen aufeinander: *Roy Medwedew* (Moskau) vertrat die Auffassung, es sei weitestgehend Konsens, daß es sich bei der Oktoberrevolution um das größte Ereignis und bei Lenin um den einflußreichsten Politiker des Jahrhunderts gehandelt habe. *Alexander Kan* (Uppsala) hingegen hielt die beiden Weltkriege für die entscheidenden Jahrhundertereignisse. Der Erste Weltkrieg habe die Voraussetzungen für die Revolution geschaffen, er habe Europa in Aufruhr versetzt, alle Werte umgestoßen, und die Roheit des Krieges habe auch die Roheit der Revolution bestimmt. Wolfgang Ruge trat Medwedew zur Seite mit dem weiterführenden Gedanken, daß 1917 die Oktoberrevolution Jahrhundertgeschichte gemacht habe und heute der Zusammenbruch des sozialistischen Systems ein nicht weniger Jahrhundertgeschichte bestimmendes Ereignis sei.

Medwedew skizzierte dann als in der russischen Geschichtswissenschaft offene Fragen: Ob es sich 1917 um eine einzige Revolution oder um zwei voneinander getrennte Revolutionen – eben die Februar- und die Oktoberrevolution – gehandelt habe? Ob Rußland sich mit der Revolution nach vorn oder zurück entwickelt habe? Warum der Zarismus so schnell zusammengebrochen sei? Ob die Bolschewiki nicht zu rasch die sozialistische Revolution gewollt hätten? Ob nicht die Wirtschaftspolitik bereits 1918 vom Grundsatz her falsch gewesen sei? Und bei der immer wieder gestellten Frage danach, ob es tatsächlich möglich sei, den Sozialismus in einem Land zu errichten, vertrat er die Auffassung, daß man die Betonung nicht auf »in einem Land«, sondern auf das Verb »errichten« legen müsse. Denn könne man überhaupt eine Gesellschaft »aufbauen« – oder müsse sie nicht vielmehr »sich entwickeln«?

Zu Roy Medwedews Sicht auf die Oktoberrevolution siehe seinen Beitrag »80 Jahre Russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki«, in: »UTOPIE kreativ«, Heft 77.

Boris Kagarlitzkij (Moskau) wies darauf hin, daß dies die Fragen der Wissenschaftler, keineswegs aber der Politiker Rußlands seien. Die suchten nach wie vor nach einer vordergründigen Selbstlegitimierung per Revolution – was aber zunehmend absurder werde. Jelzin strebe nach einer Anti-Oktober-Legitimation, versuche daher, sich auf die Februarrevolution zu beziehen, könne dies aber nicht konsequent bewerkstelligen, da die Februar- mit der Oktoberrevolution in engem Zusammenhang stehe, und greife nun auf das Rußland vor beiden Revolutionen zurück.

Sorja Serebrjakowa (Moskau) beleuchtete ein anderes Problem eines sich verändernden Gesichtswinkels: Sei nach 1956 zur Bewahrung der Unantastbarkeit Lenins alle Verantwortung für die nachfolgende Entwicklung Stalin zugeschoben worden, so werde heute in umgedrehter Vereinfachung alle Entwicklung Lenin angelastet.

Juri Amiantow – auch er aus Moskau – widmete sich in seinem Tagungsbeitrag den Forschungsmöglichkeiten, die sich aus einem stark verbesserten Zugang zu den Archiven ergeben. Insbesondere die Dokumente der Menschewiki sowie der neben Bolschewiki und Menschewiki tätigen Parteien und politischen Organisationen böten zahlreiche neue Einsichten in die Vorgänge der Jahre 1917/18.

Wladislaw Hedeler (Berlin) steuerte dazu Überlegungen zur Kritik von Zereteli an der Politik der Bolschewiki vom 4. April 1917 bei.

Horst Schützler (Berlin) präsentierte Forschungsergebnisse, die demnächst in dem von ihm gemeinsam mit Sonja Striegnitz und Wladislaw Hedeler herausgegebenen Band »Die russische Revolution von 1917: Wegweiser oder Katastrophe?« ausführlich nachzulesen sein werden. Im Umgang mit der Revolution macht Schützler eine Krise der russischen Historiographie aus – eine Krise, aus der ein Ausweg mit methodologischem Pluralismus gesucht werde, innerhalb dessen neue bestimmende Linien erst wenig erkennbar seien. Natürlich gebe es neue Deutungsmacht-Dominanzen, die die Revolution auf den Begriff »Putsch der Bolschewiki« reduzieren. Zugleich aber entwickle sich ein Bemühen zum Beispiel um Einordnung der Revolution in die Zivilisationsgeschichte, um eine bessere Klärung der Zusammenhänge zwischen Krieg und Revolution, um die Beschäftigung mit Alternativen zum Weg der Bolschewiki – festgemacht etwa an den Namen Kerenski, Kornilow oder Martow – oder um eine tiefergehende Analyse des Verhältnisses zwischen innerrussischen und internationalen Entwicklungen.

Die Frage, ob die Oktoberrevolution eine sozialistische oder eher eine bürgerliche Revolution war, stand im Mittelpunkt der Beiträge von *Michail Woejkow* (Moskau) und *Tamás Krausz* (Budapest). Beide kamen zu keiner eindeutigen Antwort. Während Woejkow sich dem Thema jedoch politik-historisch zuwandte, arbeitete Krausz einen ökonomischen Ansatz heraus. Es sei schwierig, aus der Analyse der ökonomischen Verhältnisse heraus einen antikapitalistischen und antibürokratischen Charakter der Revolution nachzuweisen. Man müsse dann aber die Frage stellen, ob denn in

Von Boris Kagarlitzkij ist in »UTOPIE kreativ«, Heft 77, der Beitrag »Lehren der Russischen Revolutionen und die Diskussionen in Rußland heute« nachzulesen.

Sorja Serebrjakowas Beitrag »Stalins Fälschung von Dokumenten des Jahres 1917« siehe »UTOPIE kreativ«, Heft 77.

Rußland je Marktwirtschaft wie die deutsche oder französische möglich gewesen sei? Wohl nicht, denn Rußland liege am Rand, nicht im Zentrum der Weltwirtschaft. Das habe schwerwiegende Konsequenzen – unter anderem die, daß auch die autarkie-orientierte Stalinsche Wirtschaftspolitik als Antwort auf weltwirtschaftliche Strukturen begriffen werden müsse.

Rolle der Massen – Parteienkämpfe – Alternativen

Horst Schützler schaltete sich in die Debatte um den Charakter der Revolution noch einmal mit dem Hinweis ein, daß einige russische Historiker verstärkt auf die allgemeine Lebenskrise der Menschen 1917 und auf den daraus erwachsenden massenhaften Wunsch nach Zerschlagung der alten Ordnung aufmerksam machen. Dieser Wunsch sei nicht mit sozialistischen Interessen identisch gewesen. Das hätten die Bolschewiki auch gewußt – und daher unter bürgerlich-demokratischen Losungen gesiegt. Dennoch sei der Umsturz mehr gewesen als die Erfüllung dieser Losungen.

Gert Schäfer (Hannover) warnte vor dem Versuch, mit den Begriffen »sozialistisch« oder »bürgerlich-demokratisch« eine wie auch immer geartete »Klarheit« herbeiführen zu wollen. Die Entwicklung sei vielgestaltig und durch fließende Übergänge geprägt gewesen. Noch viel genauer müsse man erforschen: Was dachten die Akteure der Revolution, was planten und taten sie? Und dann müsse – in sorgfältiger Unterscheidung – dagegengestellt werden, was wir aus heutiger Erfahrung mit dem Blick auf die unumstößlichen Resultate sehen und beurteilen.

Sonja Striegnitz (Berlin) eröffnete die zweite Sitzung mit einem Beitrag, in dessen Mittelpunkt sie das Agieren der »Massen als Träger der Revolution« stellte. Es sei nun endlich die Aufgabe zu leisten, zu analysieren, wie sich die verschiedenen Parteien in den verschiedenen Revolutionsabschnitten den Forderungen der Massen gestellt hätten. Ein interessantes Beispiel biete die Entwicklung der Sozialrevolutionäre im April/Mai 1917: Indem sie die massenhafte Forderung nach »Sozialisierung des Bodens« zu ihrer eigenen gemacht hätten, seien ihnen in kurzer Zeit viele neue Mitglieder zugewachsen. Die Koalitionsbereitschaft mit der Provisorischen Regierung habe dann aber die Verwirklichung dieses Programmpunktes unmöglich gemacht.

Beiträge zum Nachdenken über Alternativen leisteten *Wladislaw Goldin* (Archangelsk) und *Michael Wegner* (Jena). Goldin zeichnete ein Porträt des zu den Begründern der Narodniki-Bewegung zählenden Nikolai Wassilewitsch Tschaikowski, der die Februarrevolution als »seine« Revolution begrüßt und die Oktoberrevolution vehement abgelehnt habe und dessen Traum von einer gegen die Bolschewiki gerichteten demokratischen Bewegung im Feuer des Bürgerkriegs untergegangen sei. Wegner präsentierte eine Analyse der Auseinandersetzung zwischen Gorki einerseits und Lenin und Stalin andererseits über die Gorkischen »Unzeitgemäßen Gedanken« der Jahre 1917/18. Die Formulierungen Gorkis über die Nutzung des »Asiatischen« in der russischen Gesellschaft durch die Bolschewiki für die Festigung ihrer Macht aufgreifend kam Wegner zu dem Schluß, daß sich nach 1929 dieses »Asiatische«

»Der vorstehende Text steht für den Autor in einer besonderen bio-bibliographischen Kontinuität. Verfaßt im Nachdenken über das Wirken der Russischen Revolution in diesem Jahrhundert, stellen sich an dessen Ende völlig andere Fragen als noch Jahrzehnte zuvor. Für den Autor und seinesgleichen, geboren ein Jahr nach dem Ende des Hitlerfaschismus, aufgewachsen in einem sozialistischen Elternhaus, sozialisiert und politisch geprägt von dem wohl hoffnungsvollsten Jahrzehnt der DDR, den sechziger Jahren, stand der Weg der Geschichte, der seit der Oktoberrevolution zwangsläufig zum Sozialismus zu führen schien, nicht in Frage. Strittig waren Zeiträume, Widerstände, Wege.« – Klaus Kinner in einer zum Text gehörigen »Nachbemerkung« zu seinem schriftlich eingereichten Elgersburger Konferenzbeitrag »Fanal und Trauma. Die KPD und die Russische Revolution – Zehn Jahre danach«.

vollständig durchgesetzt und alles Emanzipatorische der Revolution zunichte gemacht habe.

Die Nationalitätenfrage

Daß der Nationalitätenfrage eine zentrale Rolle in der Revolutions- und Sozialismusgeschichte zukommt, wurde in Elgersburg in lebhafter Diskussion bestätigt.

Karl-Heinz Gräfe (Dresden) befaßte sich mit dem Versuch der Errichtung der Wolga-Ural-Republik der Tataren und Baschkiren 1918 und dem Zerbrechen dieses Versuches im Bürgerkrieg. Lenin, so sagte er, habe es für möglich gehalten, in Verarbeitung dieser und anderer Erfahrungen die 1922 gegründete UdSSR wieder »zurückzudrehen«, das heißt, sie durch einen wirklichen Föderalismus mit tatsächlicher Selbständigkeit aller in der Föderation zusammengeschlossenen Republiken zu ersetzen. Stalins »Autonomie«-Modell hingegen habe mit Föderalismus nichts zu tun gehabt.

Ronald Löttsch (Berlin) stimmte der positiven Bewertung der Leninschen Nationalitätenprogrammatisierung zu, machte aber auf Schwächen ihres inneren Gefüges aufmerksam. Keinesfalls könne Lenin als Theoretiker der nationalen Frage gelten – denn wäre er ein solcher gewesen, hätte er nicht »so unbekümmert« mit den Termini umgehen können. Vielmehr sei er ein vehementer Verfechter einer pragmatischen Lösung gewesen – und als solcher völlig richtig für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eingetreten. Die Politik Stalins freilich habe alle diesbezüglichen Ansätze zunichte gemacht.

Dave Hollis (Nürnberg) hielt dem entgegen, daß das von Lenin proklamierte Selbstbestimmungsrecht mehr Fragen aufgeworfen als Probleme gelöst habe. Der Marxismus sei prinzipiell nicht mit der nationalen Frage klargekommen, weil er ein imaginäres »Interesse der Arbeiterklasse« erkläre und dies über alle anderen Interessenlagen erhoben habe. Insofern seien die Vorgänge in der Ukraine und in Georgien zur Unterdrückung von Selbstständigkeitsbestrebungen schon vor 1921 völlig logisch gewesen. Und: Der zusammengebrochene Sozialismus habe das Nationalitätenproblem nicht nur nicht gelöst, sondern in noch verschärfter Weise als Erbe hinterlassen.

In der Diskussion zu diesen Beiträgen warf *Monty Johnstone* (London) die Frage auf, ob das Selbstbestimmungsrecht der Nationen nicht schon dadurch unterhöhlt worden sei, daß regionale (nationale) Parteiführungen als selbständige Führungen von Beginn an nicht zugelassen worden seien. *Boris Kagarlitzkij* vertrat die Auffassung, daß das Selbstbestimmungsrecht dann, wenn es durch die Eliten formuliert und durchgesetzt und nicht in demokratischer Bewegung von unten eingefordert werde, immer zweischneidig und gefährlich bleibe. *Tamás Krausz* vermochte in der gesamten Geschichte des Sozialismus kein einziges Beispiel für eine demokratische Realisierung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen zu erkennen.

Bei solch einer absoluten Formulierung wollte es *Alexander Kan* jedoch nicht belassen. Er machte folgende Argumentationslinie

»Bezogen auf die Geschichtswissenschaft forderte der Verf. im November 1989:
 »Es muß gebrochen werden mit einer Sicht auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die das Traditions- und Selbstverständnis der sogenannten Thälmannschen Parteiführung, das konkret historisch zu bewerten ist und das zu unserer Tradition gehört, mit größeren oder kleineren Korrekturen bis in die Gegenwart fortgeschrieben hat. Wir haben alle Fraktionskämpfe in unserer Geschichtsschreibung bis in die Gegenwart nachgefochten. Alle Versuche, das zu ändern, wurden zurückgeschlagen. Retuschen wurden angebracht, wo Rekonstruktion notwendig war. Wir brauchen ein grundsätzlich neues Traditionsverständnis von der Geschichte der Arbeiterbewegung in unserem marxistisch-leninistischen Sinne.«
 Diese Forderungen, die heute als weltfremd und als verspätet erscheinen mögen, zeigen vor allem, daß sie innerhalb des marxistisch-leninistischen Paradigmas verblieben, wenngleich schon weit entfernt von der scholastischen Enge der siebziger Jahre. Postmortale Besserwisser mögen bedenken, daß es auch im historischen Erkenntnisprozeß einen Unterschied macht, ob der Diagnostiker Krankheits-symptome – auch zurückliegende – als überwundene und überwindbare Krisen betrachtet oder in ihnen die fortschreitende Metastasierung sieht, die zwangsläufig zum Tode führen muß. Das eigentliche Problem liegt zwischen diesen Extremen.« – Klaus Kinner, ebenda.

auf: Wenn Lenin irgendwo tatsächlich demokratisch und sozialistisch gewesen sei, dann in der Nationalitätenfrage. Natürlich gebe es viele unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe, aber immerhin: Die Sowjetunion habe als genau diese Staatsform die Probe im Zweiten Weltkrieg ausgehalten. Und dies müsse man heute in einen Zusammenhang stellen mit der Friedlichkeit ihres Zerfalls. Man bedenke doch: Als die Russen zu Beginn der neunziger Jahre die anderen Republiken der Sowjetunion los sein wollten, da ging dieser Prozeß am Ende dieses Jahrhunderts, das so reich an Blutvergießen ist, friedlich vor sich!

Gert Schäfer schloß sich der Hollis-Auffassung an, daß die nationale Frage bisher kaum mit dem marxistischen Begriffsapparat beherrscht werde. Man habe keine überzeugende Antwort darauf, wann die nationale Frage wirklich eine große, alles andere überlagernde Frage sei. *Karl-Heinz Gräfe* stellte das Leninsche Herangehen dann in einen Bezug zu Nationalitätenentwicklungen anderswo: Lenin habe möglicherweise das Modell einer Langzeit-Assimilation wie in den USA vor Augen gehabt. Dies gerecht zu bewerten, heiße auch, sich andere Vorgehensweisen vor Augen zu führen – etwa die »Glattmachungspraxis« in der Nationalitätenfrage in Frankreich und in Großbritannien.

Die zweite Sitzung beschloß ein Beitrag von *Wadim Telizyn* (Moskau) zur Agrarfrage in der Revolution.

Hoffnung oder Hoffnungslosigkeit?

»In der formellen Rehabilitierung – ein Beileid wurde nicht ausgesprochen – von Ministerpräsident Bulganin des Jahres 1956 hieß es noch wahrheitswidrig, er sei einer ›Herzschwäche‹ erlegen. Viele Jahre später sollte die angebliche ›Herzschwäche‹ durch ›erschossen worden‹ in der Sowjetpresse berichtigt werden.« – Fritz Nicolaus Platten in Anm. 8 zu seinem Elgersburger Konferenzbeitrag. »War Lenins Transit im ›plombierten Wagen‹ auch für Fritz Platten eine Sternstunde?«. Die Textstelle, auf die sich die Anm. 8 bezieht, enthält den Bericht, daß Fritz Platten »nach vier Jahren erlittener Gulag-Strafe ausgerechnet an Lenins Geburtstag erschossen« wurde.

Außerhalb aller Sitzungsthematik trug *Fritz Nicolaus Platten* seinen Beitrag vor. Drei Seiten Text mit sechzehn Seiten Anmerkungen. Gedrängteste und dennoch minutiös aufgearbeitete, aufs sorgfältigste recherchierte Geschichte: zum einen der dramatischen Höhepunkte im Leben des Vaters Fritz Platten (8. Juli 1883-22. April 1942) (Zitat: »einer unter den diversen Orwellschen ›Unpersonen‹ der ›Zimmerwalder Linken‹), des Mannes also, der – wieder Zitat – »im April 1917 Lenin nach Rußland brachte« und später in der Sowjetunion ebenso ermordet wurde wie seine zweite Ehefrau Berta Platten-Zimmermann (27. September 1902-14. November 1937), die jahrelang als Sekretärin von Ossip Pjatnizki und Abramow-Mirow gearbeitet hatte, und zum anderen des nicht weniger dramatischen Kampfes von Fritz Nicolaus Platten um die Rehabilitierung von Fritz und Berta Platten 1956 und gegen die »erstaunliche Vernebelung der Wahrheit«. »Bitter ist die Feststellung«, schloß Fritz Nicolaus Platten seine kurze Rede, »daß aus der angeblichen ›Befreiung des Proletariats‹ am Ende bloß wieder eine ekelerregende ›Neue Klasse‹ entstanden ist, und daß niemand nach diesem ideologischen Desaster des Marxismus-Leninismus noch an Bucharinsche Träume von einer ›klassenlosen kommunistischen Gesellschaft‹ glauben oder [eine solche] zukünftig erhoffen kann! Fortan, infolge des Charakters der Menschen, werden wir verdammt sein, ewig in einer ›unvollkommenen Gesellschaft‹ zu leben.«

Theodor Bergmann wollte diesen Pessimismus nicht teilen. In seinem Einleitungsbeitrag zur dritten Sitzung, die sich den internationalen Wirkungen der russischen Revolutionen widmete, machte

er deutlich, warum: Wem, so sagte er, der Stalinsche Weg als einziger Weg zum Sozialismus erschien, der müsse nach dessen Zusammenbruch verzweifeln. Wer aber auch andere als diesen Weg in Betracht gezogen habe, der könne jetzt neue Hoffnung schöpfen. Geschichtliche Grundlage solcher Hoffnung sei unter anderem die weltweite Wirkung der Ereignisse von 1917. Sie sei eine andere, viel weiter greifende gewesen als jene, die nachher in der Politik der Komintern instrumentalisiert worden sei. Und die Zeit, die seither vergangen ist, sei historisch zu kurz, um von einem endgültigen Scheitern auch all dieser anderen Anstöße sprechen zu können.

Zu einem ähnlichen Resultat gelangte *Klaus Kinner* (Leipzig). Für ihn – so führte er aus – stelle sich Geschichte als ein Prozeß dar, der nicht nur nach vorn, sondern auch »nach hinten« offen sei: Neue geschichtliche Erfahrung gebe auch dem Blick zurück neuen Anstoß, neuen Maßstab. Gescheitert sei der Parteikommunismus – ist damit aber die Geschichte des Kommunismus insgesamt einfach die Geschichte des Scheiterns? Die Revolution sei vor allem legitime Antwort auf eine von allen – zum Beispiel auch von den ganz und gar nicht-kommunistischen Anhängern der Auffassung vom »Untergang des Abendlandes« – als katastrophal empfundene Weltlage gewesen. Bei weitem nicht nur die Kommunisten hätten es Anfang der zwanziger Jahre für sehr wahrscheinlich gehalten, daß der Kapitalismus sehr bald zusammenbrechen werde, und in der Sowjetunion den möglicherweise erfolgreichen Versuch des Beweises der Überlegenheit sozialistischen Wirtschaftens gesehen. Dann aber hätten sich der Fortführung der Revolution eine Fülle von Hindernissen entgegengestellt – und es gehöre nun zu den spannendsten Fragen der Revolutionsgeschichte überhaupt, welche Rolle der Deutungsmacht über die Revolution beim Versuch der Überwindung dieser Hindernisse zugekommen sei. Das Jahr 1927 sei in dieser Hinsicht ein Schlüsseljahr gewesen: Einerseits habe die Alternative zum Kapitalismus des Westens bereits 10 Jahre existiert, andererseits sei die Weltrevolution so weit entfernt gewesen wie nie zuvor seit 1917. Damit sei die Deutungsmacht über die Revolutionen von 1917 zur existentiellen Frage für die KPdSU (B) und die Komintern geworden. Die Kampagne »10 Jahre Sowjetunion« sei zu einem Musterbeispiel für die Apparatisierung gesellschaftlicher Entwicklung und die Herausbildung unangefochtener Deutungsmacht geworden. Die KPD habe sich an diesem Prozeß beteiligt: Die Entwicklung eines geradezu religiösen Verhältnisses zur Sowjetunion sei zum Ersatz dafür geworden, daß in der Weimarer Republik die Revolutionsmöglichkeiten in immer weitere Ferne rückten. Und die damit verbundene Kritiklosigkeit habe die einseitige Stalinsche Deutungsmacht mit Langzeitwirkung befördert.

Zu einem bisher noch kaum beachteten Thema – der Wirkung der Revolutionen auf die osteuropäische jüdische Arbeiterbewegung – äußerte sich dann *Mario Keßler* (Berlin). Bereits die Februarrevolution habe alle 650 Gesetze, die das Zarenreich zur Unterdrückung der Juden in Kraft gesetzt hatte, abgeschafft, aber: Die auf sie folgende Freiheit habe auch den Antisemiten freien Raum gegeben.

»Obwohl ich die Rehabilitierung durch die Sowjetregierung im ›Volksrecht‹ bekanntgegeben hatte, brachte es das ZK unter der Führung seines Generalsekretärs Edgar Woog der kommunistischen ›Partei der Arbeit der Schweiz‹ fertig, Bulganins Version nicht zu akzeptieren und eine eigene, humanere Rehabilitierung zu fabrizieren: ›Genosse Fritz Platten starb im Jahre 1943 (sic), kurze Zeit nachdem er aus dem Gefängnis (sic) entlassen worden war. [...] Die Genossin Berta Zimmermann war während des Krieges (sic) fälschlicherweise der Spionage beschuldigt, verhaftet und erschossen worden.« ... »Im Jahre 1952 verkündete Konrad Farner, Leiter der ersten Arbeiterdelegation in die UdSSR, auf meine schriftliche Anfrage im Zürcher Kongreßhaus öffentlich, mein Vater lebe, es gehe ihm gut, auch seine Frau lebe noch; beide hätten einen Zwangsaufenthalt etwa 90 km von Moskau entfernt, wenn auch getrennt an verschiedenen Orten.« – Fritz Nicolaus Platten, ebenda.

»[Dmitri] Wolkogonow prophezeite, daß ihm das Buch über Lenin [Lenin – Utopie und Terror, Düsseldorf 1994] viele Feinde schaffen werde. Aber in seinem Trotzki-Portrait [Trotzki – Das Janusgesicht der Revolution, Düsseldorf 1992] stellte er zwingend fest, daß Leninismus, Trotzkiismus und Stalinismus Zweige des russischen Marxismus seien und daß diese Zweige dieselbe Wurzel hätten: »Sie setzten auf gesellschaftliche Gewalt, sie sind überzeugt von der absoluten Wahrheit einer einzigen Ideologie, überzeugt davon, daß es rechtens ist, über das Schicksal von Millionen von Menschen zu entscheiden«. Zu diesen Verblendeten zählten auch Bucharin und Platten. Sie alle hatten Diktatur und Roten Terror gepriesen und sind an ihrer Lehre zugrunde gegangen. Ihre Rehabilitation befreit sie nicht von der Mitschuld an ihrem eigenen Schicksal. Sie hatten den Terror gegen Andersdenkende gebilligt, dann waren sie selber dran gekommen, weil auch sie ein bißchen ›anders‹ dachten.« – Fritz Nicolaus Platten, Anm. 60, ebenda.

Den Beitrag von Herbert Mayer siehe »UTOPIE kreativ«, Heft 76.

Die Zeit zwischen April und November 1917 sei so zu einer Zeit beispielloser Pogrome geworden. Die Oktoberrevolution habe diesen Zustand zu beenden versucht, der Bürgerkrieg dann zu neuen Pogromen geführt. Zu einer dauerhaften Verbindung zwischen Bolschewiki und revolutionsorientierten jüdischen Organisationen sei es nie gekommen – vor allem, weil die Bolschewiki davon ausgegangen seien, daß mit dem Sieg ihrer Revolution die Grundlagen des Antisemitismus von selbst verschwinden würden. Der Stalinismus aber habe gezeigt, daß dies nicht der Fall war. Die Sowjetunion habe sich als unfähig erwiesen, der durch den Faschismus heraufziehenden Bedrohung der Juden in Europa etwas entgegenzustellen.

Zheng Yifan (Peking) widmete sich in seinem Beitrag den Wirkungen der Oktoberrevolution auf Revolution und sozialistischen Aufbau in China und machte den chinesischen Umgang mit der Sowjetunion an zwei gegensätzlichen Lösungen fest: an der von »Rußland als Lehrer« und der von der »Sowjetunion als warnendes Beispiel«. Erst 1979 habe sich China wirklich vom Stalinismus lösen können, und heute sei mit aller Deutlichkeit der Beweis erbracht, daß eine Revolution nur dann erfolgreich sein könne, wenn sie ganz den Bedürfnissen des jeweiligen Landes entspreche.

Hans Piazza (Leipzig) spannte den Bogen vom Einfluß der Revolution auf China zum Einfluß auf die koloniale und halbkoloniale Welt überhaupt, und *Herbert Mayer* (Berlin) beschäftigte sich mit den Reaktionen der Sozialdemokratie auf die Oktoberrevolution.

Ein »riesiger linker Seitensprung« und »Betriebsunfall des Marxismus«?

In der vierten Sitzung – unter das Thema »Revolution-Krieg-Ökonomie« gestellt und mit nur zwei Rednern eindeutig zu dünn besetzt – nahm zunächst *Matityahu Mayzel* (Tel Aviv) das Wort. Die Februar- und die Oktoberrevolution – so seine These – seien zwei militärische Revolutionen gewesen. Bereits 1916 hätten die militärischen Eliten in Rußland einen Putsch geplant. Im Februar 1917 sei es das militärische Oberkommando gewesen, das ein Ultimatum zum Rücktritt des Zaren gestellt habe. Die Soldaten – und in gewisser Weise auch die Offiziere – hätten sich als besondere »Agenten der Revolution« erwiesen. *Francis King* (London) widmete sich dann dem Zusammenhang zwischen der Leistungsfähigkeit der von der Revolution hervorgebrachten Wirtschaft und dem Erfolg der Revolution. Da die Revolution keine wirklich neue Wirtschaft geschaffen und die Wirtschaftsschwäche sich als systemimmanent erwiesen habe, sei das Scheitern unumgänglich geworden. Dies wollte Boris Kagarlitzkij in solcher Absolutheit nicht stehen lassen. Im Zweiten Weltkrieg habe sich die sowjetische Wirtschaft als effektiv erwiesen – dies dürfe nicht ausgeblendet werden.

Wolfgang Ruge machte in der Diskussion geltend, daß Lenins Wirtschaftspläne nur im Zusammenhang mit dessen Glauben an die Entstehung eines »völlig neuen Menschen«, der dann seinerseits eine neue Ökonomie schaffen werde, verständlich sind. Und

Klaus Kinner ergänzte, daß es guten Grund gebe, diesen Glauben an den »neuen Menschen« nicht oberflächlich abzutun: Schließlich sei er das Resultat von 200 Jahren Geschichte der Aufklärung in Europa gewesen.

Die fünfte Sitzung zu »Bilanzen und Ausblicken« wurde eingeleitet mit einem Beitrag von *Monty Johnstone* zum Einparteiensystem.

Dann unternahm *Alexander Kan* den Versuch einer komplexeren Bestimmung des Platzes des stalinistischen Sozialismus in diesem Jahrhundert. Dieser Sozialismus habe dem faschistischen Überfall widerstanden und sich danach in Osteuropa ausgebreitet und sei ein Stück Wirklichkeit mit viel Positivem gewesen. Sein endgültiges Versagen sei im Wettstreit mit der kapitalistischen Welt dann offenbar geworden, als es für alle galt, die zweite wissenschaftlich-technische Revolution zu meistern. So könne man heute also wohl feststellen: Der real existierende Sozialismus habe historisch genau zwischen die Kriegsökonomie des Imperialismus und die zweite wissenschaftlich-technische Revolution, die einen isolierten Gesellschaftsaufbau unmöglich macht, gepaßt. Die Oktoberrevolution sei ein »riesiger linker Seitensprung« der Menschheitsgeschichte gewesen. Vergleiche man sie mit der französischen Revolution von 1789, so stünden einem Jahr Jakobinerdiktatur 10 Jahre bolschewistische Parteiendiktatur und 10 Jahren Napoleonischer Herrschaft 50 Jahre stalinistischer Herrschaft gegenüber. Der russische Thermidor der Gegenwart sei das Kind des Niedergangs der Sowjetunion. Die Oktoberrevolution sei in vielfacher Hinsicht ein »letztes«: die letzte Revolution in Europa, das letzte soziale Zwangsexperiment, der letzte proletarische Aufstand und der letzte Bauernkrieg. Der russisch-chinesische Revolutionszyklus müsse als Fortsetzung des europäisch-amerikanischen (atlantischen) Revolutionszyklus betrachtet werden. Für Mittel- und Westeuropa werde sich ein neuer Zyklus ergeben – ein Zyklus, der möglicherweise rechtsextreme Züge aufweisen werde.

Wolfgang Ruge setzte sich ausführlich mit dem Antiemanzipatorischen der Sozialismusedwicklung auseinander. Menschen »einordnen«, ihnen »einen Platz in der Gesellschaft zuweisen« – das sei oft auch für den Einzelnen verlockend, scheinbar Sicherheit bietend, in der Konsequenz aber entwicklungsfeindlich, stagnationsfördernd gewesen. Was aber bedeute diese Einsicht praktisch? Wie können heute bessere revolutionäre Programme entwickelt werden? Nur eine vorrevolutionäre Zeit kenne Interessenidentitäten, die gemeinsames Handeln ermöglichen. In nachrevolutionärer Zeit indes dominiere die Interessendifferenzierung – was wir gegenwärtig deutlich erlebten.

Als »Betriebsunfall des Marxismus« charakterisierte *Yehuda Wallach* (Tel Aviv) die Oktoberrevolution, zitierte Heine mit dessen Furcht davor, daß der Kommunismus zur »Pöbelherrschaft« werden könnte, und dem gleichzeitigen Bekenntnis, daß er dennoch »eine eigenartige Anziehungskraft« ausübe, und plädierte dann dafür, die oft gestellte Frage auch wiederholt stellen zu dürfen: Wie denn die Geschichte verlaufen wäre, wenn die erste Revolution »planmäßig« in Westeuropa ausgebrochen wäre?

Den Beitrag von Gert Schäfer siehe vorliegendes Heft.

Die nicht weniger oft gestellte Frage danach, ob die Oktoberrevolution ein »Modell« für den Westen gewesen sei, beantwortete *William A. Pelz* (Chicago) dahingehend, daß es sich um ein zerstörerisches Modell gehandelt habe. *Narihiko Ito* (Kamakura) verwies jedoch darauf, daß Rosa Luxemburg und viele andere oft genug davor gewarnt hatten, in der Oktoberrevolution irgendeine Art von »Modell« sehen zu wollen. *Gert Schäfer* beschloß die Debatte mit seinem Beitrag »Die Oktoberrevolution im Urteil westlicher kommunistischer Dissidenten«.

Ausblick? Der steht noch aus!

So anregend und vielgestaltig die Elgersburger Debatte war: Sie war vor allem eine rückblickende, »aufarbeitende«. Wie denn auch anders: Nur vereinzelt waren ja Fünfzig- und Vierzig-, geschweige denn gar Dreißigjährige unter den Teilnehmern zu finden. Auch fehlte – aus welchen Gründen auch immer – alle fordernde Rückkopplung mit der Politik.

So waren es lediglich zwei kurze Einwürfe aus den Reihen derer, die nicht mit vorbereiteten Beiträgen erschienen waren, die das Manko markierten: *Susann Zimmermann* (Wien/Budapest) meinte, man müsse den Ansatz der »nachholenden Entwicklung«, der das sozialistische Wirtschaften von Anfang an bestimmt habe, viel grundsätzlicher in Frage stellen, als das bisher geschehen sei. Schon 1923 habe es andere Pläne gegeben, die aber nie zum Tragen kamen, und diese anderen Pläne, diese wirklichen Alternativen zum kapitalistischen Weg, stünden heute endgültig auf der Tagesordnung – nicht nur in der Dritten Welt, wo das längst augenfällig sei. Und *Ulrich Weiß* (Berlin) sekundierte ihr: Mit Taylorismus sei Sozialismus nicht machbar. In ihm gebe es nichts Emanzipatorisches. Und auch der Fordismus habe nicht »nachgeholt« werden können. Die Zeit sei reif für wirkliche Alternativen: Alternativen in der Produktionsweise und in der Selbstverwaltung der Arbeiter. Erst dies könne Sozialismus werden – und diese Erkenntnis müsse heute auch den Rückblick bestimmen.

Erste Ideen für eine Folgekonferenz? Der Jüngeren und – vielleicht auch – Jungen? Wie auch immer: In Elgersburg ist ein großer, auch für Kommendes und Weiterführendes wichtiger Forschungs- und Erfahrungsschatz zusammengetragen worden. Hoffentlich wird er bald ausführlich im Tagungsband nachzulesen sein.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Wettbewerbsverzerrungen und die Klagen darüber gehören schon seit eh und je zu marktgerechtem Wirtschaften. Einer Aprilausgabe des Blattes »scheinschlag« (Untertitel: »zeitung für die berliner innenstadt – vierzehntäglich + gratis«), die unter der Rubrik »Vermischtes« in jeder Nummer einen Rückblick auf Berliner Ereignisse von vor hundert Jahren zusammenstellen läßt, entnahm ich folgende Nachricht: »Gegen die Einfuhr von Landbrot nach Berlin nehmen die Bäcker Berlins öffentlich Stellung. Nicht aus Konkurrenzkampf, behaupten die Bäcker, sondern wegen der Unreinlichkeit bei der Bereitung und Behandlung des Landbrot.« Die Keimform der Ostschrippe, sozusagen.

Der »scheinschlag« läßt uns im Unklaren darüber, bei wem sich die Bäcker beschwert hatten, ob ihre Beschwerde erfolgreich war oder ob sie zum Beispiel mit einer Reklame-Aktion den Verzehr außerberlinischen Brotes bremsten und den Verkauf ihres Brotes ankurbelten. Womit wir — geschickt, geschickt — beim Thema Werbung wären.

Die in Hamburg herausgegebene Wochenzeitung »DAS SONNTAGSBLATT« (»Die christliche Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur«), deren gelegentliche Lektüre übrigens durchaus auch der Klientel von »UTOPIE kreativ« empfohlen werden kann (von wegen Blick über den Gartenzaun), ging unlängst der Frage nach, warum »um alles in der Welt« die »hiesige Reklame so grauenhaft langweilig« sei. Da wir, wie es aussieht, auf nicht absehbare Zeit mit Werbung zu leben verdammt sind, wollen wir wenigstens von ihr angemessen unterhalten werden. Die Autorin meint, das Spielen mit der eigenen Identität,

das in anderen Ländern praktiziert werde, gehe den Deutschen ab. Die Deutschen können nicht über sich lachen. Vor allem darum sei ihre Werbung langweilig. Werbung in Spanien sei anders als in Norwegen und in den USA wieder anders als in Frankreich. »Wenn Identität so wichtig ist, um auf bessere Ideen zu kommen, gehört zuallererst der linkische Selbstbetrug ›Die deutsche Geschichte geht mich heute nichts mehr an, und im Grunde fühle ich mich sowieso als Schotte‹ auf den Müll.« Am Ende ihres Artikels kommt Autorin Julia Hinrichsen zu einem Fazit, das von ihr, weil sie selbst freischaffende Werbetexterin ist, nicht unbedingt zu erwarten gewesen wäre: »Werbung, egal wie unterhaltsam, spaßig, intelligent oder daneben, hat das Ziel, zu verkaufen und beim Verbraucher Wünsche zu wecken. Sie verspricht Glück durch Materialismus und bedenkenlosen Konsum. So gesehen ist jede Werbung schlecht.«

Einen aktuellen und prägnanten Beleg für Humorlosigkeit – die sich zudem ganz offenbar aus einem brandenburgisch-evangelischen Lebensgefühl pietistischer Prägung speist – entnahm ich dieser Tage der »Lausitzer Rundschau« aus Cottbus (unsereiner kommt ja herum): Der Bildhauer Horst Engelhardt hat für den Marktplatz von Wriezen (Märkisch-Oderland) einen Teufelsbrunnen entworfen, an dem sich die Geister des Städtchens scheiden. Mit einer Stimme Mehrheit hat sich das Stadtparlament für den Langschwanz ausgesprochen. Doch Demokratie hin, Demokratie her: Jetzt will die evangelische Kirchengemeinde einen Bürgerentscheid gegen die »äußerst fahrlässige Verharmlosung des Bösen« erreichen. Clochmerle im Wriezen.

Daß insbesondere immer jene Erdenbewohner von einem Mangel an Humor gebeutelt werden, die in sich einen Drang spüren, nämlich jenen, die Welt und die Menschen zu bessern, liegt in der Natur der Sache. Darum gelingen zum Beispiel partei-, gewerkschafts- oder kirchenverbundenen Presse-Organen die Humorbeiträge in der Regel immer so kläglich. (Ich rede jetzt nicht allein vom wöchentlichen »Blattsch(l)uß« in der Zeitung »Neues Deutschland«.) Die Genossen, Kollegen und Brüder haben immer noch nicht gelernt, über sich selbst zu lachen. Zugegeben: Es ist nicht immer leicht. Wenn ich nur an die ideologischen Gespensterreigen der letzten Wochen auf den Leserbriefseiten des ND denke. Da müßte man schon das Gemüt eines PDS-Parteivorsitzenden haben, um darüber hinwegzulächeln. Aber das hat eben nur einer.

Karl Korsch:
Krise des Marxismus.
Schriften 1928-1935,
herausgegeben und eingeleitet von
Michael Buckmiller,
Stichting beheer ISSG Amsterdam
1996, 960 S.

Mit Trauer und Bewunderung wird man diesen Band aus der Hand legen. So man ihn gelesen hat und in heutigen Zeiten ein Linker geblieben oder geworden ist.

Die *Bewunderung* gilt dem Herausgeber, dessen 100-Seiten-Einleitung und 200-Seiten-Anhang einen Reichtum an Tatsachen und Gedanken offenbart, die ganzen Generationen künftiger Ideen- und Polithistoriker unseres Jahrhunderts unverzichtbar sein werden.

Die *Trauer* gilt dem Schicksal des Autors, der zu den produktivsten Marxisten seiner Zeit gehörte und dem doch eine ihm angemessene Wirkung nirgendwo beschieden war. Sie gilt aber auch seinen Zeitgenossen, uns also, denen eine Befreiung aus den versteinerten Klassengegensätzen des Kalten Krieges nicht gelang, zu der Karl Korsch (1886-1961) wie nur wenige andere seinen Beitrag geleistet hat.¹

Hier nun gilt es bloß, den unter dem Titel »Krise des Marxismus« jüngst erschienenen Band 5 der Korsch-Gesamtausgabe anzuzeigen. Er umfaßt des Autors sämtliche bisher aufgefundene Schriften aus dem Zeitraum zwischen 1928 und 1935, mit Ausnahme der Briefe, die chronologisch geordnet als Bd. 8 und 9 der Gesamtausgabe erscheinen werden. (Bd. 1 enthält die Schriften von 1909-1918; Bd. 2 die Schriften zur Praxis der Arbeiterbewegung von 1919-1923; Bd. 3 die Schriften zur Theorie der Arbeiterbewegung von 1920-1923; Bd. 4 die Schriften von 1924-1928; Bd. 6 die Karl-Marx-Monographie von 1938; Bd. 7 die Schriften von 1938-1956 unter dem Titel »Marxism, State and Counterrevolution«).

Die Gesamtausgabe selbst wird im Auftrag des Amsterdamer Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (bei dem ein Großteil des Korsch-Nachlasses bestens aufgehoben ist) und dem Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover unter Mitarbeit von

Götz Langkau und Jürgen Seifert, unterstützt von einem Wissenschaftlichen Beirat (Castoriadis, Fetscher, Jay, Negt, von Oertzen, Rusconi, Tych), herausgegeben von Michael Buckmiller. Mögen Geld und Kraft bis zum Erscheinen auch des letzten Korsch-Bandes reichen. Ein Torso wäre so unerträglich wie blamabel.

Den hier in chronologischer Folge zusammengestellten Texten wurden ihre Erstveröffentlichung und, soweit es sich um unveröffentlichte Manuskripte handelt, die als letzte anzusehende korrigierte Fassung zugrunde gelegt. Sämtliche Zitate wurden anhand der Originale überprüft und zusätzlich, wo möglich, neuere Ausgaben angegeben. Die Anmerkungen des Herausgebers mit ihren Erläuterungen der vom Autor genannten Personen und Ereignisse sowie seinen Anspielungen stellen eine über den Band weit hinausreichende Fundgrube dar. Ein Verzeichnis der von Korsch zitierten Literatur ist ebenso wie ein Personenregister beigelegt.

Inhaltlich ergibt das Buch ein faszinierendes Bild des durch seine Theorie wie durch seine Praxis in die Klassenkämpfe jener Jahre eingreifenden Marxisten Korsch. Ausgeschlossen aus der KPD, seines Reichstagsmandats verlustig gegangen, in Auseinandersetzungen mit Kautskys Monumentalwerk »Die materialistische Geschichtsauffassung« ebenso wie mit Trotzki »Permanenter Revolution« verstrickt, Sombart, Paschukanis, Lenin, Schaxel, Donoso Cortés und Carl Schmitt rezensierend, sich immer wieder Hegels und Marxens Dialektik vergewissernd, sich für die Befreiung der Verfolgten des Stalin-Regimes einsetzend und politische Losungen für den Kampf gegen den Faschismus entwerfend formulierte er die Notwendigkeit, den Marxismus durch eine Kritik des Kautskyanismus und des Leninismus weiter zu entwickeln. Für die Vergangenheit müßten die russischen Proletarier, deren Oktoberrevolution ein ungeheurer Fortschritt gewesen sei, Leninisten bleiben, für die Zukunft müsse man die Nabelschnur zum Leninismus durchschneiden.

Mit der Machtübernahme durch die Nazis in Deutschland hatte Korsch gerechnet, auch wenn er keine Faschismustheorie ausgearbeitet hatte (und auch später nicht hat). Immerhin

liegen von ihm bereits im März 1932 publizierte Thesen zur Kritik des faschistischen Staatsbegriffs vor. Noch am Abend des 27. Februar 1933 hielt er im Rahmen seines Studienzirkels »Kritischer Marxismus« seine letzte Vorlesung. Auf dem Nachhauseweg erlebte man den brennenden Reichstag. Korsch tauchte unter, emigrierte und ging später nach Dänemark zu Bertolt Brecht, der ihn jetzt und danach als seinen Genossen, seinen Freund und als seinen Lehrer betrachtete: »Seine Hilfe bei meinen Arbeiten ist unschätzbar. Er entdeckt alle Schwächen. Und er macht sogleich Vorschläge. Er weiß viel. Ihm zuzuhören ist schwierig, seine Sätze sind sehr lang. So bringt er mir Geduld bei...«.²

Noch an seinem Lebensabend hing Korsch an seinem Traum, »der theoretischen Wiederherstellung der heute nach dem Abschluß der Marx-Lenin-Stalin-Episode scheinbar mitvernichteten Ideen von Marx.«³ Das war 1956...

HERMANN KLENNER

Anmerkungen

- 1 Vgl. Michael Buckmiller (ed.): Zur Aktualität von Karl Korsch, Frankfurt/M. 1981 (mit internationaler Korsch-Bibliographie); Buckmiller: »Karl Korsch, Marxistische Theorie und juristische Aktion«, in: Streitbare Juristen, Baden-Baden 1988, S. 254-267; Martin Schumacher (ed.), M. d. R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, Düsseldorf 1994, S. 829. – In dem im Berliner Dietz-Verlag 1970 publizierten Band »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Biographisches Lexikon« (S. 251f.) wird Korsch als Verfälscher des Marxismus, idealistischer Revisionist, Antikommunist, Antisowjethetzer [sic!] und erbitterter Gegner der revolutionären Arbeiterbewegung gebrandmarkt.
- 2 Vgl. Brecht: Briefe, Bd. 1, Berlin 1983, S. 433; auch Brecht: Werke (Große Ausgabe), Bd. 21, Berlin/Frankfurt a. M. 1992, S. 574, 804; Bd. 22, 1993, S. 45, 894.
- 3 Brief vom 16. Dezember 1956 an Ruth Fischer, abgedruckt in: Korsch, Politische Texte (ed.: Erich Gerlach/Jürgen Seifert), Frankfurt/M. 1974, S. 394.

Ulla Plener (Hg.):
Leben mit Hoffnung in Pein.
Frauensicksale unter Stalin,
Frankfurter Oder Editionen,
Frankfurt (Oder) 1997, 303 S.

Ulla Plener:
Helmut Schinkel: Zwischen Vogelers
Barkenhoff und Stalins Lager.
Biographie eines Reformpädagogen,
Trafo-Verlag Weist Berlin 1996, 272 S.

Kurt Schumacher in der
»Schwäbischen Tagwacht« über
Demokratie und Kommunisten.
Aufsätze und Redeberichte (1926-1933).
Ausgewählt und kommentiert von
Ulla Plener zu seinem 100. Geburts-
tag am 13. Oktober 1995,
Schriftenreihe des Vereins »Gesell-
schaftswissenschaftliches Forum e.V.«,
Bd. 2, Trafo-Verlag Weist Berlin
1995, 208 S.

Die drei hier zu besprechenden Arbeiten Ulla Pleners, flankiert von mehreren Aufsätzen in dieser Zeitschrift und in ihrem Umfeld, zeugen von dem anhaltenden hartnäckigen Mühen der Verfasserin, einen spezifischen Beitrag zur Geschichte des Kommunismus in diesem Jahrhundert zu leisten. Dabei interessieren sie weniger die Haupt- und Staatsaktionen in KPD und Komintern, die Königsebene, als das Leben, Denken und Fühlen der Kommunist/innen, die, geboren um die Jahrhundertwende, als erste Generation »vom Beginn an sich dieser (Bewegung) aus Überzeugung verschrieben hatten – und später von ihr, genauer: von ihrem Parteiapparat (oder mit seiner Hilfe) mißhandelt und zugrunde gerichtet, der letzten Jahre ihres Lebens beraubt und/oder aus ihr ausgestoßen wurden.«¹ Diesem Credo folgt sie mit erstaunlicher Produktivität, wovon die vorliegenden Titel zeugen.

In einer eigenwilligen Montagetechnik, einer Mischform von monographischer Darstellung

und Dokumentation, läßt sie den Leser teilhaben an Biographien mit dem Signum des Kommunismus im 20. Jahrhundert.

Ein erstes Exempel ist Helmut Schinkel. In der Reihe »Biographien europäischer Antifaschisten« des trafo verlag es dokumentiert Ulla Plener den Lebensweg des jungen kommunistischen Reformpädagogen, der in Stalins Lagern endete. Die Verfasserin beschreibt, wie junge Menschen, gleichaltrig mit diesem Jahrhundert, fasziniert waren vom Projekt Oktoberrevolution, von der Überwindung der von ihnen als irreversibel empfundenen, dem Untergang geweihten alten Ordnung, ihren Lebensplan an einer neuen Welt ausrichteten. In der bereits erschienenen Rezension des Buches an diesem Ort wird kritisch eingewandt, der Verwendung des Thomas Mannschen Topos vom »Welterlösungs-Mythos« »mittels proletarischer Revolution« läge ein »höchst unklares Verhältnis zur Beurteilung der kommunistischen Bewegung zugrunde.«² Eine »Ablehnung des Kommunismus (als verschämte Reminiszenz [gemeint ist wahrscheinlich Referenz – K.K.] an das heutige geistige Klima?)« ist in Kenntnis von Leben und Werk der Autorin absurd. Die andererseits vom Rezensenten konstatierte »nahezu verliebte Anerkennung idealisierten ›früh‹-kommunistischen Wirkens«³ trifft schon eher die eigentliche Problemlage.

Antworten sind nicht rasch zu haben. Es wird der Arbeit von Generationen bedürfen – und einer weiteren geschichtlichen Perspektive –, um zu beurteilen, wo geschichtsmächtige Utopie endete und Mythos begann. Eine zu beantwortende Frage ist auch die nach dem Beitrag, den Utopie und Mythos der Weltrevolution geleistet haben, um die *contradictio in adjecto* »soziale Marktwirtschaft« zu ermöglichen. Das Scheitern des Sozialismus des Typus der Oktoberrevolution erbrachte dennoch Impulse, ohne die der liberale Kapitalismus der totalitären Herrschaftsform des Faschismus schwerlich widerstanden hätte.

Eine Antwort auf die kritischen Fragen des Rezensenten an die Autorin und eine Anregung für weiterführende Forschungen ist nicht rasch zu haben. Selbstverständnis und Mentalität sind die Schlüsselbegriffe, die ein Erklärungsmodell begründen könnten. Das Lebensbild Helmut Schinkels ist eine Teilantwort.

»Leben mit Hoffnung in Pein« heißt der zweite zu besprechende Titel. Ihm wäre als Antinostalgikum eine breite Publizität zu wünschen. Herausgegeben von Ulla Plener beschreiben fünf Autorinnen und zwei Autoren Frauenschicksale unter Stalin.

Wieder geht es der Herausgeberin und den Autoren um die Lebensspuren von Kommunisten der ersten Generation. Doch wird hier versucht, der Spezifik des Weges kommunistischer Frauen näherzukommen. Dabei werden Fragen aufgeworfen, die Kommunismus- wie historische Frauenforschung gleichermaßen bewegen. Die Herausgeberin insistiert: »Aus dem Vergleich mit ähnlichen Biographien von Männern stellen sich noch andere Fragen: Waren Frauen mutiger? Warum lehnten alle uns bisher bekannten Kommunistinnen ... es ab, die ihnen unterstellten Verbrechen zuzugeben, die widersinnigen Anklageschriften zu unterschreiben – im Unterschied zu vielen Männern?«⁴ Der Leser wird auch nach der Lektüre der biographischen Studien von diesen und ähnlichen Fragen umgetrieben werden. Er wird vielleicht auch seinerseits fragen: Gestattet die empirische Basis der Forschung solche Hypothesen? Oder er wird mutmaßen, hier sei vielleicht eine sympathische Romanisierung am Werke. Wie dem auch sei. Es sind starke Frauen, deren furchtbares Schicksal, von den »eigenen Leuten« verfolgt, gequält, eingekerkert und ermordet worden zu sein, hier dokumentiert wird.

Was alle Biographien durchzieht, ist die bohrende Frage nach dem Warum. Die Umrisse des kollektiven Psychogramms, die sich hier abzeichnen und deren Systematisierung in der weiterführenden Forschung zu wünschen wäre, bestätigen ein in sich schlüssiges, wenngleich absurdes Phänomen. Die von Ulla Plener benannte Treue zu den kommunistischen Idealen erweist sich zum einen als Widerständigkeit gegen menschenverachtende Repression. Zum anderen ist sie aber gleichzeitig Selbstschutz. Sie ist Sinngebung des Sinnlosen. Die Verfolger durften nicht im Nachhinein Recht bekommen und die Idee, der man (frau) sein Leben gewidmet hatte, mußte unzerstörbar sein, wozu sonst all das Leid?

Die Spanne der Biographien ist groß. Sie reicht von der zweiten Hälfte der achtziger

Jahre des 19. bis in die neunziger Jahre des 20. Jh.. Endete das eine Leben im Gulag frühzeitig, so durchlitt eine andere ihr bestes Frauenalter von 1938 bis 1946 in Magadan. Für nicht wenige war auch dann ihr Martyrium nicht beendet. Diskriminierende Zwangsansiedlungen fesselten sie nicht selten bis zum XX. Parteitag der KPdSU 1956 an ihre Verbannungsorte.

Woher nahmen sie ihre Kraft zum Überleben, zum Widerstehen, fragt Peter Weiss in einer Passage seines Jahrhundertbuches, die dem Band vorangestellt ist. Und »die einzige Erklärung würde nur diese bebende, zähe, kühne Hoffnung sein, wie es sie auch weiterhin in allen Kerkern gibt.«⁵

Die abschließend zu besprechende Arbeit steht im Kontrast zu den bisher vorgestellten. Gleichwohl besteht ein inhaltlicher Zusammenhang. Ulla Plener stellt auf über 200 großformatigen Seiten Kurt Schumacher in Aufsätzen und Redeberichten in der »Schwäbischen Tagwacht« von 1926 bis 1933 vor.

Thematisch gruppieren sich die Dokumente um das Thema Demokratie und Kommunisten. Erkenntnisleitendes Interesse der Herausgeberin ist die Analyse der Quellen, »die die jahrzehntelange Feindschaft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gespeist haben.«⁶ Insbesondere war es die Unversöhnlichkeit, mit der Schumacher der Sowjetunion und den Kommunisten entgegentrat, die die Herausgeberin erstaunte. Was als Ertrag der Dokumentation zum Vorschein kommt, reicht über den unmittelbaren Anlaß, den 100. Geburtstag Schumachers, und auch über die Debatten anläßlich des 50. Jahrestages der Entstehung der SED hinaus. Er leuchtet eine Grauzone der bisherigen Schumacher-Biographik schärfer aus und bestätigt Befunde, die aus anderen Quellen gewonnen wurden.

Deutlich wird in den Dokumenten, daß Schumacher zu jenen Sozialdemokraten gehörte, die von ihrer ganzen Entwicklung nicht dem gemeinsamen Ursprung der gespaltenen Arbeiterbewegung verpflichtet waren. In seiner Prägung preußisch, protestantisch, demokratisch stand Schumacher Lassalle näher als Marx. Seine Stellung zum Kommunismus war von Anbeginn von scharfer Gegnerschaft, ja Feindschaft geprägt. Von hier aus

gelang ihm eine scharfsinnige, ätzende Kritik des Kommunismus, besonders in Gestalt seiner stalinistischen Pervertierung. Nirgends findet sich jedoch auch nur der Ansatz einer verstehenden Wertung, die Gemeinsamkeiten auch nur ins Kalkül zieht. Der radikale Antikommunismus Schumachers erklärt sich einerseits aus seinen biographischen Prägungen und andererseits aus seiner Sicht auf die in der Tat häufig problematische bis selbstmörderische kommunistische Politik in der zweiten Hälfte der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre. Der Zugang zu den mentalen wie gesellschaftspolitischen Wurzeln des Kommunismus in der deutschen Arbeiterbewegung blieb Schumacher verschlossen.

KLAUS KINNER

Anmerkungen

- 1 Ulla Plener: Kommunisten im tragischen Dreieck: Persönlichkeit – Bewegung – Partei, in: UTOPIE kreativ, 1993, Heft 37/38, S.159.
- 2 Thomas Schüler: Ulla Plener: Helmut Schinkel (Rezension), in: UTOPIE kreativ, 1997, Heft 76, S. 86.
- 3 Ebenda, S. 87.
- 4 Einleitung.
- 5 Ebenda.
- 6 Kurt Schumacher in der »Schwäbischen Tagwacht«, S. 10.

Lutz Prieb/Václav Kural/
Manfred Wilke:
Die SED und der »Prager Frühling«
1968. Politik gegen einen
»Sozialismus mit menschlichem
Antlitz« (Studien des Forschungs-
verbundes SED-Staat an der
Freien Universität Berlin –
herausgegeben von Klaus Schroeder
und Manfred Wilke),
Akademie Verlag Berlin 1996,
300 S. (98,00 DM)

Wie kaum eine andere Zäsur in der Geschichte des Realsozialismus bewegt das Schicksal des »Prager Frühlings« bis heute die Gemüter. Erstmals gelang es einer kommunistischen Partei in einer »Revolution von oben« stalinistische Strukturen aufzubrechen. Weite Teile der Bevölkerung wurden politisiert, ergriffen die Chance, einen »Sozialismus mit menschi-

chem Antlitz« zu beginnen.

Historiker aus der einstigen DDR, der BRD und der CSSR wollen mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen Licht in das Dunkel der Ereignisse bringen. Neben bekannten Fakten greifen sie auf die von ihnen zugänglich gemachten Protokolle der Gipfelberatungen der »Anti-Reform-Koalition« von UdSSR, DDR, Polen, Ungarn und Bulgarien zurück. (Deren Dokumentation ist im gleichen Verlag angekündigt.)

Vor dem Hintergrund des zu knapp skizzierten Prager Reformversuches arbeiten sie die Reaktionen in den anderen Warschauer-Pakt-Hauptstädten, vor allem in Berlin, heraus. Während es in der DDR-Bevölkerung »nicht wenig Hoffnung auf einen Sozialismus ... mit mehr Freiheit, mit mehr Demokratie und mit pluralistischen Strukturen (gab)«, wurde »in der politischen Machtzentrale der DDR, in der Parteiführung der SED ... der Versuch der CSSR, einen eigenen Weg bei der Gestaltung des Sozialismus zu gehen, ... von Anfang an kritisch, mißtrauisch und letztendlich feindlich betrachtet« (S. 15). Dafür liefern die Autoren auf der Basis umfangreicher Archivstudien detaillierte Belege.

Für sie ist das Problem des militärischen Anteils der DDR an der Intervention im August 1968 keines mehr, sie verweisen auf den Forschungsstand, nach dem die NVA als Koalitionsarmee ihre Aufgaben bei Vorbereitung und Durchführung der Intervention aktiv wahrnahm, ohne selbst auf dem Boden der CSSR gewesen zu sein. Zu Recht betonen sie, daß »die Entscheidung darüber, daß keine NVA-Gefechtstruppen die Grenzen zur CSSR überschritten, ... wohl eher eine militärische Zweckentscheidung als politische Rücksicht auf das Völkerrecht und auf die Gefühle der Bürger im Nachbarland (war)«.(S. 239) Wenn auch die Frage der Entscheidung zum Verbleiben der NVA in der Reserve weiterer Klärung bedarf und die politischen Überlegungen auch nicht unterschätzt werden sollten, so bleibt, daß die DDR als Bestandteil des Warschauer Paktes alles unternahm, um die Prager Bedrohung auch militärisch zu beseitigen.

Die politischen Voraussetzungen der letztlich gewaltsamen Lösung werden ausführlich dargestellt. Wenn es auch gelegentlich anklingt, als ob allein Ulbrichts DDR der Beel-

zebub in der Geschichte sei, so bestätigen Fakten und Quellen das sehr große Interesse aller damals beteiligten Staaten und Parteien, den Infektionsherd »demokratischer Sozialismus« auszumerzen.

Offenkundig unterschätzen die Autoren allerdings die innere Logik des stalinistischen, administrativ-zentralistischen Sozialismusmodells, aus dem die Reformer auszubrechen suchten. In den Zusammenhängen dieses Modells gedacht, handelten die »Warschauer Fünf«, wie sie nach dem ultimativen »Brief« vom Juli 1968 genannt wurden, nur folgerichtig. Das Preisgeben des sowjetischen Modells, die Kritik an stalinistischen Verbrechen und Moskauer Vorherrschaft, die Rehabilitierung der Opfer, der Rückgriff auf sozialdemokratische Konzepte zu politischem Pluralismus und einer nicht auf die Führungsrolle festgelegten Partei mußte zwangsläufig zur Konfrontation führen. Bei allen Unterschieden – zur »Anti-Reform-Koalition« gehörten sowohl Kádár mit seinem Trauma des Jahres 1956 und eigenen Reformvorstellungen wie auch Ulbricht mit seinem NÖS – an der Frage der Macht (tatsächlich der des Politbüros und des jeweiligen Generalsekretärs) ließ niemand rütteln!

Diese äußeren konservativen Kräfte konnten sich zudem auf eine breite Phalanx Gesinnungsgenossen in der KPtsch stützen, die zwar durch die Reformer aus ihren Machtpositionen verdrängt wurden, aber sehr nachdrücklich durch Informationen und schließlich dem Ruf nach offener Einmischung die Entscheidungen des Ostblocks begünstigten.

Immer wieder klingt in der Studie der spezifische DDR-Konflikt zwischen Bündnistreue und Eigeninteressen an. Das betrifft vor allem die Erfahrungen von 1953, aber auch die Wirkungen der »neuen Ostpolitik« der Kiesinger/Brandt-Regierung, von der sich die SED bedroht fühlte. Und dazu gehörten die im klassischen militärischen Geist funktionierenden Ängste vor einer »imperialistischen Einkreisung«. Leider gehen die Autoren nicht den Berührungspunkten in den Wirtschaftsreformansätzen von Prag, Berlin und Budapest nach, die das anfängliche Interesse der DDR, namentlich Ulbrichts, an die diesbezüglichen Prager Überlegungen, erklären.

Der Einmarsch war für die »Warschauer

Fünf«, nicht zuletzt die DDR, nur die Ultimo ratio. Er brachte zwar einen »militärischen Sieg«, blieb aber eine politische Niederlage. Das betraf sowohl den Verlauf der Besetzung und die Unmöglichkeit, an der KPTsch-Führung um Dubcek vorbeizukommen. Moskau mußte mit der eigentlich internierten Führungscrew der KPTsch zunächst einen Vertrag aushandeln, dessen Ziel einer orthodoxen »Normalisierung« in der CSSR erst nach über einem Jahr dann vom neuen Parteichef Husak verwirklicht werden konnte.

Schlimmer war aber die Langzeitwirkung des gewaltsamen Endes der Reformen: die offenkundig letzte Chance der inneren Reformierung war vertan. Gorbatschows Perestroika war nur noch ein zweiter, wesentlich unprofessioneller Aufguß. Spätestens mit der »Charta 77« und der »Solidarnosc« entwickelten sich Ausgang der siebziger Jahre zunächst kleinere Oppositionsgruppen außerhalb der KPen, die nicht mehr die Reformierung des Realsozialismus, sondern den Bruch mit ihm anstrebten. Die nie wirklich gelöste Krise 1980/81 in Polen markierte den Beginn sozialer Bewegungen, die den Ausweg in kapitalistischer Marktwirtschaft und pluralistischer Demokratie sahen. Der Zusammenbruch in Osteuropa 1989/91 hat den relativen Erfolg dieses Weges bestätigt. Die letzten Reformversuche des Realsozialismus gingen in der prokapitalistischen Transformation unter. Auch die Prager Reformer von 1968 waren im November 1989 nur noch Statisten der »samtenen Revolution«.

STEFAN BOLLINGER

Heiner Ganßmann:
Geld und Arbeit: Wirtschaftssoziologische Grundlagen einer Theorie der modernen Gesellschaft,
 Campus-Verlag Frankfurt/New York
 1996, 296 S. (68,00 DM)

Für eine Theorie der modernen Gesellschaft sind Geld und Arbeit Schlüsselbegriffe. Über ihre »Verkopplung«, die insgesamt als riskant, nicht immer effizient und schon gar nicht stabil, aber meistens ertragreich, beschrieben

wird, erklärt sich die Funktionsweise von Wirtschaft und Gesellschaft in der Gegenwart. Dabei steuert das Geld die Arbeit und bestimmt so den sozialen Nexus.

In der ökonomischen Theorie des »mainstream« wird dieser Tatbestand kaum reflektiert. Seit Jahrzehnten liegt das Feld der sozialökonomischen Analyse gesellschaftlicher Prozesse brach bzw. ist es den Soziologen überlassen, diese oder jene Ecke zu bearbeiten. Etwas Ganzes, im Sinne einer Theoriekonstruktion, wurde daraus bisher aber nicht. Mit dem vorliegenden Buch wird nun versucht, den vor Jahrzehnten abgerissenen Faden einer sozialwissenschaftlichen Analyse wirtschaftlicher Prozesse wieder aufzunehmen und aus den vorhandenen Theoriestücken »den Umriß einer systematisch ausgeführten Theorie« (S. 8) anschaulich werden zu lassen. Inwieweit dies dem Autor, dem Berliner Soziologen Ganßmann, hier bereits gelungen ist, wird die Diskussion zeigen. Sein Ansatz aber, den Kapitalismus der Gegenwart von den Begriffen Geld und Arbeit her zu erklären und dabei sozioökonomisch vorzugehen, muß gelobt werden. Ebenso das Bemühen, die unterschiedlichsten Theorieansätze, auch alternative, heterodoxe, verschüttete und vernachlässigte, für seinen Entwurf produktiv zu machen. Der Vorwurf des Fragmentarischen und Collagemäßigen tritt dahinter zurück.

Ganßmann beginnt mit der Feststellung, daß wir »auch nach über 200 Jahren Kapitalismus immer noch nicht hinreichend verstehen, wie ein kapitalistisches System funktioniert...« (S. 14). Zu einem nicht unwesentlichen Teil ist dies darauf zurückzuführen, daß weder die ökonomische noch die soziologische Theorie über einen akzeptablen Arbeits- und Geldbegriff verfügen. Beim Arbeitsbegriff bezieht sich die Kritik vor allem auf die Abstraktionsebenen, beim Geld auf seine kategoriale Nebenrolle in der neoklassischen Wirtschaftstheorie, die mit der tatsächlichen Rolle des Geldes im Kapitalismus »in merkwürdigem Kontrast« (S. 163) steht. Methodologisch knüpft der Autor an Franz Oppenheimer und dessen Unterscheidung zwischen Ökonomie und Soziologie an, wonach die Soziologie von »Mensch-Mensch-«, die Ökonomie aber von »Mensch-

Ding-Beziehungen« handeln solle (S. 21). Diese Unterscheidung, von Ganßmann als »Oppenheimers Fluch« bezeichnet, steht am Anfang der Ausgrenzung sozialer Belange aus der Ökonomie und deren Umformung in eine Art angewandter Mathematik einerseits und der Entwicklung der Soziologie zu einer von den ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft losgelösten Sozialwissenschaft andererseits. Zum Schaden für beide Disziplinen, da sie ihre Erklärungskompetenz hinsichtlich sozialökonomischer Prozesse, und um solche handelt es sich nun mal bei der Funktionsweise des modernen Kapitalismus, einbüßten. Auf Marx, der mit dem Begriff Produktionsverhältnisse ein anderes kategoriales Verständnis besaß, wird in diesem Zusammenhang leider nicht eingegangen. Unter den Wissenschaftlern, die sich mit Oppenheimers Vorgabe kritisch auseinandersetzten, ist Adolph Lowe hervorzuheben. Für ihn begann das Problem von Ökonomie und Soziologie bereits mit dem »falschen Selbstverständnis« der Disziplinen, insbesondere mit »der Annahme ihrer jeweiligen Autonomie« (S. 40). Er plädierte für eine »andere Art von Theorie«, die mit dem Ziel »empirischer Relevanz« konstruiert ist und sich »dabei auf soziologisches Wissen« (S. 44f.) stützt. Das vorliegende Buch ist Adolph Lowe gewidmet.

Im zweiten Teil wird der Arbeitsbegriff analysiert. »Was man unter ›Arbeit‹ versteht, wechselt mit der Entwicklung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses und der gesellschaftlichen Einschätzung seiner Bedeutung« (S. 53). Gesucht wird ein »zeitgemäßer Arbeitsbegriff«. Und dieser unterscheidet sich von den bekannten, von Locke, Kant, Hegel, Marx usw. hervorgebrachten Begriffen. Angeknüpft wird schließlich bei Habermas' Vorstellung von der Arbeit als »instrumentellem Handeln«. Welche Bedeutung dem zukommt, wird erst weiter unten deutlich, in dem Verweis auf Marx' Versuch, die »Kritik der politischen Ökonomie« des Kapitalismus vom Arbeitsbegriff her zu konstruieren (vgl. S. 69). Hier kann der Argumentation gefolgt werden, daß die moderne Wirtschaft nicht »allein von der Arbeit her« gedeutet werden kann und daß der Ricardo/Marxsche Arbeits- und Arbeitswertbegriff das Problem nicht löst. Völlig zurecht wird auf die Historizität der

Marxschen Theorie hingewiesen sowie auf die interessengeleitete Sichtweise: »Es ging um Kapitalismus..., nicht wie man ihn vom Mond aus sähe, sondern wie er sich nach Marxscher Auffassung im aufgeklärten Erfahrungshorizont der vom Kapitalismus negativ Betroffenen darstellen sollte« (S. 89). Die Forderung nach einer »allgemeinen Theorie«, worin der Interessengegensatz von Lohnarbeit und Kapital aufgehoben wäre, ist illusorisch. Vielmehr kommt es darauf an, »die Unterschiede der im Gegenstand kapitalistische Ökonomie selbst generierten Perspektiven auf diesen Gegenstand deutlich zu machen« (S. 90). Ein schöner Vorsatz, den der Autor selbst jedoch nur selten praktiziert!

Zum Schluß werden für die Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen zwei bedeutende Konsequenzen gezogen: Erstens wird festgestellt, daß die (Lohn-)Arbeit für die Arbeiter vor allem »Mittel zum Zweck des Geldverdienens« ist. Und zweitens, daß die Unternehmer den Produktionsprozeß allein zum Zwecke der »Erzielung eines Geldgewinns« (S. 115) organisieren. Für den Begriff der Arbeit folgt daraus, daß sich die moderne Erwerbsarbeit von anderen Tätigkeiten nicht durch ihren Inhalt, Zweck usw. unterscheidet, sondern »durch das Kriterium der Bezahlung durch andere« (S. 116). Zugleich markiert dies die Dominanz des Geldes, die moderne Gesellschaft als »Geldwirtschaft«, worin der Autor einen alternativen Zugang zum Verständnis des modernen Kapitalismus sieht.

Der dritte Abschnitt ist dem Geld als einer »sozialen Konstruktion eigener Art« (S. 127) gewidmet. Durchaus übereinstimmend mit den meisten Soziologen wird zunächst der Symbolcharakter des modernen Geldes herausgearbeitet. Diesen aber erklärt der Autor dann, imposanterweise, ganz anders, nämlich auf der Grundlage von Kreditverhältnissen. Dabei knüpft er, was nur unterstrichen werden kann, kritisch an Marx an, der hierzu bekanntlich schon sehr weitreichende Gedanken formuliert hatte, diese aber nicht zu einer Theorie formen konnte, da sie seinem arbeitswerttheoretisch fundierten Geld-Ware-Konzept zuwider liefen. Bei der theoriekritischen Herleitung des Geldbegriffs macht der Autor noch einmal deutlich, welche verhängnisvollen Wirkungen ›Oppenheimers Fluch‹ nach

sich gezogen hat: »Während die Soziologen begrifflich dazu tendieren, die Rolle von Dingen in sozialen (Interaktions-)Prozessen zu ignorieren, tendieren die Ökonomen dazu, soziale Beziehungen auf Beziehungen zwischen Individuen und Dingen zu reduzieren.« Beide Tendenzen aber »blockieren« ein adäquates Verständnis des Geldes (vgl. S. 129). So finden wir, bevor die verhängnisvolle Arbeitsteilung zwischen Soziologen und Ökonomen einsetzte, also bei Smith, Mill, Marx, Simmel oder Weber, ein weitaus qualifizierteres Geldverständnis als heute. Zumindest, was die neoklassische Theorie anbetrifft. »Solange man sich an das neoklassische Schema einer Reduktion aller ökonomischen Phänomene auf einfache Verhältnisse zwischen Individuum und (nichtmenschlichen) Objekten hält« (S. 130), bleibt die Erklärung des Geldes unbefriedigend. Etwas anders verhält sich dies allerdings mit Keynes, Schumpeter, Kaldor u.a., weswegen die einseitige Ausrichtung der Kontroverse auf die Neoklassik Kritik verdient. Es bleibt auch unverständlich, warum zeitgenössische geldtheoretische Ansätze wie die monetärkeynesianische Konzeption Hajo Rieses keine Erwähnung finden.

Es folgen eine Reihe anerkannter theoriegeschichtlicher Abhandlungen und Einzeldarstellungen. Besonders hervorzuheben ist das 8. Kapitel, nicht zuletzt wegen des Umgangs mit Marx. Ganßmann umreißt sein Anliegen, indem er betont, »mit der Interpretation der Marx'schen Ausführungen zur Entwicklung des Kreditsystems einerseits gegen Marx die These von der Redundanz der Werttheorie für die Erklärung des modernen Geldwesens« zu stützen, »andererseits mit Marx den Vorgang der Übernahme von Geldfunktionen durch symbolische Objekte« (S. 215) zu skizzieren. Mit Marx gegen Marx...! Dokumentiert sich hierin eine moderne Version dialektischen Umgangs mit einem Klassiker? Ignoranz, wie sie anderswo verbreitet ist, ist es jedenfalls nicht.

Im Anschluß an Marx ist es dem Autor hier gelungen, eine Entwicklungslogik des Geldsystems zu rekonstruieren, »die die Emergenz moderner Geldformen nachvollziehbar macht« (S. 231). Möglicherweise liegt hier die Lösung für das theoretische Dilemma, das

die neoklassische wie die marxistische Gelddiskussion seit Jahrzehnten beherrscht. Bloß diese, nun soziologisch vorgetragene Theorie-skizze ist nicht neu. Sie wurde bereits in den achtziger Jahren diskutiert und publiziert – in der DDR! Daß sich in dem umfangreichen Literaturverzeichnis kein einziger Hinweis darauf findet, befremdet zwar einerseits, ist aber andererseits nicht verwunderlich. Das bundesdeutsche Wissenschaftsverständnis ist eben auch sieben Jahre nach der deutschen Vereinigung das alte geblieben. Heiner Ganßmann macht da keine Ausnahme.

Der vierte Teil stellt eine Synthese des bisher Entwickelten dar. Die zuvor getrennt dargelegten Überlegungen zu Arbeit und Geld in der modernen Gesellschaft werden nun zusammengeführt. Dies impliziert eine Reihe bemerkenswerter Einsichten in das, was die Spezialdisziplinen hierzu leisten und nicht leisten. Einmal mehr wird die »Unterdrückung der Sozialdimension wirtschaftlichen Handelns« in der ökonomischen Theorie kritisiert. Der »allgemeinen Gleichgewichtstheorie« wird jegliche Praxisrelevanz abgesprochen (vgl. S. 263). In bezug auf die soziologischen Theorien wird deren »Blindheit gegenüber modernen Herrschaftsformen« (S. 160) beklagt. Zuwenig aber zeigt der Autor, daß dies auch etwas mit Ideologie zu tun hat und daß unter Anwendung des oben genannten Grundsatzes »interessengestifteter Perspektiven« Theorien auch Funktionen haben und diese erfüllen. Das Buch endet mit einem versöhnlichen Satz, wonach der »Charme des modernen Kapitalismus« darin zu sehen ist, daß er Arbeit und Geld »für fast alle« auf eine »ziemlich ertragreiche Weise miteinander verbindet« (S. 286). Dies mag die Akzeptanz und Stabilität des Systems erklären. Und doch ist es zugleich ein Zynismus.

ULRICH BUSCH

BERICHTIGUNG

Leider hat sich in der Rezension von Gertraud Golme in Heft 78, S. 94, ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Statt »Weitsicht« muß es richtig »Weltsicht« heißen. Wir bitten um Entschuldigung.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingeklebt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 50	je	2 DM
Heft 51 bis 62	je	4 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.),
MARION KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF

Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.

Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMAY und HELMUT STEINER

Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Geschäftsführerin: RUTH KAMPA

Verlagsarbeiten: MONIKA NOACK

Satz: MARION KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,

10178 Berlin (Tel.: 030 – 2 40 09-561)

Druck: Druckerei am Bärenzwinger GmbH,

Rungestraße 3-6, 10179 Berlin

Vertrieb: AVZ GmbH, PF 66,

12414 Berlin (Tel.: 030 – 68 83 43 62)

Einzelverkaufspreis: DM 7,50

Jahresabonnement (incl. Versand):

DM 80,00 (Inland), DM 98,00 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00